

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Ukraine

Jürgen Wagner - Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie: Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte - **1**

Deutschland und die Bundeswehr

Christin Bernbold / Christian Stache - Über „Augsburg“ zur Weltmacht – Vernichtung syrischer Chemiewaffen oder militärische Machtprojektion? - **11**

Peter Clausing - Rüstungsexporte nach Mexiko – ein Update - **13**

Christian Stache - Profaner Partymilitarismus: Die Bundeswehr beim 825. Hamburger Hafengeburtstag - **15**

Thomas Mickan - Die Sache mit der Verschlussache. Wie das Informationsfreiheitsgesetz der Friedens- und Antikriegsbewegung helfen kann - **16**

Johannes M. Becker - „Gibt es ein neues Bild vom Krieg im heutigen Deutschland?“ - **22**

Afrika

Christoph Marischka - Zentralafrika: „Machtvakuum“ oder Arena der Mächte - **24**

John Lannon - Der Flughafen Shannon - Irland - und seine militärische Nutzung durch die USA - **27**

Jacqueline Andres - Was passiert mit der verlassenen NATO-Militärbase in Neapel? - **29**

Drohnen

Christoph Marischka - Risiko Regulierung: Böll-Stiftung will zur Debatte anregen und läuft dabei Gefahr, sie abzuwürgen - **31**



Editorial:

Es tut sich was! Einiges entwickelt sich dabei in eine positive Richtung, anderes allerdings leider weniger. Erfreulich ist in jedem Fall, dass die Proteste gegen die Kissinger-Professur an der Uni Bonn inzwischen an Fahrt gewinnen. Die Initiative „Zivile Uni Bonn“ hat inzwischen eine sehr gute Erklärung veröffentlicht, die auf deren Internetseite auch unterzeichnet werden kann (siehe genaueres auf der Rückseite dieser AUSDRUCK-Ausgabe). Positiv auch, dass dem Waffenproduzenten Heckler & Koch der Wind immer

stärker ins Gesicht bläst, auch wenn Deutschland insgesamt weiter den dritten Platz unter den größten Rüstungsexporturen behauptet. Ermutigend ist auch, von den Protesten gegen den Flughafen Shannon in Irland und denen gegen die NATO-Militärbasis in Neapel zu hören, weitere Themen, die wir in diesem AUSDRUCK „beackern“. Auf der andern Seite aber sind die Vorgänge im Zusammenhang mit der Ukraine, mit Zentralafrika und mit der zunehmenden deutschen Weltmachrolle sehr Besorgnis erregend.

Nur bedingt gelingt es der Friedens- und Antikriegsbewegung dabei, ihren Positionen Gehör verschaffen zu können. Deshalb beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe sowohl mit der Frage, warum dies möglicherweise so ist und mit Ideen, wie dies vielleicht geändert werden kann.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: NASA.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Peter Clausing ist IMI-Beirat und arbeitet mit bei México via Berlin e.V.. Johannes M. Becker ist Direktor des Zentrums für Konfliktforschung, Universität Marburg. Thomas Mickan ist IMI-Beirat. Christin Bernhold ist Autorin der IMI-Studie 16/2012 zum Süd-Sudan und promoviert derzeit in Zürich. Christian Stache ist Magister der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und promoviert in Hamburg. John Lannon ist Mitglied von Shannonwatch. Jacqueline Andres ist Praktikantin bei der IMI.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummern bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Förderverein:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie

Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte

von Jürgen Wagner

Im November 2013 fielte der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch die Entscheidung, die Verhandlungen seines Landes über die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union auf Eis zu legen. Für die daraufhin erfolgte gewaltsame Eskalation, die zum Sturz des Präsidenten sowie zu einer der schwersten Krisen zwischen dem Westen und Russland seit Ende des Kalten Krieges führte, sind eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass solche Assoziationsabkommen das zentrale Expansionsinstrument der Europäischen Union in den erweiterten Nachbarschaftsraum darstellen. Sie zielen darauf ab, die angrenzenden Länder als Investitions- und Absatzmärkte, als Niedrigsteuerländer und verlängerte Werkbänke dauerhaft in den großeuropäischen Wirtschaftsraum und damit in die EU-Einflusszone zu integrieren. Allein deshalb war es aus westlicher Sicht hochgradig ärgerlich, dass sich die Ukraine diesem Bestreben verweigerte.

Hinzu kam aber noch, dass es sich bei der Ukraine um ein Land von herausragender geopolitischer Bedeutung in den Auseinandersetzungen zwischen zwei sich zunehmend feindlich gegenüberstehenden Blöcken handelt, der Europäischen Union und der von Moskau initiierten Zollunion. Auffällig ist dabei, dass Deutschland hier buchstäblich an vorderster Front agiert: „Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. [...] Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das ‚Grand Design‘, wie es die Experten gern nennen.“ (Spiegel 50/2013)

Die Ukraine ist somit auch zu einer Art Testlauf für den seit Anfang des Jahres vollmundig erklärten Anspruch geworden, Deutschland müsse künftig eine ambitioniertere und stärker an der Durchsetzung eigener Interessen orientierte Weltmachtspolitik betreiben. Neu ist dabei allerdings vor allem, dass nun offen ausgesprochen und aggressiver betrieben werden soll, was ohnehin seit Jahren stattfindet. Denn was die Ukraine angeht, haben dort nicht nur die USA, sondern auch die Europäische Union und vor allem Deutschland über viele Jahre hinweg beträchtliche Summen in den Aufbau und die Stärkung pro-westlicher Oppositionsparteien investiert.

Diese „Vorarbeiten“ stießen angesichts der problematischen sozialen Situation auf einen fruchtbaren Boden.¹ Doch auch wenn es vollkommen nachvollziehbar war, dass zahlreiche Menschen gegen die hochgradig korrupte Janukowitsch-Regierung auf die Straße gegangen sind², repräsentierten die Parteien, die als Dreierbündnis die Führung der Proteste an sich rissen, weder die Mehrheit der Bevölkerung und noch weniger deren Interessen. Dazu gehört einmal die faschistische Partei „Swoboda“ („Freiheit“) mit Oleg Tjagnibok an der Spitze. Sie sorgte während der Proteste mit ihren Schlägertrupps unter anderem dafür, dass linke Studenten und Gewerkschafter regelrecht vom zentralen Protestplatz, dem Maidan in Kiew, weggeprügelt wurden und stellt mittlerweile mehrere Minister in der neuen „Regierung“ (siehe Kasten „Braune Revolution“). Washington setzt vor allem auf die Partei

„Batkiwtschschina“ („Vaterland“), die Teile der Oligarchie repräsentiert und von der ebenfalls korrupten Julia Timoschenko angeführt wird. Deutschland machte sich wiederum vor allem um „Udar“ („Schlag“) mit dem Aushängeschild Witali Klitschko „verdient“. Vor diesem Hintergrund kam es bereits während der

Proteste zu heftigen innerimperialistischen Reibereien, wessen Protegé künftig in der Ukraine das Sagen haben soll. Diese endeten vorläufig mit einem Punktsieg für Washington, nachdem die Timoschenko-Partei alle wesentlichen Posten besetzte und nun – unter maßgeblicher Beteiligung der Faschisten – faktisch die Kontrolle übernommen hat, während „Udar“ weitgehend außen vor blieb. Wichtiger als diese innerimperialistischen Auseinandersetzungen sind jedoch die nahezu deckungsgleichen Ziele, die von der neuen „Regierung“ in Kiew pflichtschuldig kurz nach ihrer Machtübernahme in Angriff genommen wurden: Schnellstmöglich sollen „schmerzhafte“ Sozialkürzungen vorgenommen, der Ausverkauf des Landes auf den Weg gebracht, das Assoziationsabkommen schnellstmöglich komplett unter Dach und Fach gebracht und die Mitgliedschaft in der NATO angestrebt werden.

Wie spätestens die Reaktion auf der Krim-Halbinsel zeigte, ist Russland offensichtlich nicht gewillt, dem Westen das Feld zu überlassen. So droht im schlimmsten Fall eine weitere Eskalation, zumindest aber dürfte die Ukraine und ihre Bevölkerung auf absehbare Zeit als Spielball und Schauplatz der Konflikte zwischen dem Westen und Russland zu leiden haben. Die einzig andere gangbare Option wäre, wenn sich die interessierten Großmächte auf eine kategorische Blockfreiheit der Ukraine verständigen würden, auch wenn dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher unrealistisch erscheint.

1. Neoliberales Assoziationsabkommen

Assoziationsabkommen werden mit den angrenzenden Staaten im Rahmen der 2014 offiziell ins Leben gerufenen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ausgehandelt, an der gegenwärtig 16 Länder teilnehmen.³ Offiziell geht es dabei darum, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu fördern, allerdings ohne den Ländern aber eine realistische Beitrittsperspektive zu eröffnen. Faktisch wird jedoch darauf abgezielt, die Nachbarländer dauerhaft in eine großeuropäische Wirtschaftszone zu integrieren und neoliberale Wirtschaftsreformen zu forcieren: „Was nicht gesagt wird ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht der EU hat ihr einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen.“⁴

Die Assoziationsverhandlungen mit der Ukraine wurden im Jahr 2005 aufgenommen und mündeten 2012 in ein unterschriftsreif vorliegendes Dokument. Die im Internet unter dem Titel „EU-Ukraine Association Agreement – the complete texts“ auf der Seite des Europäischen Auswärtigen Dienstes auffindbaren Dokumente setzen sich aus verschiedenen Teilen zusammen.⁵

Den Kern des Abkommens bilden knapp 500 Seiten, von denen die Passagen zu handelsbezogenen Aspekten über 350 Seiten ausmachen. Doch der Löwenanteil verbirgt sich in den Anhängen und Protokollen, insgesamt deutlich über 2000 Seiten, die ebenfalls – und das fast ausschließlich – der Präzisierung der anvisierten Freihandelszone gewidmet sind. Im Hauptteil des Assoziationsabkommens wird folgendes Ziel formuliert: „Die Vertragsparteien sollen während einer Übergangszeit von maximal 10 Jahren nach in Kraft treten dieser Vereinbarung eine Freihandelszone errichtet haben.“ (Artikel 25) Verwiesen wird dann auf die Anhänge I und II, die allerdings nur einige wenige Ausnahmen festlegen, sodass die jeweiligen Schutzzölle nach Auskunft der Europäischen Union für den Fall der Unterzeichnung des Abkommens um 99,1% (Ukraine) bzw. 98,1% (EU) abgesenkt würden.⁶

Damit dieser Prozess auch irreversibel wäre, schreibt das Assoziationsabkommen weiter vor, dass die Zölle zu einem späteren Zeitpunkt nicht wieder erhöht werden dürfen: „Keine Vertragspartei darf irgendeinen Einfuhrzoll erhöhen oder neue Einfuhrzölle auf Güter erheben, die aus dem Gebiet der anderen Vertragspartei stammen.“ (Artikel 30) Darüber hinaus werden auch so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengenbegrenzungen – faktisch verboten: „Die Vertragsparteien dürfen keine Einfuhrzölle, Steuern oder andere Maßnahmen mit einem ähnlichen Auswirkungen erheben oder aufrechterhalten, die im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Gütern auf das Gebiet der anderen Vertragspartei stehen.“ (Artikel 30) Schließlich soll der „freie und faire Wettbewerb“ (level-playing field) zwischen europäischen und ukrainischen Firmen zusätzlich noch durch die Einführung einheitlicher – europäischer wohlgemerkt – Produktstandards und Zertifizierungsmethoden gefördert werden: „Die Produktstandards in der Ukraine sind veraltet und international nicht anerkannt. Dazu kommt eine mangelhafte und widersprüchliche Regulierung der Zulassung und Zertifizierung von Produkten, die einen fruchtbaren Nährboden für Korruption bilden und darüber hinaus den Außenhandel erheblich verteuern und behindern. Ukrainische Unternehmen müssen sowohl nationale, als auch international akzeptierte Standards erfüllen, um Waren zu exportieren.“⁷

Glaubt man den Verlautbarungen der Europäischen Union, würden der verschärfte Wettbewerb und der verbesserte Marktzugang der Ukraine einen regelrechten Wirtschaftsboom beschieren. So prognostiziert EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle, nach Abschluss des Assoziationsabkommens sei mit einer Verdopplung der ukrainischen Exporte in die EU und einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 12% zu rechnen.⁸ Diese optimistische Einschätzung wurde jedoch einer Studie Ricardo Giuccis entnommen, der als Mitherausgeber des Newsletters der maßgeblich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanzierten „Deutschen Beratergruppe“ wohl kaum als neutral einzustufen ist.⁹

Demgegenüber wird von russischer Seite argumentiert, das Abkommen werde sich hochgradig schädlich für die Ukraine auswirken. So schreibt etwa Sergej Glasjew, Präsident Wladimir Putins Berater für eurasische Integrationsfragen: „Wenn die Ukraine die Vereinbarung über die Assoziation mit der EU unterzeichnet und sich in diese nicht gleichberechtigte Freihandelszone begibt, so wird sie bis 2020 im Wirtschaftswachstum und in der Handelsbilanz ein Minus erhalten. Wir schätzen die Verluste auf etwa minus 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Bis 2020 wird eine Verdrängung ukrainischer Waren vom eigenen Markt, begleitet von einem Wirtschaftsrückgang und einer Verringerung der Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen.“ (Stimme Russlands, 07.11.2013)

Stattdessen plädiert Moskau für einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion, die gegenwärtig aus Russland, Weißrussland und Kasachstan besteht. Aktuell gehen – allerdings variieren die Zahlen je nach Quelle – wohl über 30% der ukrainischen Exporte in Staaten der Zollunion (EU: 25%) und über 40% der Importe stammen aus diesen Ländern (EU: 31%).¹⁰ Erwähnenswert ist dabei noch die Art der jeweiligen Exporte, auf die der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer hinweist: „Interessant auch die Struktur des Außenhandels. Während sich der ukrainische Export in die EU in der Hauptsache auf Rohstoffe wie Kohle und Stahl beschränkt, führt Kiew in Richtung Russland Maschinen, Fahrzeuge, Flugzeuge und Lebensmittel aus. Das heißt, die Wertschöpfung der in den Westen gelieferten Waren liegt weit unter jener, die nach Russland gehen.“ (Neues Deutschland, 13.03.2014) Von russischer Seite wird deshalb unter Bezug auf eine – ebenfalls wohl kaum neutrale – Studie der von der Zollunion ins Leben gerufenen Eurasischen Entwicklungsbank argumentiert, ein Freihandelsabkommen mit der EU werde die Exporte dorthin zwar um 10% erhöhen, die Importe aber um 15% steigern, mit dem Ergebnis eines wachsenden Handelsbilanzdefizits. Da zudem das Assoziationsabkommen einen Beitritt zur Zollunion unmöglich machen würde (und umgekehrt¹¹), würden die Zollunion-Staaten dann u.a. ihre Zölle erhöhen und der Handel mit ihnen dadurch einbrechen. Im Resultat hätte dies dann den – von Glasjew prognostizierten – Rückgang des BIP von 1,5% zur Folge. Demgegenüber sei nach einem Beitritt zur Zollunion mit einem BIP-Anstieg von 2,5% zu rechnen.¹²

Ob der Beitritt zur Zollunion tatsächlich wirtschaftlich derart von Vorteil wäre, wie dies von russischer Seite dargestellt wird, darf allerdings bezweifelt werden. Wie zuvor schon Kasachstan und Weißrussland müsste auch die Ukraine in diesem Fall ihre Außenzölle teils massiv anheben, was zwangsläufig den – ebenfalls nicht zu vernachlässigenden – Handel mit der EU wohl empfindlich beeinträchtigen würde. In jedem Fall aber sind die Warnungen vor den wirtschaftlichen Folgen eines Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union absolut plausibel. Denn die Abschaffung von Schutzzöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen würde die ukrainischen Firmen, die durch die Einführung teurer europäischer Produktstandards und Zertifizierungsprozesse noch zusätzlich belastet würden, der übermächtigen EU-Konkurrenz schutzlos ausliefern: „Ukrainische Waren werden in Preis und Qualität schwer mit den europäischen Waren konkurrieren können. Letztere werden die einheimische Produktion vom Binnenmarkt verdrängen. Und am Außenmarkt werden die ukrainischen Waren keinen Käufer finden. [...] Was den Maschinenbau betrifft, so wird diese Produktion wegen der Aufhebung der Subventionen nicht konkurrenzfähig sein. Dafür aber wird die Vereinbarung mit der EU die Ukraine verpflichten, alle Wirtschaftszweige in Einklang mit dem technischen Regelwerk der EU zu bringen. [...] Jene ukrainischen Produzenten, die nicht zu den europäischen Standards übergehen werden, verlieren ihr Recht, ihre Produktion zu verkaufen.“ (Stimme Russlands, 07.11.2013)

Diese Bedenken scheinen auch innerhalb der Janukowitsch-Regierung eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Nach der Entscheidung, die Verhandlungen um das Abkommen auszusetzen, argumentierte Michail Tschetschetow, stellvertretender Vorsitzender der damals regierenden Partei der Regionen: „Wir sind nicht bereit, dieses Abkommen zu unterschreiben, wenn dabei hunderte Betriebe, vor allem im industriellen Ballungszentrum des Landes, werden schließen müssen.“ (RIA Novosti, 13.11.2013) Der ukrainische Versuch, in Nachverhandlungen Zugeständnisse zu erhalten, wurde jedoch seitens der Europäischen Union kate-

Militärisches Assoziationsabkommen

In dem zentralen programmatischen Strategiepapier zur Vorbereitung des „Rüstungsgipfels“ der EU-Staats- und Regierungschefs Ende 2013 erklärte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton den Nachbarschaftsraum kurzerhand zum Einfluss- und Interventionsgebiet der Europäischen Union: „Das neue Augenmerk der USA für die asiatisch-pazifische Region ist eine logische Konsequenz der geostrategischen Entwicklungen [Anm.: des Aufstiegs Chinas]. Dies bedeutet auch, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss. [...] Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in seiner Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein. Strategische Autono-

mie muss sich zuerst in der Nachbarschaft der Europäischen Union materialisieren.“¹

Gerade mit Blick auf solche Aussagen sind die zwischen der EU und der Ukraine ausgehandelten und für ein Assoziationsabkommen ungewöhnlich konkreten Passagen zum Ausbau der Militärkooperation und der Integration in die EU-Militärpolitik zu verstehen: „Die Parteien sollten [...] die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fördern. Und sie sollten sich in bestimmten Sachfragen der Konfliktprävention und des Krisenmanagements, regionaler Instabilität, Abrüstung, Nicht-Verbreitung [...] absprechen.“² Noch direkter heißt es in einer anderen Passage des Abkommens: „Die Parteien sollten

die praktische Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention und dem Krisenmanagement verbessern, vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagementoperationen sowie an den wichtigen Übungen und Manövern, einschließlich denen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).“³

Jürgen Wagner

Anmerkungen

- 1 Ashton, Catherine: Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence, Final Report by the High Representative/Head of the EDA on the Common Security and Defence Policy, Brussels, 15 October 2013, S. 2.
- 2 Association Agreement, Artikel 7, Absatz 1.
- 3 Ebd., Artikel 10, Absatz 1.

gorisch abgelehnt – und hier liegt die Hauptursache dafür, dass das Abkommen auf Eis gelegt wurde. Demgegenüber schwang Russland zwar durchaus ebenfalls die Peitsche, indem es bereits im Sommer 2013 als Warnschuss erste Sanktionen verhängte.¹³ Andererseits vergaß es aber auch nicht das Zuckerbrot, indem es früh beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt hatte. Dazu hatte ein Preisnachlass für russisches Gas in Höhe von jährlich etwa 3 Mrd. Dollar ebenso wie der Aufkauf ukrainischer Staatsanleihen im Umfang von 15 Mrd. Dollar gehört.¹⁴

Um denselben Betrag hatte die in extremen Finanznöten stekende Janukowitsch-Regierung zuvor den Westen gebeten und bekam dafür gleich die Daumenschrauben angesetzt. Dies gab laut dem damaligen Regierungschef Nikolai Asarow schlussendlich den Ausschlag, das Abkommen nicht zu unterzeichnen: „Der schrumpfende Handel mit Russland anderen GUS-Staaten gefährde ernsthaft die ukrainische Wirtschaft. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland habe zur Folge gehabt, dass die Ratingagentur Fitch die Bonität der Ukraine vor kurzem abgestuft habe, sagte Asarow weiter. Der ‚letzte Tropfen‘ sei die Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 20. November gewesen, die Gaspreise für die ukrainischen Haushalte zu erhöhen, die Gehälter einzufrieren und die Ausgaben zu kürzen. Nur dann dürfe die Ukraine mit Krediten rechnen.“ (RIA Novosti, 22.11.2013)

Kurz gesagt, die Europäische Union wurde in einem Bieterwettbewerb klar ausgestochen, weshalb es unter diesen Umständen aus ukrainischer Sicht vollkommen sinnvoll war, das Assoziationsabkommen zu versenken. Aufgrund der geopolitischen Bedeutung des Landes war der Westen aber nicht gewillt, kampfflos das Feld zu räumen.

2. Geopolitisches Filetstück: Heute die Ukraine...

Nach dem Ende der Blockkonfrontation versuchte die Europäische Union (zusammen mit den USA) zielstrebig den Löwenanteil der sowjetischen Konkursmasse in ihre Einflussphäre zu integrieren. Dies geschah in Form der NATO- und EU-Osterweiterungen und über die sogenannten „bunten Revolutionen“, westlich unterstützte Umstürze wie etwa 2003 in Georgien, bei denen pro-russische durch pro-westliche Machthaber ersetzt

wurden. Über diese Vorgänge schrieb Theo Sommer, Ex-Chefredakteur und Herausgeber der Zeit: „Machen wir uns nichts vor: Die Nato hat ihre Ostgrenzen auch nicht aus bloßer Menschenfreundlichkeit oder Demokratie-Begeisterung weit nach Osten vorgeschoben, sondern aus handfestem geopolitischem Interesse – und dies trotz der gegenteiligen Zusage, die der amerikanische Außenminister James Baker dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow im Februar 1990 gab. [...] Das Streben nach Einflussphären ist sehr wohl ein Merkmal auch unserer Gegenwart. Die Geopolitik, um den nach Hitlers Expansionskrieg zeitweise verpönten Haushoferschen Begriff zu verwenden, ist in Wahrheit nie aus der Mode gekommen. Sie prägt wie eh und je das außenpolitische Handeln der Mächte.“ (Zeit Online, 18.03.2014)

Diese aggressive Politik in einer Region, die von Russland als sein strategischer Hinterhof betrachtet wird, führte dort zu der Überzeugung, die westlichen Einflussgewinne zurückdrängen oder wenigstens stoppen zu müssen. Als Wendepunkt kann dabei wohl Wladimir Putins Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2007 betrachtet werden, bei der er die Politik des Westens mit aller Schärfe angriff. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Sommer 2008, als Russland auf den georgischen Angriffskrieg gegen Süd-Ossetien mit einem harten militärischen Gegenschlag reagierte. Damit signalisierte Moskau unmissverständlich die Bereitschaft, weiteren westlichen Positionsgewinnen notfalls auch gewaltsam einen Riegel vorzuschieben.¹⁵ In diesem Zusammenhang zunehmender machtpolitischer Konflikte ist die im Juli 2009 erfolgte Ankündigung von Präsident Wladimir Putin zu sehen, Russland, Weißrussland und Kasachstan würden eine Zollunion gründen. Es folgte im Jahr 2010 die Vereinheitlichung der Zölle und 2012 wurden zwischen den drei Ländern die Grenzkontrollen abgeschafft und ein einheitlicher Wirtschaftsraum etabliert, der den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften unter den Mitgliedstaaten garantiert.¹⁶ Im September 2013 kündigte zudem Armenien an, das ausbuchstabierte Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und stattdessen der Zollunion beizutreten. Im Westen wird dieser Versuch, der europäischen Expansionspolitik etwas entgegenzusetzen, mit großem Argwohn beobachtet, insbesondere weil die weiteren Ambitionen



EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013. Foto: Europäische Union

darauf hindeuten, dass sich hier eine neue Blockkonfrontation entwickeln könnte: „Putins Ziel ist es, die Zollunion bis 2015 in eine Eurasische Union umzuwandeln – ein politischer Gegenspieler der Europäischen Union.“¹⁷

Teils völlig offen wird auch in Deutschland inzwischen wieder von einer neuen Blockkonfrontation gesprochen, etwa in einem aus dem Jahr 2012 stammenden Papier der Expertengruppe „Östliche Partnerschaft“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Zu den Co-Autoren zählten unter anderem der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger oder auch Karsten D. Voigt, der Amerika-Koordinator der aktuellen Bundesregierung. Auffällig ist dabei besonders, wie klar die Eurasische Union als geopolitischer Gegenspieler deklariert wird, mit der der Kampf aufgenommen werden müsse: „Der außenpolitische Diskurs in Deutschland meidet die Thematisierung geostrategischer Überlegungen. Doch sollten die Realitäten anerkannt werden: Wenn Russland von Stabilität redet, wird dort in Kräfteverhältnissen und Einflussphären gedacht. Genauso legitim ist es, die Östliche Partnerschaft auch unter geostrategischen Überlegungen zu betrachten. Die Europäische Union zielt mit diesem Konzept auf die Verbreitung ihrer politischen, rechtlichen sowie ökonomischen ‚Spielregeln‘ und damit auf eine schrittweise Anbindung der Region. Dabei versucht die EU mit Kooperationsangeboten zu vermeiden, dass die wirtschaftliche Zwangslage der östlichen Partner diese zur Annahme anderer Integrationsmodelle führt, die den europäischen Interessen widersprechen.“¹⁸

In der Ukraine selbst war es Russland zwischenzeitlich gelungen, beträchtlich an Einfluss zurückzugewinnen, nachdem dort vor allem mit Hilfe von US-Geldern durch die „Orangene Revolution“ im Jahr 2004 der pro-westliche Wiktor Juschtschenko an die Macht gebracht worden war.¹⁹ Eine Kombination aus massivem russischem Druck und völliger Unfähigkeit der Regierung, an der zeitweise auch Julia Timoschenko beteiligt war, führte schließlich dazu, dass Juschtschenko Anfang 2010 mit gerade einmal 5,4% der Stimmen sang- und klanglos abgewählt wurde. Der neu ins Amt gewählte Wiktor Janukowitsch schwenkte schnell auf einen eher pro-russischen Kurs um und legte unter anderem die Pläne für einen ukrainischen NATO-Beitritt auf Eis. Ferner verlängerte er den Pachtvertrag für den wichtigsten Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol von 2017 auf 2042 (faktisch bis 2047), den die Vorgängerregierung auslaufen lassen wollte.²⁰

Wie der Chef des privaten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast“, George Friedman, hervorhebt, ist die Ukraine aus russischer Sicht von entscheidender Bedeutung: „Sollte Russland Weißrussland oder die Ukraine verlieren, verliert es seine strategische Tiefe, die wesentlich mit seiner Fähigkeit zusammenhängt, das russische Kernland zu verteidigen.“²¹ Vor diesem Hintergrund scheint Moskau bestrebt zu sein, die Ukraine fest an sich zu binden. Diese Absicht wird jedenfalls in einem semi-offiziellen Regierungspapier aus dem Jahr 2013, das Berichten zufolge vom engen Putin-Berater Glasjew mitverfasst worden sein soll, geäußert: „Das Ziel ist laut dem Dokument, die Ukraine bis zu den Wahlen 2015 in den Schoß der russischen Zollunion zu holen. Dazu soll durch die Unterstützung russlandfreundlicher Meinungsmacher der pro-europäische Einfluss in den ukrainischen Medien ‚neutralisiert‘ werden. Außerdem sollen gen Westen orientierte Oligarchen ‚sanktioniert‘ werden. Nach den ukrainischen Wahlen sollen zudem die pro-europäischen Staatsdiener – insbesondere im Außen- und Verteidigungsministerium – ‚diskreditiert‘ und aus ihren Ämtern gejagt werden. Bei ihnen handle es sich nämlich um ‚De-facto-Agenten des euro-atlantischen Einflusses.‘“ (euractiv, 30.08.2013)

Auch westlicherseits wird die Ukraine als geopolitisches Filetstück ersten Ranges betrachtet, was vom Top-Strategen Zbigniew Brzezinski bereits 1997 folgendermaßen begründet wurde: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen [heute 45 Mio.] Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“²²

Aus russischer Sicht besonders Besorgnis erregend muss dabei sein, dass die Ukraine nur als Zwischenschritt für die Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums betrachtet wird.²³ So schreibt James Rogers, Co-Direktor der einflussreichen „Group on Grand Strategy“: „Osteuropa ist das Tor zwischen den riesigen Ressourcen Asiens und den dichtbesiedelten und technisch fortgeschrittenen Bevölkerungen Europas. Das bedeutet, dass es entweder vom imperialen Despotismus Russlands oder der

Ukrainische „Zivilgesellschaft“ – Ein Praxisbeispiel

Seitens der EU wurden beträchtliche Summen in den Aufbau der ukrainischen „Zivilgesellschaft“ investiert. Dem „Non-State Actors and Local Authorities-Entwicklungsprogramm“ wurden zwischen 2011 bis 2013 2,9 Millionen Euro entnommen. Über das EU-Menschenrechtsinstrument überwies die EU im selben Zeitraum 3,6 Millionen Euro und die Fazilität für Zivilgesellschaft sah für diese Periode etwa 37 Millionen Euro für die gesamte östliche Nachbarschaft vor, wovon ebenfalls gute Teile in die Ukraine flossen. Zweifellos hat sich die Europäische Union also sehr um die ukrainische „Zivilgesellschaft“ bemüht: „Mit Blick auf die mannigfaltigen Programme scheint die EU die Zivilgesellschaft in der Ukraine stark finanziell zu unterstützen.“¹ Doch diese beträchtlichen EU-Gelder machen noch nicht einmal den Löwenanteil an westlicher Unterstützung aus: „Der Großteil der finanziellen Unterstützung jedoch kommt von einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Mittel ergänzen die EU-Programme und sind oft leichter zu handhaben, insbesondere, wenn die Botschaften der Staaten die Vergabe im Land selbst koordinieren.

Die aktivsten Unterstützer ukrainischer Organisationen sind Schweden, Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Polen und Tschechien.“²

Dabei ist sicher nicht jedes aus diesen Töpfen geförderte Programm problematisch, der Verdacht liegt aber sehr nahe, dass mit diesen Geldern eine pro-europäische Mobilisierungsreserve aufgebaut wurde, auf die bei Bedarf – wie nun nach der Ablehnung des Assoziationsabkommens – zurückgegriffen werden konnte. Wenigstens ein Beispiel aus einem Artikel, der sich mit der EU-Förderung der ukrainischen „Zivilgesellschaft“ befasst, sei hier angeführt, um diesen Verdacht zu erhärten: „Die EU [dient] der ukrainischen Zivilgesellschaft als Orientierungspunkt und Bezugsrahmen. Sie stärkt die Zivilgesellschaft implizit, indem sie Reformen einfordert und Standards setzt. Dieser externe Druck kann sowohl das Entstehen neuer Interessengruppen anregen als auch bereits bestehende in ihrer Arbeit unterstützen: Er wirkt als zusätzliches Druckmittel für reformorientierte zivilgesellschaftliche Gruppen. Die Gruppe „Wir sind Europäer“ ist dafür ein interessantes

Beispiel. Dieser inoffizielle Zusammenschluss umfasst junge Berufsanfänger aus unterschiedlichen Disziplinen, die auf Facebook verschiedene Themen mit EU-Bezug diskutieren und von Zeit zu Zeit öffentliche Anfragen starten und Aktionen durchführen. Als die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2011 in eine Sackgasse gerieten und das Abkommen wegen bestehender Demokratiedefizite nicht unterzeichnet werden konnte, setzten mehr und mehr NGOs ihre Kapazitäten dafür ein, dass die Ukraine diese wichtige Chance nicht endgültig verpasst. Zwar geschieht dies bisher meist in Form öffentlicher Anfragen, doch die Anzeichen häufen sich, dass sich eine Form systematischeren Drucks auf politische Entscheidungsträger entwickelt.“³

Jürgen Wagner

Anmerkungen

- 1 Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 6-8, S. 7.
- 2 Ebd..
- 3 Ebd., S. 6.

demokratischen Zivilisation Europas kontrolliert werden wird. Aufgrund seiner geographischen Lage wird derjenige, der den Zugang zu dieser wesentlichen Zone gewinnen wird, auch Einfluss über den gesamten eurasischen Superkontinent erhalten. Sollte Osteuropa von Moskau kontrolliert werden, werden die Europäer – und darüber auch die Nord-Amerikaner – Gefangene sein, wie sie es die meiste Zeit des Kalten Krieges waren. Sollte Osteuropa von Brüssel (und ebenso von London, Paris und Berlin) – und darüber auch von Washington – geformt werden, wird Russland geschwächt und relativ harmlos zurückgelassen, so wie es die meiste Zeit in den 1990ern und 2000ern war.“²⁴

Wer allerdings glaubt, derartige Denkfiguren seien auf den angelsächsischen Diskurs beschränkt, sollte sich von einer solchen Vorstellung schleunigst verabschieden. Als Beleg hierfür kann etwa ein Artikel in der führenden außenpolitischen Zeitschrift Deutschlands herhalten: „Bis vor kurzem schien die EU ignoriert zu haben, dass sich Moskau gegen eine Integration der Ukraine wehren könnte. Eine solche Blauäugigkeit gegenüber den außenpolitischen Interessen des Kremls hat Tradition. [...] Nun stehen sie vor der Entscheidung: Gehört ihr Land zum westlich geprägten Europa oder ist es Teil einer russisch geprägten ‚eurasischen‘ Zivilisation? [...] Mit der Annäherung der Ukraine an die EU würde sich nicht nur die Reichweite europäischer Werte und Institutionen um hunderte Kilometer gen Osten ausdehnen. Russland müsste sich mit der Heranführung der Ukraine an die EU endgültig von seinem neoimperialen Träumen verabschieden. [...] Die Ukraine hat deshalb nicht nur als solche für die EU eine große Bedeutung. Sie könnte für den Westen insgesamt zum Tor für eine schrittweise Demokratisierung des riesigen, vormals sowjetischen Territoriums im nördlichen Eurasien werden. [...] Deutschland sollte es – schon aus historischen Gründen – nicht

an Beherztheit, Prinzipienfestigkeit und Weitsicht in seiner künftigen Ukraine-Politik fehlen lassen.“²⁵

3. Testlauf für die neue deutsche Weltmachtspolitik

Über ein Jahr bastelten 50 Mitglieder des außen- und sicherheitspolitischen Establishments an dem Papier „**Neue Macht – Neue Verantwortung**“, das im September 2013 von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und dem „German Marshall Fund“ veröffentlicht wurde. Es gab den Kurs für die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor, der seither zielstrebig beschritten wird. Deutschland müsse seine bisher scheinbar an den Tag gelegte „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ ad acta legen und bei der Dursetzung seiner Interessen künftig offensiver zu Werke gehen, so der darin vertretene Tenor: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“²⁶

Als Direktor des „German Marshall Fund“ war auch Thomas Kleine-Brockhoff an der Erarbeitung der Studie beteiligt, der im Sommer 2013 von Joachim Gauck als neuer Leiter der Stabsstelle Planung und Reden verpflichtet wurde (*Süddeutsche Zeitung*, 18.07.2013). Und so ist es nicht verwunderlich, dass es sich der Bundespräsident augenscheinlich zu seiner Aufgabe gemacht hat, der – diesbezüglich etwas unwilligen – Bevölkerung diesen von langer Hand geplanten neuen Elitenkonsens schmackhaft zu machen. Als Ort hierfür wurde die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014 auserkoren, wo der Bundespräsident, zusammen mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen

und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, buchstäblich in die Offensive ging. Den „Sinn“ der Übung beschrieb Albrecht von Lucke folgendermaßen: „Was Gaucks Rede [...] so problematisch macht, ist die Tatsache, dass sie sich einfügt in den konzertierten Versuch, einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens den Wechsel von einer Kultur der Zurückhaltung zu einer ‚Kultur der Kriegsfähigkeit‘ (Josef Joffe), und zweitens den Wechsel von einer Kultur der Werte zu einer Kultur der Interessen.“²⁷

Festzuhalten ist hier jedoch, dass weder die Ambitionen noch die Mittel besonders neu sind, neu ist vielmehr, dies nun offen auszusprechen und gleichzeitig anzukündigen, bei dieser Politik künftig noch weitaus aggressiver vorgehen zu wollen. Neben Afrika gilt hier vor allem dem Nachbarschaftsraum verstärkte Aufmerksamkeit, wenn es in dem Papier „**Neue Macht – Neue Verantwortung**“ heißt: „In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als regionale Ordnungsmacht Stabilität und gute Regierungsführung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. [...] Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“²⁸

Vor diesem Hintergrund finanzierte die deutsche und europäische Politik schon seit Jahren diverse pro-westliche Akteure in der Ukraine. Allein aus dem Topf des Europäischen Nachbarschaftsinstrumentes flossen zwischen 2007 und 2013 fast 1 Mrd. Euro ins Land, der Großteil davon war dafür bestimmt, die ukrainische Verwaltung „fit“ für die Implementierung des Assoziationsabkommens in nationale Gesetzgebung zu machen und sich einen pro-europäischen Beamtenapparat aufzubauen.²⁹ Zweistellige Millionenbeträge wurden seitens der EU zudem an – pro-

westliche – zivilgesellschaftliche Gruppen weitergeleitet, wobei noch einmal deutlich mehr Gelder bilateral vergeben wurden (siehe Kasten „Zivilgesellschaft“).³⁰ Deutschland setzte dabei vor allem auf den ehemaligen Box-Weltmeister Wladimir Klitschko, dessen Partei „Udar“ faktisch von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen wurde: „Wegen seines Erfolges wurde die Konrad-Adenauer-Stiftung auf ihn aufmerksam; wie der CDU-Politiker Werner Jostmeier berichtet, hat die CDU-nahe Stiftung Klitschko vor geraumer Zeit ‚damit beauftragt‘, in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen und zu etablieren.“ (German-Foreign-Policy.com, 26.11.2013³¹) Darüber hinaus machte sich vor allem noch die konservative Europäische Volkspartei (EVP) um Udar „verdient“: „Klitschko ist unser Mann. Der hat eine klare europäische Agenda“, wird ein hochrangiger EVP-Abgeordneter zitiert (Spiegel 50/2013).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wer aus deutscher Sicht diese „Zivilgesellschaft“ bei den nächsten Wahlen repräsentieren soll. So schrieb Elmar Brok (EVP), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments: „Wir erleben Demonstrationen der Opposition, wie es sie auch schon bei der orangenen Revolution 2004 gegeben hat. Die Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen Manipulationen der Regierung Janukowitsch und wollen verhindern, dass das Angebot der Europäischen Union eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens gegen ihren Willen ausgeschlagen wird. [...] Die Ukraine braucht Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Dem Präsidenten fehlt dazu der Mut, er scheut davor zurück, Russland entgegenzutreten. [...] Den besten Dienst würde er seinem Land erweisen, wenn er jetzt den Weg für Neuwahlen freimachen würde. [...] Vitali Klitschko hat das Zeug, bei der nächsten Wahl spätestens 2015 Staatspräsident der Ukraine zu werden.“ (Rhein-Neckar-Zeitung, 02.12.2013)

Ukraine: Braune Revolution

Linke Gruppen oder Parteien spielten bei den Protesten auf dem Maidan so gut wie keine Rolle. Verantwortlich hierfür waren vor allem faschistische Kräfte, die den Protestplatz regelrecht freiprügeln, wie der linke Gewerkschafter Denis Lewin ausführt: „Die Linke ist auf dem Maidan praktisch nicht vertreten. Es gab mehrere Versuche von Linken, sich mit sozialen Forderungen dort zu positionieren, aber sie wurden mit Gewalt von den Rechten verdrängt. Das Programm auf dem Maidan wird von Rechtsradikalen diktiert, die dort für Sicherheitsfragen verantwortlich sind, und die Anführer der Proteste sind ohnehin rechte Politiker und Liberale aus der sogenannten Opposition.“ (jungle World, 09.01.2014).

Auch andere Berichte bestätigen diese Aussage: „Es gibt eine wirklich beunruhigende Dominanz rechter bis neonazistischer Kräfte. Wer das Gebiet um den Maidan besucht, dem kann das eigentlich nicht entgehen: Keltenkreuze, Wolfsangeln, Runen, Schwarze Sonnen, SS-Schriftzüge, und seltener, aber doch: Hakenkreuze. [...] Das rechte Spektrum

ist in zahlreiche Gruppen untergliedert, deren international prominenteste die Swoboda Oleg Tjagniboks ist, die mit der NPD befreundete Faschistenpartei, die mittlerweile vom deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zum normalen Verhandlungspartner geadelt wurde. [...] Auf dem Platz fast noch präsenter sind andere Gruppen, die sich UPA, Bratstvo (Bruderschaft) oder „Rechter Sektor“ nennen. Sie sind streng militärisch organisiert, zählen zu den aggressivsten Teilen des Protests und pflegen eindeutige Feindbilder. Ihre Traditionslinie führt immer zu dem Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera. Antisemitismus, antirussische und antikommunistische Ressentiments sind bei ihnen weit verbreitet.“ (Hintergrund, 26.02.2014)

Allein was bei Wikipedia zu Swoboda zu finden ist genügt, um zu verdeutlichen, wes Geistes Kind die Partei von Oleg Tjagnibok ist: „Im Mai 2013 stufte der Jüdische Weltkongress Swoboda als neonazistisch ein und forderte ein Verbot der Partei. Im selben Monat fand ein Besuch von Mandatsträgern der Swoboda bei der

Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag statt. [...] Im Juli 2013 unterzeichneten 30 israelische Knesset-Abgeordnete einen offenen Brief, der an den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) gerichtet war. Darin warnten sie vor dem Antisemitismus und der Russenfeindlichkeit der Partei und kritisierten, dass die beiden größten Oppositionsparteien in der Ukraine mit ihr zusammenarbeiten. Im August 2013 erklärte die deutsche Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Swoboda werde als eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertrete, eingeschätzt.“

Noch im Dezember 2012 hatte das EU-Parlament eine deutliche Kritik an die Adresse von Swoboda gerichtet, indem es in einem Entschließungsantrag hieß: „Das Europäische Parlament [...] erklärt sich besorgt wegen der zunehmenden nationalistischen Stimmung in der Ukraine, die zum Ausdruck kommt in der Unterstützung für die Partei „Swoboda“ (Freiheit), welche dadurch als eine der beiden neuen Parteien in die Werchowna Rada

4. Innerimperialistische Reibereien

Nicht von ungefähr bewerteten die Medien den Sturz von Janukowitsch wohlwollend als „erfolgreichen“ Praxistest der neuen deutschen Weltmachtspolitik: „Die Ukraine hat gezeigt, was deutsche Diplomatie erreichen kann, wenn sie selbstbewußt auftritt“, jubelt der Tagesspiegel. Und: „Endlich kann man sich vorstellen, was sich die Große Koalition unter einer ‚aktiveren deutschen Rolle in der Welt‘ vorstellt.“ (junge Welt, 26.02.2014) Auch Klaus-Dieter Frankenberger schrieb in der FAZ (22.02.2014): „Ohne die beharrliche Überzeugungsarbeit der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens hätten sich Führung und Opposition in der Ukraine wohl nicht verständigt. Das können sich auch die Amerikaner merken.“

Alles bestens also? Keineswegs! Frankenbergers letzter Satz enthielt bereits einen wenig verklausulierten Seitenhieb, der auf heftige innerwestliche Konflikte hindeutete. Im Kern ging es dabei darum, ob in der Ukraine künftig ein pro-amerikanischer (Timoschenko oder jemand aus ihrer Partei) oder pro-deutscher (Klitschko) Präsident das Sagen haben würde. Wie ruppig es dabei hinter den Kulissen zur Sache ging, wurde vor allem über das abgehörte und ins Internet gestellte „Fuck-the-EU-Telefonat“ der im US-Außenministerium für Europafragen zuständigen Abteilungsleiterin Victoria Nuland bekannt: „Eine amerikanische Top-Diplomatin äußert sich abfällig über Brüssel. Die Kanzlerin nennt das absolut inakzeptabel – der Graben zwischen Berlin und Washington wächst.“ (Süddeutsche Zeitung, 08.02.2014) Was die deutsche Seite an dem Telefonat aber wirklich empörte, war nicht die etwas undiplomatische Wortwahl, sondern dass aus ihm klar hervorging, dass die USA augenscheinlich keinerlei Absicht hatten, den mit viel deutschem Geld und Know-how aufgepäppelten ehemaligen Box-Weltmeister Witali Klitschko

eine prominente Rolle übernehmen zu lassen: „Die US-Verantwortlichen schienen nicht begeistert von der Idee zu sein, dass Klitschko stellvertretender Ministerpräsident werden könnte. ‚Die Klitschko-Sache ist offenkundig das komplizierte Elektron hier‘, ist [der US-Botschafter in der Ukraine] Pyatt zu hören. Der Boxweltmeister sollte das Amt nicht antreten und ‚seine politischen Hausaufgaben‘ machen. Auch Nuland äußert sich skeptisch über eine Regierungsbeteiligung von Klitschko: ‚Ich glaube nicht, dass das notwendig und eine gute Idee ist.‘“ (Focus, 06.02.2014)

Die USA, die laut Nuland seit Ende des Kalten Krieges 5 Mrd. Dollar für „Frieden und Demokratie“ in der Ukraine investiert haben³², haben also keine Absicht, diese Investitionen zugunsten Deutschlands abzuschreiben. Wie heftig hier das Gerangel zwischen Deutschland und den USA war, zeigte ein zweites, am 31. Januar 2014 abgehörtes und ebenfalls im Internet veröffentlichtes Telefonat. In ihm beschwert sich die stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, gegenüber dem EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, lautstark über den amerikanischen „Verbündeten“: „Ich wollte Dir nur eine Sache noch vertraulich sagen. Die Amerikaner gehen ein bisschen rum und erzählen, dass wir zu weich sind, was Sanktionen angeht. [...] Was mich sehr ärgert ist, dass die Amerikaner rumgehen und die EU an den Pranger stellen und sagen, wir wären da zu soft. [...] Ich will Dir das nur sagen, dass Du vielleicht mit dem amerikanischen Botschafter auch sprichst und ihm sagst, wir sind überhaupt nicht soft. [...] Es ärgert mich, wenn die Presse jetzt berichtet, die EU ist nicht auf der Seite der Freiheit. [...] Es soll hier nicht um ein Wettrennen gehen, aber es ist wirklich sehr unfair, wenn sie das hier verbreiten.“³³

Die Ursachen für diese Reibereien sind nicht allein darin zu finden, dass sich beide Seiten ein möglichst großes Stück vom

eingezogen ist; weist darauf hin, dass rassistische, antisemitische und ausländerfeindliche Auffassungen im Widerspruch zu den Grundwerten und Grundsätzen der EU stehen, und appelliert daher an die demokratisch gesinnten Parteien in der Werchowna Rada, sich nicht mit der genannten Partei zu assoziieren, sie nicht zu unterstützen und keine Koalitionen mit ihr zu bilden.“ (Entschließung 2012/2889)

Dennoch berichtet Spiegel Online (17.03.2014), die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung habe mit Swoboda-Mitgliedern kooperiert, die etwa zur Konferenz „Lessons from the 2012 Parliamentary Elections“ und der Seminarreihe „The Higher School of Politics“ eingeladen worden sein sollen. Als dann die Proteste begannen, hatte man dann nicht nur kein Problem damit, dass Swoboda Teil des die Proteste anführenden Dreierbündnisses wurde und auf dem Maidan omnipräsent war. Mehr noch: Ein westlicher Spitzenpolitiker nach dem anderen hofierte Tjagnibok und trug so zu dessen Legitimierung und der Stärkung der Faschisten bei.

Der Grund hierfür liegt auf der Hand:

Ohne die Faschisten wäre der Sturz von Janukowitsch nicht möglich gewesen, wie ein Vertreter des „Rechten Sektors“ („Pravy Sektor“) im Interview mit Thilo Jung betont: „Wir sind eine Vereinigung von rechten Organisationen, die sich inmitten der Euromaidan-Revolution zusammengeschlossen haben, um das Janukowitsch-Regime zu bekämpfen, und dabei auch an der Frontlinie waren. Es ist hauptsächlich uns zu verdanken, dass dieses Regime fiel. [...] Das Regime fiel nicht nur wegen uns, sondern auch wegen all dieser Menschen, die an diesen Straßenprotesten teilnahmen. Aber als es zum echten Kampf kam in dieser kriegsähnlichen Situation, in der es zum Waffengebrauch kam, da waren wir die Hauptkämpfer an der Frontlinie.“ (Jung & Naiv, 08.03.2014)

Zum Dank für ihre „Verdienste“ wurden die Faschisten anschließend mit mehreren hochrangigen Posten in der neuen ukrainischen „Regierung“ und im Apparat belohnt - darunter: Alexander Sych (Swoboda): Stellvertretender Ministerpräsident; Igor Tenjuk (vermutlich Swoboda): Verteidigungsminister; Andrej Parubiy

(Swoboda): Sekretär des nationalen Rates der Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Dmitro Jarosch (Rechter Sektor): Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates; Sergej Kwit (Swoboda): Bildungsminister; Andrej Mokhnyk (Swoboda): Umweltminister; Igor Shwaika (Swoboda): Landwirtschafts- und Ernährungsminister; Oleg Machnizkij (Swoboda): Generalstaatsanwalt (Voltaire.net.org, 06.03.2014).

Vor diesem erschreckenden Hintergrund ist der ungewöhnlich scharfen Kritik des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen nur zuzustimmen: „Was die jetzige Situation so schwierig macht und auch das Gespräch [mit Russland] so schwierig macht, hat ja eine Ursache auch in Kiew selber, nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen, und das ist ein Schritt zu weit.“ (Deutschlandfunk, 18.03.2014)

Jürgen Wagner



Die Bild-Zeitung (24. Januar 2014) mit ihrer Sicht auf die Ereignisse in der Ukraine

ukrainischen Kuchen einverleiben wollen. Die US-Vorbehalte gegenüber einem deutschen Potentaten haben - zumindest aus ihrer dezidiert russlandfeindlichen Sicht - durchaus eine materielle Basis. Washington sorgt sich darüber, dass die teils engen wirtschaftlichen Kontakte nach Russland eine (noch) härtere Linie Berlins verhindern und seine Industrie mäßigend einwirken könnte.³⁴ Obwohl sich die USA in den letzten Monaten wohl kaum über eine mangelnde „Härte“ der deutschen Russland-Politik beschweren können, sorgten sie dennoch dafür, dass die nach Janukowitschs Sturz gebildete Übergangsregierung von ihren Protegés dominiert wird. Daneben finden sich im Kabinett zwar noch Vertreter des faschistischen Lagers (siehe Kasten „Braune Revolution“), Mitglieder der Klitschko-Partei „Udar“ wurden aber nicht berücksichtigt: „Timoschenkos Partei hat die Kontrolle, auch die Nationalisten haben sich wichtige Posten gesichert. Klitschkos Partei ist in der Regierung nicht vertreten“, fasst *Zeit Online* (27.02.2014) die feindliche Übernahme zusammen.

Zwischenzeitlich hatte Klitschko dann seine - inzwischen zurückgezogene - Absicht bekundet, bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 antreten zu wollen. Als auch Timoschenko erklärte, kandidieren zu wollen, entdeckten die Medien „urplötzlich“ ihre „Schwachstellen“: „So schnell kann's gehen. Da hat man sich jahrelang von den deutschen Mainstreammedien eintrichern lassen müssen, die inhaftierte ukrainische Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko sei ein unschuldiger Engel, und kaum kommt sie aus der Haft frei, da hört man das Gegenteil. Kritiker würfen ihr ‚dubiose Geschäfte‘ vor und hielten sie für ‚opportunistisch und skrupellos‘, hat das ZDF überraschend erfahren. Die Süddeutsche enthüllt, Timoschenko sei ‚als Teil einer dubiosen Wirtschafts- und Machtelite selbst belastet‘. Die Welt hat gleich einen ganz schlimmen Ver-

dacht: Timoschenko sei ‚wie Janukowitsch - nur hübscher und mit Zopf.‘“ (*junge Welt*, 26.02.2014)

Ob es allerdings angesichts dieser innerimperialistischen Nickligkeiten zum offenen Bruch zwischen Washington und Berlin kommen wird, ist überaus zweifelhaft. Schließlich streben auch die USA die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens sowie die damit verbundene dauerhafte Eingliederung der Ukraine in die westliche Einflussphäre an. Als gemeinsame Klammer dürfte das Deutschland in diesem Fall die Rolle als zweite Geige schmackhaft genug machen.³⁵

5. Eskalation oder Politik der Äquidistanz

Zweifellos hatten auch zahlreiche Menschen in den eher pro-russischen Landesteilen die Schnauze von der korrupten Janukowitsch-Regierung voll - und dies vollkommen zu Recht. Dies heißt allerdings noch lange nicht, dass - wie hierzulande gerne suggeriert wird - die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ihr Heil in der EU sucht. Faktisch ist und bleibt das Land weiter zwischen einer eher pro-russisch und einer eher europäisch orientierten Bevölkerung tief gespalten. Die unmittelbar nach der Absetzung von Janukowitsch ergriffenen Maßnahmen der neuen Machthaber waren und sind jedoch ganz sicher nicht geeignet, das Land zusammenzuführen und noch weniger, der notleidenden Bevölkerung eine Perspektive zu geben. So war der - inzwischen zwar zurückgenommene - Versuch, russisch als zweite Amtssprache abzuschaffen, ein fatales Signal. Ins Bild passt auch, dass die neue „Regierung“ die Gouverneursposten in wichtigen Regionen mit bekannten Oligarchen besetzte.

Vor allem ließen sich die Machthaber kaum Zeit, um mit dem Ausverkauf des Landes und dem Anziehen der Daumenschrauben für die armen Bevölkerungsteile zu beginnen: „Er [Interim-Regierungschef Arseni Jazenjuk] werde die ‚Privatisierung von Teilen des Erdöl- und Gassektors der Ukraine‘ in Erwägung ziehen [...] Die Übergangsregierung der Krim will einem Bericht der ‚Stimme Russlands‘ zufolge bereits erste Details dieser Privatisierungswelle erfahren haben. Demnach würde das ukrainische Gasnetz an den US-Konzern Chevron gehen, während deutsche Konzerne sich in die ostukrainische Schwerindustrie einkaufen sollen. [...] Das Sparprogramm in der Ukraine wird angesichts des Haushaltsdefizits von 7,2 Prozent (2012) hart ausfallen. [...] Die ärmsten Bevölkerungsschichten werden durch die bereits als sicher geltende Abschaffung der Subventionen für Erdgas am stärksten belastet werden. [...] Schließlich werden die Rentner der Ukraine entweder Kürzungen ihrer ohnehin mageren Renten hinnehmen oder die Bevölkerung wird sich auf ein höheres Renteneinstiegsalter gefasst machen müssen.“ (*Telepolis*, 14.03.2014)

Moskau reagierte auf diese Entwicklungen mit der faktischen Besetzung der Krim-Halbinsel, die über eine russische Bevölkerungsmehrheit verfügt und die strategisch wichtige Schwarzmeerflotte beherbergt. Präsident Putin erklärte, es handele sich hierbei um eine völkerrechtskonforme Maßnahme, da Janukowitsch weiterhin der legale Präsident sei und Russland hierzu aufgefordert habe.³⁶ Unabhängig davon, ob man dieser grenzwertigen Rechtsauffassung folgen will³⁷, agiert Moskau zwar in Reaktion auf die geopolitische Offensive des Westens, nichtsdestotrotz sind seine Handlungen aber ebenfalls aggressiv und strikt den eigenen egoistischen Interessen verpflichtet.

Nach dem Referendum auf der Krim, bei dem eine klare Mehrheit für einen Übertritt zu Russland votierte, und dem anschließenden Beschluss Moskaus, die Halbinsel Russland anzuschließen, verschärfte die Europäische Union ihre Sanktionen gegen Russland und unterzeichnete zusammen mit der



*Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der EU
Ende März 2014. Foto: Europäische Union*

Ukraine Ende März 2013 den politischen Teil des Assoziationsabkommens (die handelsrelevanten Passagen sollen später folgen). Somit droht eine weitere Verhärtung der Fronten, die ein erhebliches Eskalationspotenzial birgt. In jedem Fall dürfte die Ukraine und ihre Bevölkerung ohne ein grundlegendes Umdenken noch lange unter der Machtpolitik externer Großmächte zu leiden haben. Eine mögliche Alternative hat u.a. Graham Allison ins Spiel gebracht. Eine dauerhafte Deeskalation sei nur möglich, wenn vertraglich festgelegt würde, dass das Land weder Teil der NATO, der EU noch der Zollunion werde. Eine solche Politik der Äquidistanz sei sicher keine Garantie, aber eine wesentliche Vorbedingung, dass das Land sich auf die Lösung seiner Probleme konzentrieren könnte (*National Interest*, 15.03.2014).

Denn an der Lösung dieser Probleme zeigt weder Russland und noch weniger die Europäische Union ein Interesse – im Gegenteil. So beschrieb ein unter Pseudonym schreibender ukrainischer Sozialist die Gemengelage folgendermaßen: „Insgesamt kann man zu dem Schluss kommen, dass in der Ukraine ein Kampf zwischen den internationalen kapitalistischen Machtzentren und diversen finanziell-politischen Gruppierungen um politischen und ökonomischen Einfluss vor sich geht. Die arbeitende Klasse hat in diesem Kampf nichts zu suchen. Und sie nimmt kaum an ihm teil. Das Proletariat der Ukraine ist konfrontiert mit der tagtäglichen Arbeitslosigkeit, mit der Inflation und dem niedrigen Lebensstandard, mit der Willkür der Unternehmer usw., und die unverständlichen Ziele der Beteiligung an internationalen kapitalistischen Bündnissen wie der EU oder der Zollunion [...] liegen ihm ziemlich fern. Nur der Klassenkampf und die globale Klassensolidarität können die arbeitenden Menschen in der Ukraine und der ganzen Welt befreien.“³⁸

Anmerkungen

- 1 Siehe für Zahlen Hofbauer, Hannes: Europas Schlusslicht, *Neues Deutschland*, 13.03.2014.
- 2 Einer russlandkritischen Quelle zufolge soll die „Familie“ von Janukowitsch zwischen 2010 und 2013 jährlich 8 bis 10 Mrd. Dollar entwendet haben. Siehe Wilson, Andrew: Supporting the Ukrainian Revolution, ECFR Memo Nr. 96/2014, S. 2.
- 3 Um genau zu sein, umfasst die ENP die Palästinensische Autonomiebehörde und 15 Staaten. Im Süden: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien. Im Osten: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
- 4 Dimitrova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: *Cambridge Review of International Affairs*, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254.
- 5 EU-Ukraine Association Agreement – the complete texts, URL: http://eeas.europa.eu/ukraine/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm
- 6 European Commission: EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area, Reading Guide, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/april/tradoc_150981.pdf, S. 2.
- 7 Giucci, Ricardo: Wie wichtig ist das EU-Freihandelsabkommen für die Ukraine? Eine Einschätzung, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 119, 25.06.2013, S. 2-3, S. 2.
- 8 Štefan Füle, Statement on the pressure exercised by Russia on countries of the Eastern Partnership, European Commission, Speech 13/687, 11.09.2013.
- 9 Movchan, Veronika/Giucci, Ricardo: Quantitative Assessment of Ukraine's Regional Integration Options, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Policy Paper 05/2011.
- 10 Die hier verwendeten Zahlen wurden dieser Quelle Åslund, Anders: *Ukraine's Choice*, Peterson Institute for International Economics, Policy Brief, September 2013, S. 2 und dieser Seite entnommen: <http://atlas.media.mit.edu/country/ukr/>
- 11 Über die Unvereinbarkeit eines Assoziationsabkommens mit der EU

- bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in der Zollunion herrscht weitgehend Einigkeit. So gibt EU-Erweiterungskommissar Füle an: „Es trifft zu, dass die Mitgliedschaft in der Zollunion nicht kompatibel mit den Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen ist, die wir mit der Ukraine, Moldawien, Georgien und Armenien ausgehandelt haben. [...] Das ist rechtlichen Unvereinbarkeiten geschuldet: beispielsweise kann man nicht gleichzeitig seine Zölle als Ergebnis des DCFTA senken und sie als Resultat einer Mitgliedschaft in der Zollunion erhöhen.“ Siehe Füle 2013.
- 12 Ivanter, Viktor u.a.: The Economic Effects of the Creation of the Single Economic Space and Potential Accession of Ukraine, in: Eurasian Integration Yearbook 2012, Eurasian Development Bank 2012, S. 19-41.
 - 13 Hier sollte allerdings bedacht werden, dass selbst EU-affine Quellen einräumen, hinter den russischen Drohungen Schutzzölle zu errichten, stünden reale handelspolitische Befürchtungen: „Neben politischen hat Russland auch ernste handelsbezogene Bedenken. Es fürchtet, dass sich ukrainische Waren nach einem Freihandelsabkommen mit der EU auf ihrem Heimatmarkt einer noch stärkeren Konkurrenz seitens europäischer Waren ausgesetzt sehen werden. Und da diese ukrainischen Waren nicht die geforderten Standards erfüllen werden, um in die EU exportiert zu werden, könnten sie auf den russischen Markt ‚geworfen‘ werden und die dortigen Produzenten untergraben. Russland sorgt sich auch darum, dass EU-Produkte als ukrainische umdeklariert und als ukrainische Exporte nach Russland unter den bestehenden vorteilhaften Zugangsbedingungen re-exportiert werden könnten.“ Siehe Popescu, Nicu: The Russia-Ukraine trade spat, EU Institute for Security Studies, Alert, 30.08.2013.
 - 14 „Das russische Hilfspaket: Kurz- und mittelfristige Implikationen“, Deutsche Beratergruppe Ukraine, Newsletter Nr. 63/2014.
 - 15 Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Russlands Roll Back. Ukraine, Kirgisien und die Auseinandersetzungen um den postsowjetischen Raum, in: AUSDRUCK (Oktober 2010), S. 18-23.
 - 16 Atilgan, Canan u.a.: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand, in: Kas Auslandsinformationen, 2/2014, S. 8-51.
 - 17 Åslund 2013, S. 4.
 - 18 Markus Meckel u.a.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft, Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft, DGAPstandpunkt Nr. 1/2012, S. 2. Zit. nach Achelpöhlner, Wilhelm/Cremer, Uli: Ukraine: Wir müssen über Geopolitik reden, Grüne Friedensinitiative, 04.03.2014.
 - 19 Vgl. Huber, Maria: Demokratieexport nach Osteuropa: US-Strategien in der Ukraine, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/2005, S. 1463-1472.
 - 20 Wagner 2010, S. 18ff.
 - 21 Friedman, George: Russia Examines Its Options for Responding to Ukraine, Stratfor Geopolitical Weekly, 18.03.2014.
 - 22 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997, S. 74f.
 - 23 So schreibt etwa Lilia Shevtsova vom „Carnegie Endowment for International Peace“: „In der Ukraine ist das postsowjetische Entwicklungsmodell zusammengekracht, das alle neue unabhängige Staaten (bis auf das Baltikum) prägt. Die Ukraine ist zu dem schwächsten Glied in der postsowjetischen Kette geworden. Man müsste im Auge behalten, dass ähnliche Umwälzungen auch in anderen Ländern möglich sind.“ (Süddeutsche Zeitung, 25.02.2014)
 - 24 Rogers, James: A letter from Prof. Sir Halford Mackinder to European leaders on Russia's invasion of Ukraine, European Geostategy, 09.03.2014.
 - 25 Umland, Andreas: Tor zum Osten oder Krisenherd? in: Internationale Politik, November/Dezember 2013, S. 108-112.
 - 26 Neue Macht – Neue Verantwortung, Stiftung Wissenschaft und Politik/German Marshall Fund, September 2013, S. 2.
 - 27 Lucke, Albrecht von: Der nützliche Herr Gauck, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, S. 5-8, S. 6.
 - 28 Neue Macht – Neue Verantwortung, S. 26 und 7.
 - 29 European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf
 - 30 Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 6-8, S. 7.
 - 31 Laut der in der Tagesschau (20.12.2013) zitierten KAS-Leiterin in der Ukraine habe sich die Geschichte genau andersherum zugezogen: „2006, als Klitschko führendes Mitglied der politischen Bewegung ‚Pora‘ war, entstand der erste Kontakt zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), erzählt die Leiterin des Stiftungsbüros in Kiew, Gabriele Baumann. Als der Oppositionspolitiker vor drei Jahren die Partei Udar (Schlag) gründete, fragte er Hilfe bei der KAS an: ‚Vitali Klitschko kam auf uns zu. Er bat um informelle Kontakte zur CDU und zur Europäischen Volkspartei sowie um Unterstützung mit Seminaren und Schulungen.‘“
 - 32 „Auf der ‚International Business Conference at Ukraine‘ in Washington hatte sie [Nuland] am 13. Dezember 2013 allerdings selbst gesagt: ‚Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die Ukrainer darin unterstützt, demokratische Fähigkeiten und Institutionen aufzubauen sowie Bürgerbeteiligung und eine gute Regierungsführung zu fördern – all das sind Voraussetzungen für die Ukraine, damit sie ihre europäischen Bestrebungen erreichen kann. Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine in diesen und anderen Zielen zu unterstützen.‘“ (Hintergrund, 25.02.2014)
 - 33 <http://www.youtube.com/watch?v=tdCVHRKL-y0>
 - 34 Was Sanktionen anbelangt, sprechen sich wichtige deutsche Wirtschaftsvertreter scharf dagegen aus. So zitiert German-Foreign-Policy.com (18.03.2014) den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: „Wenn jetzt eine Spirale aus gegenseitigen Wirtschaftssanktionen in Gang gesetzt wird, droht die europäische Wirtschaft nachhaltigen Schaden zu nehmen“. Auch Gernot Erler, der Russlandkoordinator der Bundesregierung, weist im Parlament (17.03.2014) deutlich auf die möglichen Auswirkungen von Sanktionen hin: „Es ist kein Zufall, dass sich die EU noch nicht auf konkrete Maßnahmen festgelegt hat. Da wird es noch einen Abstimmungsprozess geben müssen. Denn es ist klar: Ein Land wie Deutschland fügt sich durch die Zustimmung zu Wirtschaftssanktionen auch selbst Schaden zu. 6.200 deutsche Firmen sind in Russland aktiv. Wir haben 20 Milliarden Euro Direktinvestitionen in Russland, das Handelsvolumen betrug im Jahr 2013 76 Milliarden Euro. Von all diesen Zahlen hängen mindestens 300.000 Arbeitsplätze ab. Und es gibt die wechselseitige Abhängigkeit im Energiesektor.“
 - 35 Zumal auch zu Timoschenko gute Kontakte bestehen, deren Partei augenscheinlich ebenfalls unterstützt wurde: „Batkiwtschchina ist seit dem Jahr 2008 mit Beobachterstatus bei der Europäischen Volkspartei (EVP) registriert, in der CDU und CSU eine starke Stellung innehaben. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hat der Partei in der Vergangenheit auch praktisch Hilfe geleistet.“ (German-Foreign-Policy.com, 26.11.2013).
 - 36 Putin hat seine Rechtsauffassung in einer Pressekonferenz ausführlich dargelegt: <http://eng.kremlin.ru/news/6763>
 - 37 Eine von Putin abweichende ‚Rechtsauffassung vertritt etwa Norman Paech: „Offensichtlich gibt es in der Verfassung der Ukraine auch keinen Passus, der eine einseitige Sezession eines Landesteils erlauben würde. [...] Seit langer Zeit, und zwar mit dem Entkolonialisierungsprozess, hat es immer ein Problem der Konkurrenz zwischen der territorialen Unversehrtheit und dem Selbstbestimmungsrecht gegeben. [...] Heute, nach der Dekolonisation, hat die territoriale Integrität Vorrang. Insbesondere natürlich auch das Gewaltverbot, Sezession darf nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Das Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten reduziert sich darauf, innerhalb der Grenzen des Staates Autonomie, Selbstverwaltung, föderale Strukturen zu bekommen.“ (Neues Deutschland, 14.03.2014)
 - 38 Über die Ereignisse in der Ukraine. Bericht eines ökosozialistischen Aktivisten aus Kiew, Graswurzelrevolution, Nr. 386, Februar 2014.

Über „Augsburg“ zur Weltmacht

Vernichtung syrischer Chemiewaffen oder militärische Machtprojektion?

von *Christin Bernhold und Christian Stache*

Die große Koalition beweist wo sie nur kann, dass sie zukünftig außenpolitisch „neue Verantwortung“ (ein Euphemismus für die Ausdehnung des deutschen Imperialismus) übernehmen will. Nach der Ausweitung des Engagements in Mali und Planungen für ein Engagement in der Zentralafrikanischen Republik wird ein weiterer Einsatz der Bundeswehr debattiert, genauer der Marine-Fregatte „Augsburg“. Es gehe um die „Unterstützung von Schiffen, die im Mittelmeer syrische Chemiewaffen vernichten sollen“, berichtete die Tagesschau. Die Bundeswehr könne „die Sicherung der Amerikaner übernehmen“, deren Spezialschiff MV „Cape Ray“ bereits Ende Januar 2014 aus dem US-Bundesstaat Virginia aufgebrochen war und Mitte Februar im Mittelmeer eingetroffen ist.² Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) setzt sich für ein „robustes Mandat“ ein, d.h. es handelt sich zumindest formal um einen Kampfeinsatz, bei dem die Anwendung von Gewalt durch deutsche Soldaten nicht ausgeschlossen wäre. Die deutsche Marine soll durch einen Beschluss des Bundestags offiziell den Auftrag erhalten, den Frachter MV „Cape Ray“, auf dem die syrischen Chemiewaffen unschädlich gemacht werden, zu „schützen“. Ein klares UN-Mandat liegt für eine solche Gewaltanwendung zum „Schutz“ des Schiffes, zu deren Legitimierung das Selbstverteidigungsrecht herangezogen werden soll, allerdings nicht vor.³

Die „Cape Ray“ sei auf einer „historischen Mission“ im Mittelmeer und trage dort zur Sicherheit der Welt bei, so US-Verteidigungsminister Chuck Hagel.⁴ Sowohl Russland als auch die NATO hatten ursprünglich ihre Unterstützung für den Einsatz zugesagt – geplant waren beispielsweise gemeinsame Eskorten beim Waffenabtransport. Die Verladung von Chemiewaffen auf dänische Schiffe hatte unter russischem Schutz im syrischen Hafen Latakia bereits begonnen.⁵ Dort ist bislang knapp die Hälfte der zu vernichtenden Bestände eingetroffen. Derweil wurde allerdings die Russland-NATO-Kooperation seitens der Westmächte aufgekündigt – aufgrund der (maßgeblich durch die EU und USA verursachten) Konfrontation mit Russland in der Ukraine. Bei der für Mitte/Ende April geplanten Umladung auf die Cape Ray im italienischen Hafen Gioia Tauro wird demnach auf eine weitere Absicherung durch russische Kräfte verzichtet.

Mit einem Beteiligungsgesuch an die Bundesregierung und einem rasch folgenden Kabinettsbeschluss für die Mission im

Mittelmeer ist hingegen in Kürze zu rechnen. Die Statements Steinmeiers legen nahe, dass eine Bereitschaft zur Beteiligung deutscher Truppen bereits offiziell signalisiert wurde – auch ohne vorherige Abstimmung im Bundestag.

Die Fraktion der Partei DIE LINKE, bislang stets gegen Aus-

landseinsätze der Bundeswehr, stehe nun vor dem Dilemma, sich für oder gegen die Unterstützung des Mandats entscheiden zu müssen, berichtete die Tageszeitung Neues Deutschland⁶. „Der mögliche Bundeswehreininsatz im Mittelmeer ist einer der Fälle, bei denen wir, ohne Programme oder Beschlüsse zu verletzen, uns den Einzelfall ganz genau anschauen und abwägen müssen“, zitiert die Zeitung den LINKEN Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Stefan Liebich.⁷

Nur Chemiewaffen vernichten?

Die Fregatte „Augsburg“ soll dem Bundesverteidigungsministerium zufolge den Transport und die Vernichtung der Chemiewaffen schützen. Doch „der Einsatz deutscher Marineeinheiten ist in den mit der UNO besprochenen Planungen gar nicht vorgesehen“⁸. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat zudem selbst von einer „niedrigen Bedrohungslage“ gesprochen.⁹ Es stellt sich also die Frage, worin aus Sicht der Bundesregierung die Gründe für die neue Mission der deutschen Marine liegen. Vielleicht hat Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede auf der 50. NATO-Sicherheitskonferenz in München Anfang Februar, in der er ein stärkeres militärisches Auftreten Deutschlands in der EU sowie in der NATO forderte, die beste Antwort darauf bereits im Vorfeld gegeben. „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen.“¹⁰ Jedenfalls haben Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen postwendend in dasselbe Horn geblasen. Wer wie Gauck, Steinmeier und von der Leyen vollmundig die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ankündigt, muss seinen Worten Taten folgen lassen.

Es liegt also nahe, dass die neue Marschrichtung gen Mittelmeer nicht durch das Anliegen vorgegeben wird, eine sichere Vernichtung von Waffen zu gewährleisten, sondern vom „Kurs auf die Welt“¹¹, auf dem man sich auch dann militärisch bewegen will, wenn es nicht nur um die direkten eigenen Interessen geht. Das allein spricht schon gegen den Einsatz, doch es existieren noch eine Reihe weiterer Vorbehalte:

Erstens wäre eine Vernichtung der Chemiewaffen auch ohne die Unterstützung der Bundeswehr gewährleistet. Die Sicherheit



Fregatte Augsburg F 213, im Hafen von Djibouti. Foto: Bundeswehr/Christopher Jacobs über Flickr, Wir.Dienen.Deutschland 2013.

bereits jetzt in syrischen Hoheitsgewässern stationierter Transportschiffe für Chemiewaffen, der norwegischen „Taiko“ und des dänischen Frachters „Ark Fatura“, wird durch norwegische und dänische Militäreskorten sowie durch chinesische, britische und finnische Kräfte gewährleistet.¹² Im östlichen Mittelmeer, also genau dort, wo die syrischen Chemiewaffen vernichtet werden sollen, liegen zudem bereits Schiffe der NATO-Operation „Active Endeavour“ (OAE), welche mit Beginn des „Kampfes gegen den Terrorismus“ ins Leben gerufen wurde und der Kontrolle des Mittelmeers einerseits und der Bekämpfung unerwünschter Migration andererseits dient. Deutschland beteiligt sich bereits an dieser Mission bei einer Mandatsobergrenze von 500 Soldaten gegenwärtig mit 78 Marinekräften und dem Flottenversorger „Rhein“. Ihre Aufgabe umfasst explizit die Seeraumüberwachung und die Terrorismusabwehr¹³ und damit genau das, was im Zuge des neuen, zusätzlichen Mandates angeblich ermöglicht werden soll. Auch die 6. US-Flotte und die „Standing-Maritime-Naval-Group 2 (SMNG2)“, die unter anderem auch an der OAE mitwirken, operieren im Mittelmeer. Unter diesen Gegebenheiten kann von einer Bedrohung der Sicherheit eines US-amerikanischen Schiffes keine Rede sein. Auch dass die Kooperation mit Russland in einer laufenden Operation kurzerhand aufgegeben wurde zeigt, dass nicht von einer Gefährdung der Chemiewaffenvernichtung auf hoher See ausgegangen wird. Ein Einsatz der Fregatte „Augsburg“ ist daher unbedeutend für die unbehinderte Vernichtung der syrischen Chemiewaffen. Für die Bundesregierung ist es schon eher von Bedeutung, bei der Militarisierung des Mittelmeerraumes an der Südgrenze der Europäischen Union (EU) zu einem größeren Faktor zu werden. Bislang nimmt die deutsche Marine an zwei Einsätzen in diesen Gewässern teil.¹⁴

Zweitens geht es im Mittelmeerraum momentan um mehr als nur um die Vernichtung von Chemiewaffen. Aus dem US-Außenministerium wird nach wie vor die Drohung einer Militärintervention gegen Syrien aufrechterhalten, die durch das Sammeln militärischer Kräfte an Nachdruck gewinnt. US-Außenminister John Kerry wurde nun noch deutlicher. In Anbetracht der, wie Washington und seine Verbündeten Saudi Arabien, Katar, Türkei, Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Arabischen Emirate meinen, gescheiterten Verhandlungen zwischen dem Assad-Regime und den bewaffneten Gruppen erwägen diese „Freunde Syriens“ nicht nur die Ausweitung der militärischen Ausbildung, der Finanzierung und Aufrüstung einzelner Rebellenverbände. Kerry spricht sich auch für die Einrichtung „humanitärer Korridore“ aus, die durch „Flugverbotszonen“ hergestellt werden sollen. Ein ranghoher Militärvertreter sagte dem Wall Street Journal: „Wir haben Truppen in der Region. Wir haben Schiffe im Mittelmeer. Alles was wir für die militärische Option brauchen, ist dort.“¹⁵

Vor dem Hintergrund solcher Äußerungen gewinnen die deutschen „Patriot“-Raketen an der türkischen Grenze zu Syrien sowie die Stationierung deutscher Kampfschiffe eine ganz andere Bedeutung. Dabei müssen die deutschen Verbände gar nicht unbedingt direkt an einer militärischen Eskalation teilnehmen. Sie könnten auch Aufgaben übernehmen, die bis dato von anderen ausgeführt worden sind. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Bundeswehr anderen Staaten durch Kompensationsleistungen die Kriegsführung ermöglicht. Deutschland beteiligte sich auch an der Machtprojektion des Bündnisses zwischen dem Westen und den Golfmonarchien mittels eigener Kriegsschiffe – etwa durch das Truppendienstboot „Oker“, das für „strategische Aufklärung“ im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt zuständig ist.

Drittens kommt ein politisches Moment hinzu: Die Bundesregierung muss ihren zunehmenden Interventionismus gegenüber der eigenen, gegenüber Auslandseinsätzen mehrheitlich skepti-

schen Bevölkerung legitimieren. Wie könnte sie für eine offensiv-militärische Außenpolitik bis hinein in die Linke besser werben als mit einem Abrüstungseinsatz? Es ist gemeinhin bekannt, dass es z.B. den Befürwortern von Bundeswehreinheiten im Inneren am besten mit dem Verweis auf Sandsack schleppende Soldaten bei Hochwassern gelingt, Menschen von der Notwendigkeit der Militarisierung im Inneren zu überzeugen. Über Aufstandsbe-kämpfung, Überwachung und dergleichen redet man bevorzugt nicht in der Öffentlichkeit.

Kein Einzelfall

Die Linksfraktion darf aus dem Antrag der Bundesregierung, die Fregatte „Augsburg“ ins Mittelmeer zu entsenden, keinen Einzel- und damit Präzedenzfall für ein „Ja“ zu einem Auslandseinsatz der Bundeswehr machen. Mit einer Zustimmung reihte sie sich in den Kanon aus Doppelmoral und humanitärer Phraseologie ein, durch den die Analyse von Fakten zwecks Legitimierung militärischer Außenpolitik zunehmend ersetzt wird.

Als einzige parlamentarische Opposition gegen die militärische Verteidigung von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen muss sie stattdessen zur Aufklärung über die Gründe beitragen, aus denen die Bundesregierung die Entsendung ihrer Marine forciert. Der BRD, die sich an der Zerstörung der syrischen Chemiewaffen bereits in einer Entsorgungsanlage in Munster beteiligt, geht es mit dem Marineinsatz symbolisch darum, „Verantwortung“ zu zeigen, also zu demonstrieren, dass Deutschland auch in militärischen Fragen zunehmend zu einem „global player“ wird. Sollte es der Regierung wirklich um ein Stück mehr Sicherheit in der Welt gehen, müsste die Große Koalition umgehend jeglichen Rüstungsexport sowie die Ausfuhr chemiewaffentauglicher Substanzen stoppen. Ein klares „Nein“ zum geplanten Bundeswehrmandat steht nicht im Widerspruch zum politischen Willen, die Chemiewaffen vernichten zu lassen.

Anmerkungen

- 1 Pläne für Mission im Mittelmeer, Tagesschau.de, 12.02.2014.
- 2 US-Spezialschiff soll syrische Chemiewaffen vernichten, Spiegel Online, 28.01.2014; Corder/Morenatti: US chemical arms ship arrives in Spain, Yahoo News, 13.02.2014.
- 3 In der entsprechenden Resolution des UN-Sicherheitsrats, in deren Rahmen die Bundesregierung eine Fregatte entsenden will, werden die „interessierten Mitgliedsstaaten mit den entsprechenden Kapazitäten“ lediglich aufgefordert, „Vorkehrungen für die Sicherheit der Überwachungs- und Vernichtungsmission zu treffen“ (vgl. S/RES/2118 (2013)). Es wird keine Aussage darüber getroffen, wie die „Sicherheit“ gewährleistet werden darf. Womöglich gingen die Parteien in der Diskussion der Resolution nicht davon aus, dass überhaupt militärisch „Sicherheit“ hergestellt werden muss.
- 4 Spiegel Online a.a.O..
- 5 Ebd.; Almost half of Syria's chemical weapons removed – OPCW, BBC, 20.03.2014.
- 6 Das Dilemma der LINKEN, Neues Deutschland, 20.02.2014.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Marine prüft Einsatz zum Schutz von Zerstörung syrischer C-Waffen, Reuters, 12.02.2014.
- 10 Zitiert nach Wagner, Jürgen: Münchner Sicherheitskonferenz: Generalangriff der Kriegstreiber. IMI-Analyse 2014/004.
- 11 Kurs auf die Welt, Zeit Online, 06.02.2014.
- 12 Neues Deutschland a.a.O.; BBC a.a.O..
- 13 Bundestags-Drucksache 18/263.
- 14 Im Mittelmeer, bundeswehr.de, Stand: 03.02.2014.
- 15 Zitiert nach Kerry erwägt Flugverbotszone über Syrien, Spiegel Online, 18.02.2014; vgl. U.S. Revisits Options on Syria as Talks Stall, The Wall Street Journal, 18.02.2014.

Rüstungsexporte nach Mexiko: ein Update

von Peter Clausing

Der Verdacht auf illegale Kriegswaffenexporte der Firma Heckler & Koch (H&K) nach Mexiko erzeugte mehrere Wellen medialer Aufmerksamkeit. In jüngster Zeit kamen weitere Diskrepanzen ans Tageslicht. Zudem sollte der Blick auf weitere Akteure nicht verstellt werden. Dazu zählt die Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH.

Heckler & Koch in Mexiko: Ein Rückblick

Am 19. April 2010 erstattete Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft, Strafanzeige gegen den im baden-württembergischen Oberndorf ansässigen Waffenproduzenten Heckler & Koch (H&K). Grund dafür waren Hinweise, dass G36-Sturmgewehre in mexikanische Bundesstaaten exportiert wurden, in die laut Exportgenehmigung nicht hätte exportiert werden dürfen. Konkret waren vier Bundesstaaten von der Exportgenehmigung ausgenommen. In Chiapas und Guerrero wurden in der Vergangenheit besonders gravierende Menschenrechtsverletzungen verzeichnet (in Chiapas ist außerdem der zapatistische Aufstand als sozialer Großkonflikt nach wie vor präsent). Jalisco und Chihuahua hingegen sind zwei Bundesstaaten, in denen der mexikanische Drogenkrieg besonders heftig tobte.

Seit Erstattung der Strafanzeige sind vier Jahre vergangen, ohne dass Konsequenzen gezogen wurden – ein Paradebeispiel für die Verschleppung von Ermittlungen, hier gegen ein Unternehmen, über das der CDU-Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Volker Kauder schützend seine Hand hält. Andererseits hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Ermittlungen nicht eingestellt – das ist die gute Nachricht. Offenbar sind öffentliche Aufmerksamkeit und Beweislast zu groß.

Als es im Dezember 2010, ein halbes Jahr nach der Strafanzeige, endlich zu einer Hausdurchsuchung bei H&K kam, vertrat Grässlins Anwalt Holger Rothbauer die Ansicht,¹ dass mit den bei der Hausdurchsuchung sichergestellten Dokumenten der Tatverdacht wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz ausreichend groß wäre, um Anklage zu erheben. Schließlich, im November 2011, gab es eine Großrazzia, an der rund 300 Einsatzkräfte beteiligt waren und bei der man weiteres Beweismaterial wie Reisekostenabrechnungen, „Exportanträge in ursprünglichen und aktuellen Fassungen, E-Mail-Korrespondenzen und vieles andere mehr“ sicherstellte.² Doch eine Anklage gibt es bis heute nicht. Bis April 2013 hatte sich immerhin so viel Druck aufgebaut, dass ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin von H&K fristlos entlassen wurden – zwei Bauernopfer, die angeblich die illegalen Exporte nach Mexiko zu verantworten hätten. Ein Eigentümer, denn die beiden klagten gegen ihre Entlassung und der Fall wurde Anfang Dezember 2013 in einem überfüllten Gerichtssaal beim Arbeitsgericht in Villingen-Schwenningen verhandelt. Zu einem Urteil konnte sich das Gericht nicht durchringen. Die Parteien erhielten eine Frist, sich außergerichtlich zu einigen. Den Medienrummel anlässlich des Arbeitsgerichtstermins hätte sich das Unternehmen sicher gern erspart.

Der Druck auf H&K entstand auch aufgrund der Recher-

cheergebnisse des Journalisten Wolf-Dieter Vogel und des Politikwissenschaftlers Carlos Pérez Ricart. Unterlagen des mexikanischen Verteidigungsministeriums (SEDENA) belegten, dass die G36-Gewehre nicht zufällig in jene vier Bundesstaaten geraten waren, die laut Ausfuhrge-

nehmigung nicht beliefert werden durften. Rund die Hälfte der exportierten Waffen ging in voller Absicht direkt dorthin. Dies war einem im Internet zugänglichen Dokument der SEDENA zu entnehmen, das seit März 2011 existierte und von Vogel im Spätherbst 2012 entdeckt wurde.³ Das Dokument weist aus, dass von der besagten Lieferung 2.113 Sturmgewehre nach Chihuahua, 198 nach Jalisco, 1.924 nach Guerrero und 561 nach Chiapas geliefert wurden. Von mehreren Experten, darunter Vogel, wird ohnehin die Ansicht vertreten, dass es völlig realitätsfern sei anzunehmen, man könne derartige Lieferbeschränkungen praktisch umsetzen, insbesondere in einem Land wie Mexiko. Raúl Benítez Manaut, Professor an der Autonomen Universität in Mexiko-Stadt, bezeichnete eine solche Beschränkung in einer arte-Dokumentation (siehe näheres unten) als Beruhigungspille für die deutsche Öffentlichkeit.

Diskrepanzen

H&K wurde von einer neuen Welle der „Popularität“ überschwemmt, als am 4. Februar 2014 die anderthalbstündige Dokumentation „Waffen für die Welt – Exporte außer Kontrolle“ von Daniel Harrich auf arte lief, anschließend noch mehrfach ausgestrahlt wurde und zwei Tage zuvor in den ARD-Tagesthemmen angekündigt wurde. Das Ganze wurde von einem Dossier der ZEIT (Dezember 2013) und einem auf die Fernsehdokumentation zugeschnittenen Bericht in der taz flankiert. Im Dokumentarfilm von Harrich gibt es ein Interview mit Raul Manzano Vélez, Direktor der mexikanischen Rüstungsbeschaffungsbehörde (DCAM), in dem dieser rundweg bestreitet, dass Lieferbeschränkungen für bestimmte Bundesstaaten überhaupt existiert hätten. Die SEDENA hätte weder offiziell noch inoffiziell Kenntnis davon erhalten. Auf die im Rahmen einer Kleinen Anfrage⁴ der Fraktion Die Linke gestellte Frage „Welche Bundesstaaten durften beliefert werden, und welche nicht?“ antwortet die Bundesregierung ausweichend. In einer weiteren Kleinen Anfrage der Linken⁵ teilt die Bundesregierung mit: „Eine solche Zusicherung (die Nichtbelieferung der besagten vier Bundesstaaten, P.Cl.) existiert nicht. Vorbehalte bestanden auch nur gegen die Belieferung der örtlichen Polizeikräfte in den genannten Bundesstaaten.“ Daraus lässt sich schließen, dass die Bundesregierung über eine sehr genaue Analyse der in Mexiko weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen zu verfügen scheint: Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte werden in Mexiko offenbar ausschließlich von örtlichen Polizeikräften begangen.

Es gibt jedoch eine weitere handfeste Diskrepanz. Pérez Ricart nutzte sein Recht als mexikanischer Staatsbürger und fragte im Jahr 2011 unter Berufung auf das dort geltende Gesetz auf Informationsfreiheit (IFAI) bei der mexikanischen Regierung zweimal nach, wieviel G36-Gewehre zwischen 2006 und 2008 importiert wurden. Überraschenderweise unterschieden sich die Zahlen in den beiden Antworten deutlich: das eine Mal waren es laut offizieller Auskunft 9.652, das andere Mal 10.082 Gewehre dieses Typs. Noch überraschender war jedoch, dass laut Auskunft der Bundesregierung in der genannten Periode nur 8.769 Exemplare



Auch die MP5-Maschinenpistolen von H&K werden angepriesen. Ausstellungsstück auf einer Militärschau im März 2013 in Mexiko-Stadt. Quelle: Archiv des Autors

exportiert worden sein sollen.⁶ Wenn bereits die nackten Zahlen der offiziellen Stellen um rund 900 oder gar 1.300 differieren, wieviel Wert haben dann die „Endverbleibserklärungen“? Wäre es nicht höchste Zeit, dass die deutsche Regierung ihre Buchführung über ein so kritisches Exportgut wie Kriegswaffen mit dem Empfängerland abgleicht? Hat H&K 900 oder vielleicht 1.300 dieser Gewehre illegal exportiert? Oder wurde dieser über die offiziellen deutschen Zahlen hinausgehende Export verdeckt genehmigt und über dunkle Kanäle nach Mexiko geschafft? Es wäre nicht das erste Mal, dass Deutschland knietief in illegale Waffengeschäfte verstrickt ist. Erinnerung sei an die MEXEX AG, die u.a. Mitte der 1980er Jahre an der „Iran-Kontra-Affäre“ beteiligt war, wobei der investigative mexikanische Journalist Manuel Buendía den MEXEX-Chef und ehemaligen SS-Offizier Gerhard Mertins illegaler Waffengeschäfte in Mexiko beschuldigte. Kurze Zeit später wurde Buendía ermordet, und bis heute besteht der Verdacht, dass Mertins einer der geistigen Urheber dieses Mordes war.⁷

Ein Lizenzgeschäft mit Fragezeichen

Damit nicht genug, durch den Film „Waffen für die Welt – Exporte außer Kontrolle“ wurde publik, dass die mexikanische Regierung in den Jahren 2003/2004 an einem Lizenzvertrag mit H&K „interessiert war“. Es wird ein Dokument gezeigt, das Pérez Ricart ebenfalls auf der Grundlage des mexikanischen Informationsfreiheitsgesetzes erlangt hatte und dem zu entnehmen ist, dass umgerechnet 1,2 Millionen Euro für „Technologietransfer“ geflossen sind. Der Politikwissenschaftler verweist darauf, dass das mexikanische Finanzministerium für eine Lizenz von H&K vier Jahre lang Geld auf ein Konto in Deutschland überwiesen hat. Aus unbekanntem Gründen kam es jedoch zu keiner Produktion von G36-Gewehren. Ebenso unklar ist, ob die deutschen Behörden jemals die Genehmigung für einen solchen Technologietransfer erteilt haben. Sowohl die deutsche Regierung als auch H&K schweigen sich dazu aus. Fakt ist, dass im Jahr 2006 im Bundesstaat Queretaro eine neue Waffenfabrik eröffnet wurde, die seitdem 60.000 Schnellfeuergewehre vom Typ FX05 produzierte, ein Modell, das dem G36 verblüffend ähnelt. Ob und wenn ja, wieviel von dem erwähnten Technologietransfer in die FX05-Produktion eingeflossen ist, wird wohl erst klar werden, wenn es zu einem Strafprozess gegen H&K kommt.

Die Fertigungstechnik des Werks in Queretaro „stammt zum Teil aus Deutschland“, heißt es in dem Film. Weiter wird darin

anschließend über die Fritz Werner Holding GmbH berichtet, die nicht nur das Werk in Queretaro ausgerüstet hat. Ihre Spuren sind in zahlreichen repressiven bzw. von Krisen geschüttelten Ländern zu finden – neben Mexiko sind es Kolumbien, Burma (Myanmar), Iran, Irak, Nigeria, Sudan und die Türkei. Roman Deckert, Mitarbeiter am Berlin Center for Transatlantic Security, beschreibt, wie die „in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt“ Firma Fritz Werner von der Bundesregierung als Schlupfloch benutzt wurde, um einerseits zu behaupten, dass sie einen Export von Waffen und Munition in Krisenländer nicht genehmigen würde, wobei sie andererseits verschweigt, dass stattdessen gleich ganze Waffen- und Munitionsfabriken dorthin geliefert werden. Laut Wikipedia-Eintrag fungieren die dort errichteten Fabriken als Zweigwerke des Mutterunternehmens. Dabei befand sich das Unternehmen Fritz Werner über viele Jahre mehrheitlich im Bundesbesitz. Im Film als „Instrument des Kalten Krieges“ bezeichnet, ist die Firma – wie das Beispiel Mexiko zeigt – auch zweieinhalb Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges noch am Bau von Waffen- und Munitionsfabriken in „befeindeten“ Ländern mit zweifelhafter Menschenrechtssituation beteiligt. Auf seiner Website (www.fritz-werner.com) bezeichnet sich das im hessischen Geisenheim ansässige Unternehmen als „Industrie-Ausrüstungen GmbH“ und wirbt zugleich auf der Frontseite damit, bei der „ammunition manufacturing technology“ führend zu sein.

Es steht zu hoffen, dass mittlerweile genug Staub aufgewirbelt wurde, dass die Verantwortlichen nicht ein weiteres Mal straffrei mit ihrem Treiben davonkommen.

Anmerkungen

- 1 www.juergengraesslin.com/index.php?seite=Pressemit_Hausdurchsuchung_HK_2010-12-22.htm
- 2 Grässlin, J. (2013): Schwarzbuch Waffenhandel. W. Heyne Verlag München, S.478
- 3 <http://jungle-world.com/artikel/2013/09/47219.html>
- 4 Bundestag Drucksache 17/6432 v.5.7.2011
- 5 Bundestag Drucksache 17/8275 v.28.12.2011
- 6 <http://mexicoviaberlin.org/wp-content/uploads/2014/02/MVB-AG-2014-002.pdf>, Grässlin (2013) spricht in seinem Buch (S.447) von 8.710 Gewehren in dieser Periode
- 7 Pérez Ricart, C.A. (2014): MEXEX AG o la frontera de lo (i)legal en la política alemana de exportación de armament: una perspectiva histórica (1963-1991). México via Berlín Working Paper, in press, <http://mexicoviaberlin.org/>

Alle Links waren am 23.3.2014 zugänglich.

Profaner Partymilitarismus

Die Bundeswehr beim 825. Hamburger Hafengeburtstag

von Christian Stache

Das Programm des 825. Hamburger Hafengeburtstags – ein von der Stadt Hamburg zelebriertes, alljährliches Event entlang des Elbufers im Stadtteil St. Pauli –, der dieses Jahr vom 9. bis zum 11. Mai gefeiert wird, steht noch nicht komplett fest.¹ Aber das Landeskommmando Hamburg der Bundeswehr, die für die Hansestadt zuständige territoriale Verwaltungseinheit des Militärs, hat seine zweifelhaften Attraktionen bereits bekannt gegeben. Neben der üblichen Waffenschau, Werbung für den Kriegsdienst und Imagepflege will sie vor allem mit Musik und dem hauseigenen Radio-Sender bei den Besuchern punkten.

Das Landeskommmando Hamburg der Bundeswehr brüstet sich bereits seit geraumer Zeit mit der zivilmilitärischen Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg und der „traditionellen“ Unterstützung der hamburgischen Behörden bei der Organisation des Hafengeburtstags.² Der Internetseite der Streitkräftebasis, dem für alle Aufgaben an der „Heimatfront“ zuständigen Organisationsbereich der Bundeswehr, ist zu entnehmen, dass die Militärs in diesem Jahr mit zwei Neuheiten aufwarten werden:

Erstens wird die Big Band der Bundeswehr³ zum ersten Mal beim Hafengeburtstag spielen. Der Public Relations-Beauftragte des Hamburger Landeskommandos, Fregattenkapitän Frank Martin, rührt für das „einmalige Erlebnis“ bereits fleißig die Werbetrommel. Am Samstag, dem 10. Mai 2014, wird die Kapelle im Grasbrookhafen direkt vor den Marco Polo Terrassen auf einem schwimmenden Ponton im neu gebauten Prunkstadtteil „Hafen-city“ auftreten.

Zweitens hat der bundeswehreigene Radio-Sender, „Radio-Andernach“, eine eigene Bühne an der Überseebrücke direkt am Hot Spot des Volksfests. Seit den ersten Out-of-Area-Einsätzen deutscher Militärs nach dem Zweiten Weltkrieg ist er für die Truppenunterhaltung an der Front zuständig, „damit die Soldaten in den Auslandseinsätzen ihre Arbeit bestmöglich erfüllen“.⁴ Dafür unterhält die Rundfunkstation sogar Dependancen in den Kriegsgebieten, z.B. in Afghanistan. „So ist das Programm immer aktuell und einsatzbezogen.“⁵

Der Sender wird betrieben vom sogenannten Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr, das nicht nur für eine gute Kampf-Moral innerhalb der eigenen Reihen sorgen soll, sondern auch für die Manipulation der Menschen „in den Interessengebieten der Bundeswehr“,⁶ zu denen ausdrücklich nicht nur die Einsatzorte der Bundeswehr zählen. Es analysiert „die Situation der Bevölkerung in den Einsatzgebieten und wirkt u.a. mit Print-, Audio-, Video- und weiteren Medienprodukten z.B. über Internet auf freigegebene Zielgruppen ein“.⁷ Früher nannte man so etwas psychologische Kriegsführung.

In Hamburg wird „Radio Andernach“ rund um die Uhr ein „ganztägliches Programm bieten“ und „live in die weltweiten Einsatzgebiete deutscher Soldaten“⁸ senden. Zudem können Besucher des Hafengeburtstags mit Sonderstempeln vom extra eingerichteten „Feldpostamt“ Karten und Briefe verschicken.

Zu diesen Neuheiten der Bundeswehr-Selbstvermarktung, Propaganda und der Akzeptanzbeschaffung unter der Bevölkerung kommen die bereits bekannten Maßnahmen, mit denen die Prä-

senz des Militärs in der Öffentlichkeit normalisiert werden soll.

Vor den Landungsbrücken auf St.Pauli setzen sie sich mit der Einsatzsimulation einer Seerettung mit dem SAR-Hubschrauber „Sea King“ der Marine im Rahmen der Vorführungen „SOS – Ihre Retter in Aktion“ als nütz-

liche Helfer in Szene, obgleich diese Fähigkeiten gar nicht bei der Bundeswehr angesiedelt werden müssten. Darüber hinaus können die Besucher des Hamburger Hafengeburtstags im „open ship“-Programm wieder zahlreiche Militärschiffe inspizieren und sich von motivierten Soldaten erklären lassen, mit welchen Waffen auf wen geschossen wird. Neben den zahlreichen Kriegsschiffen anderer Staaten (in diesem Jahr kommen mehrere Schiffe aus Dänemark) werden auch das Patenschiff der Hansestadt, die Fregatte „Hamburg“, und die Fregatte „Augsburg“ ihren Anker in Hamburg werfen. Die Fregatte „Hamburg“ hat z.B. in der Vergangenheit für den Flankenschutz des Kapitals aus der Europäischen Union (EU) gesorgt, indem sie die Handelswege zur See am Horn von Afrika im Auftrag der EU freigeräumt hat. Auch die Fregatte „Augsburg“ war schon vor der Küste Somalias unterwegs, allerdings im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ im „Krieg gegen den Terror“.

Schon in den vergangenen Jahren gab es immer wieder vielfältige Formen des Protests gegen die verschiedenen Formen dieser vergleichsweise niedrigschwelligen kulturindustriellen Militarisierung der Gesellschaft im Rahmen staatlich organisierten Partyvergnügens. Mal wurden Teile des Hafens mit einschlägigen Postern plakatiert und Militärfahrzeuge in Hafennähe blockiert,⁹ mal trafen sich AntimilitaristInnen zu einer Kundgebung direkt vor den Kriegsschiffen oder umkreisten mit einer eigenen, mit Transparenten geschmückten Barkasse die angelegten Militärboote.¹⁰ Es ist daher anzunehmen, dass die ausgeweitete Präsenz der Bundeswehr nicht gänzlich ohne Reaktion bleibt. Zumal die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ausdrücklich, d.h. in ihrem Koalitionsvertrag, nicht nur festgehalten hat, dass die Bundeswehr auf weitere Kriegseinsätze vorbereitet werden müsste, sondern auch, dass sie in die „Mitte der Gesellschaft“ gerückt und der „Dialog [...] in und mit der Gesellschaft“¹¹ unterstützt werden soll.

Anmerkungen

- 1 Der Hamburger Hafen wird 825, www.hamburg.de o.j.
- 2 Die Bundeswehr – Wir in Hamburg, Broschüre Landeskommmando Hamburg der Bundeswehr, o.j.
- 3 <http://www.bigband-bw.de/index.php>
- 4 Die „Betreuungsmedien“ stellen sich vor, Radio Andernach, Stand: 18.03.2014
- 5 Die Einsatzredaktionen, Radio Andernach, Stand: 18.03.2014
- 6 Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr: Über uns, Stand: 10.01.2014
- 7 Ebd. Dort heißt es auch: „Im Rahmen der Direktkommunikation werden geplant und zielgerichtet Gespräche mit der Bevölkerung vor Ort genutzt, um beabsichtigte Wirkungen durch Informationsaktivitäten zu erzielen.“
- 8 Bundeswehr-Highlights auf dem 825. Hamburger Hafengeburtstag, www.kommmando.streitkraeftebasis.de (Stand: 24.02.2014)
- 9 <http://www.bundeswehr-wegtreten.org/?q=content/hamburg-zahlreiche-antimil-aktionen-beim-hafengeburtstag>
- 10 <http://de.indymedia.org/2010/05/280871.shtml>
- 11 Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, S. 123

Die Sache mit der Verschlusssache

Wie das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) der Friedens- und Antikriegsbewegung helfen kann

von Thomas Mickan

Militär ohne Geheimhaltung ist unvorstellbar. Jedes Militär, auch die Bundeswehr, ist auf diese angewiesen, konstituiert sich doch Militär immer mit Blick auf abzuwehrende feindliche Gruppen, die es – des eigenen Vorteils oder Schutzes wegen – möglichst uninformiert zu lassen gilt.¹ Auch gibt es für das Militär und dessen politisch Verantwortliche einen Binnenanreiz zur Geheimhaltung gegenüber der eigenen Bevölkerung, da die hohen finanziellen Aufwendungen und menschlichen Verluste gerade in einer Demokratie gleichzeitig hohe politische Kosten bedeuten.² Ein Beispiel sind fehlende Fotos von getöteten Soldat_innen der Bundeswehr oder von Menschen, die von Bundeswehrsoldat_innen getötet wurden. Das Fehlen ist neben den in engen Grenzen nachvollziehbarem und zu schützenden Persönlichkeitsrecht mit den hohen politischen Kosten zu erklären.³

Geheimhaltung und Demokratie, ideal verstanden als freie und gleiche Möglichkeit der Willensbildung, -artikulation und -durchsetzung, stehen damit jedoch in einem Spannungsverhältnis, weil durch Geheimhaltung das Primat von informierten Bürger_innen erheblich verletzt wird. Auch die an Abgeordnete delegierte Kontrolle von Militär und Geheimdiensten ist einerseits kaum effektiv,⁴ andererseits nicht sachangemessen bei Fragen mit erheblicher ethischer Tragweite wie Krieg und Frieden, die neben politischen Expert_innengremien ein gesamtgesellschaftliches Meinungsbild für ihre Legitimation in einer Demokratie benötigen.⁵ Es stellt sich so das Problem, dass die Geheimhaltung die Bürger_innen daran hindert, sich angemessen zu informieren und zu urteilen.⁶ Auch eine umfassende Information der Öffentlichkeit durch die Medien ist gerade im Bereich der militärischen Angelegenheiten durch die Geheimhaltung stark eingeschränkt.

Ein Beispiel verdeutlicht das: Drei einfache, aber für die Kriegsbewertung entscheidende Fragen können meines Erachtens heute in Bezug auf den Afghanistankrieg von der deutschen Öffentlichkeit aufgrund von Geheimhaltung nicht beantwortet werden. Erstens: Wie viele Menschen haben Bundeswehrsoldat_innen direkt oder über Befehle vermittelt („Kunduzbombardierung“) getötet – egal ob Kombattant_in oder Zivilist_in, intendiert oder aus Versehen? Zweitens: Wie viele Gefangene hat die Bundeswehr im „umgangssprachlichen“ Krieg genommen? Schließlich drittens: Was ist aus diesen Gefangenen geworden?

Die Friedensfrage ist so auf das Engste mit der Forderung nach mehr Transparenz für staatliches Handeln verknüpft. Im Folgenden möchte ich daher mit dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ein Werkzeug für die Friedens- und Antikriegsbewegung diskutieren. Dies soll im besten Fall helfen, den Schleier des Geheimen zu lüften. Oder es kann das Spannungsverhältnis von Militär und Demokratie aufzeigen, eben weil das Militär vom Geheimen lebt und dies auch nicht durch Regelungen wie das IFG zu ändern ist. Darin sehe ich eine starke Form von Militärkritik.

Die Sache mit der Verschlusssache

Die Pressegesetze geben Journalist_innen ein Mittel an die Hand, Informationen von staatlichen Stellen zu erfragen. Auch Parlamentarier_innen haben beispielsweise über Kleine Anfragen

die Möglichkeit an Informationen zu gelangen, die die Regierung nicht freiwillig veröffentlicht. Gewöhnliche Bürger_innen waren bis 2006 in Deutschland auf die Vermittlung dieser Instanzen angewiesen. Sie sind es zwar nach wie vor, jedoch wurde mit dem 2006 in Kraft getrete-

nen „Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes“, kurz Informationsfreiheitsgesetz (IFG), ein gesetzlicher „Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen“⁷ geschaffen: „Mit einem [IFG-]Antrag [...] können Bürger und Journalisten die Herausgabe jeglicher Aktenbestände von Behörden beantragen, dazu gehören Förderanträge, Gutachten, Prüfberichte und sogar interne E-Mails.“⁸

Bevor ich jedoch näher auf das IFG und die damit verbundenen Probleme eingehen möchte, ist es sinnvoll auf die parlamentarische Praxis zu schauen. Sie verdeutlicht, welchen Umfang die Praxis der Geheimhaltung selbst bei scharfen parlamentarischen Werkzeugen wie der Kleinen Anfrage besitzt. Es zeigt Anspruch und Herausforderung für das IFG, welches helfen soll, das Prinzip der Repräsentation ernster zu nehmen, bei der das Wahlvolk auch zwischen den Wahlen ihre Repräsentant_innen und die Regierung kontrollieren kann. Ich werde mich beispielhaft auf drei politisch umstrittene Bereiche konzentrieren, die deshalb im Besonderen einer Kontrolle bedürfen: den Afghanistankrieg, den Bundeswehreinsatz im Inneren und Rüstungsforschung und -exporte. Es wird sich zeigen, wie durch die Geheimhaltung Kontrolle verunmöglicht wird.

Afghanistankrieg

Im Januar 2011 wurde die Zahl der getöteten Zivilpersonen in Afghanistan insbesondere durch die „Task Force 47“ der Bundeswehr bei einer Kleinen Anfrage als Verschlusssache vor der Öffentlichkeit verborgen.⁹ Im Juni 2011 verheimlichte die Bundesregierung der Öffentlichkeit Angaben zum umstrittenen, aber für den Afghanistaneinsatz wichtigen Bundeswehrstützpunkt Termez im diktatorischen Regime in Usbekistan.¹⁰ Auch auf Anfragen von Journalist_innen über ihre Presserechte gab das Verteidigungsministerium keine Auskunft.¹¹ Im Juli 2011 fragten Abgeordnete im Bundestag, „an welchen Orten außerhalb Deutschlands [...] Angehörige des Kommandos Spezialkräfte (KSK) und der Kampfschwimmerkompanie [...] in den letzten zwei Jahren im Einsatz“ waren. Das Resultat war Schweigen.¹² Im August 2011 schwieg sich die Bundesregierung auch über die Erfahrungen des öffentlich gepriesenen Konzeptes des „Partnerships“ in Afghanistan aus.¹³

Im November 2012 veröffentlichten Journalist_innen der WAZ-Gruppe einige tausend Seiten von geleakten Einsatzberichten der Bundeswehr in Afghanistan – die so genannten Afghanistan Papiere. Vorher versuchten die Journalist_innen erfolglos an die Papiere mit einer IFG-Anfrage zu gelangen. Dies wurde ihnen aber mit Verweis auf die Geheimhaltung verweigert.¹⁴ Seit April 2013 ging das Verteidigungsministerium aufgrund der Veröffentlichung und einer angeblichen Verletzung des Urheberrechtes sogar juristisch gegen die WAZ-Gruppe vor. Es offenbarte sich zudem in den veröffentlichten Papieren, dass die Begründung für die Geheimhaltung, nämlich die vermeintliche Gefährdung von Soldat_innen, nachweislich falsch war: „In den Papieren findet sich nichts, was als Geheimnis geschützt werden müsste.“¹⁵ Im Januar 2014 versuchte das Bundesinnenministerium (wie bei den

Afghanistan Papieren wiederum unter Thomas de Maizière) ähnliche juristische Schritte in Bezug auf Urheberrechtsverletzungen mit dem IFG-Portal fragdenstaat.de.¹⁶ Dieses gemeinnützige Portal vereinfacht das Stellen einer IFG-Anfrage und ermöglicht die Ergebnisse der IFG-Anfragen (anonymisiert) zu veröffentlichen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass es sich in beiden Fällen um den Versuch handelt, kritische Nachfragen zu zensieren und keineswegs um Urheberrechtsverletzungen.¹⁷

Erstaunlicherweise gab es wegen der geleakten Afghanistan Papiere ein Nachspiel. Aufgrund des Leaks bemerkte „[d]er am 27. September 2008 in Camp Marmal befindliche Offizier Daniel Lücking [...], dass die Unterrichtung des Parlaments durch das BMVg über den erfolgten Angriff erheblich von dessen tatsächlichem Verlauf abwich.“¹⁸ Lücking stellte daraufhin mit Unterstützung der Linken im Juni 2013 eine Kleine Anfrage im Bundestag,¹⁹ um herauszufinden, was mit den auch von ihm verhafteten afghanischen Kämpfer_innen nach der Übergabe an afghanische Sicherheitskräfte geschah. „[D]ass die Verhaftungen und die später mir gegenüber geäußerten Tötungen nicht der Beurteilung und Diskussion durch das deutsche Parlament zugänglich sind, steht[sic] für mich das gesamte deutsche ISAF-Engagement und auch jedes weitere Engagement im Ausland in Frage“,²⁰ äußerte Lücking am 19. Februar 2014 in seinem Offener Brief „Umgang mit Angreifern in Afghanistan“ auf seinem PTBS-Blog „Aufräumen, Kamerad!“. Und obwohl die Verschlussregelung über die wahren Vorkommnisse in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken nur befristet bis zum Ende der 17. Wahlperiode (22. Oktober 2013) gelten sollte, hat sich bis heute (Ende März 2014) daran nichts geändert. Zu heikel scheint es zu sein, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß darüber zu unterrichten, was mit Gefangenen Kombattant_innen in Afghanistan bei der Übergabe an lokale Sicherheitskräfte geschieht.

Im April 2013 stellte das Bundesverteidigungsministerium die weiteren geplanten Anschaffungen der Bundeswehr für den Afghanistan Einsatz unter Verschluss, was gerade vor dem Hintergrund eines möglichen Abzuges von erheblichem politischem Interesse ist. Es würden „Grundrechte Dritter“, das heißt der beauftragten Firmen und ihre Geschäftsgeheimnisse, berührt. Als weiteren Verschlussgrund nennt die Bundesregierung, dass, wenn der gegenwärtige Stand der Ausrüstungsplanung öffentlich zugänglich wäre, der „Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, d[ie] Abstimmung mit den Partnernationen sowie Art und Umfang einer deutschen Beteiligung an einer ISAF-Nachfolge mission [sich] ändern [könnten].“²¹

Offensichtlich verheimlicht das Verteidigungsministerium konsequent alle relevanten und brisanten Angaben zum Afghanistaneinsatz sowohl vergangener Vorkommnisse als auch zukünftiger Gestaltungsideen. Wie aufgrund dieses Faktenmangels sich Bürger_innen ein Urteil über den Afghanistankrieg bilden können, bleibt offen.



Die grauen Herren der Informationen: MAD Chef Birkenheier begrüßt 2013 den damaligen Verteidigungsminister de Maizière in Köln. Foto: Bundeswehr/Ströter über Flickr, Wir.Dienen. Deutschland.

Bundeswehr im Inneren

Auf Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen in Bayern werden sich am 4. und 5. Juni 2015 – wohl abhängig von den weiteren politischen Entwicklungen auf der Krim – die G8 treffen. Damit wird Deutschland nach Heiligendamm 2007 wieder Gastland dieser Veranstaltung sein. Dass dabei die Bundeswehr wie 2007 wieder im Inneren eingesetzt wird, muss befürchtet werden. Genaue Kenntnisse über 2007 sind jedoch wegen des unter Verschluss gehaltenen Berichtes über „Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfel in Heiligendamm“ nur aufgrund geleakter Dokumente von Februar 2008 verfügbar.²²

Ähnlich gestaltet sich das Trauerspiel der Geheimhaltung bei der alljährlichen privaten Münchner Sicherheitskonferenz und dem mit Steuern bezahlten Einsatz der Bundeswehr zum Schutz dieser Veranstaltung. Am 19.1.2012 stellte deshalb die Linke eine Kleine Anfrage über die „Unterstützung des Bundes für die Münchner Sicherheitskonferenz.“²³ Dieses Datum war politisch geschickt gewählt, weil die Bundesregierung die heiklen Fragen nach einer zweiwöchigen Frist für Kleine Anfragen genau zu Beginn der Sicherheitskonferenz hätte beantworten müssen, also just dann, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik am größten wäre. Jedoch stellte die Bundesregierung nach genau diesen zwei Wochen am 3.2.2012 ihre Antwort unter Verschluss.²⁴ Einen Monat später, nachdem die Proteste und die mediale Aufmerksamkeit verschwunden waren, hob die Bundesregierung am 2.3.2012 den Verschluss wieder auf.²⁵

Proteste gibt es auch immer wieder gegen Werbeaufträge der Bundeswehr. Nach Angaben des Bundeswehrmagazins Y (Ausgabe 03/2014) werden gegen diese Werbemaßnahmen Demonstrierende im Vorfeld „oft“ durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD), die Feldjäger und Polizei ausspioniert.²⁶ Es ist daher von öffentlichem Interesse, an welchen Orten und in welchem Personalumfang der MAD aufgestellt ist. Doch selbst diese banalen Angaben über den Geheimdienst der Bundeswehr werden unter Verschluss gehalten, wie im April 2013 bei einer Großen Anfrage der SPD herauskam.²⁷

Rüstungsforschung und -exporte

Seit die Zivilklauselbewegung in Deutschland erheblich an Fahrt gewonnen hat, scheint es für die Politik zunehmend unangenehm zu sein, wenn der Umfang von Rüstungsforschung bekannt wird. Bereits im Oktober 2010 wurde daher die Kleine Anfrage „Die Rolle der Hochschulen in der staatlich geförder-ten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung“ unter Verschluss gehalten.²⁸ Auch fast vier Jahre später - und dem verstärktem Aufdecken der massiven Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und dem gestiegenen öffentlichen Interesse daran - wurde im März 2014 wiederholt der aktuelle „Stand der militärischen und wehrtechnisch relevanten Forschungsaufträge aus dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) sowie eine aktuelle Übersicht über Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit privaten Rüstungskonzernen“²⁹ unter Verschluss gestellt. Die Begründung dafür lautet, dass die „Sicherheitsinteressen Deutschlands“ gefährdet seien. Geheimhaltung im Bereich der Rüstungsforschung gibt es auch auf Landesebene. So etwa im November 2012 bei einer Anfrage zur Rüstungsforschung an der Universität Hannover³⁰ und im Oktober 2013 bei Fragen in den Landtagen von Niedersachsen, Bayern und Sachsen zur Rüstungsforschung beispielsweise beim Drohnenprojekt SAGITTA und dessen Finanzierung.³¹

Besonders umfänglich ist auch weiterhin die Geheimhaltung in Fragen des Rüstungsexportes. Protokolle und Sitzungen des Bundessicherheitsrates, der über Ausfuhrgenehmigungen entscheidet, sind gleich gänzlich geheim, und nur durch Zufall, Kontakte oder verspätet dringen dortige Beschlüsse an die Öffentlichkeit. Ganz aktuell stellt sich im März 2014 in Bezug auf Rüstungsexporte die Frage, welche deutschen Firmen das syrische Chemiewaffen-Programm beliefert haben. Mit Verweis auf Geschäftsgeheimnisse wird jedoch jede Aussage dazu von der Bundesregierung verwehrt.³² Mittlerweile hat der Linken Politiker Jan van Aken Strafanzeige wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen anlässlich massiver Zulieferungen an syrische Giftgasfabriken gegen Unbekannt gestellt.³³

Die aufgezeigten Beispiele der Geheimhaltung bei Ausübung der parlamentarischen Kontrolle stellen nur einen unvollständigen Ausschnitt der letzten Jahre dar. Viele weitere Themen lassen sich finden: Im Juni 2011 verweigerte Aussagen zur Elektromagnetischen Kriegsführung (EMP),³⁴ im November 2011 zu Untersuchungen zu den „Traditionsnamen“ bei der Benennung von Kasernen,³⁵ im Oktober 2012 die Diskussion um das neue NATO-Konzept,³⁶ im Februar 2014 die Studie „Truppenbild ohne Dame“³⁷ sowie im März 2014 der Munitionsdiebstahlbericht in Kasernen.³⁸ Jede einzelne zurückgehaltene Information könnte das Potenzial zum Skandal haben, und Skandal bedeutet in diesem Zusammenhang die Übernahme politischer Verantwortung und Rechenschaft – aber wo keine Kläger_in, da auch keine Richter_in.

Tabelle 1: IFG-Anfragen auf Bundesebene

Jahr	Anfragen Gesamt	Anfragen BMVg	Gewährt	Gebühren erhoben	erfolgreiche Widersprüche	erfolgreiche Klagen
2012	6077	68	50	5	0	0
2011	3280	62	52	6	1	1
2010	1556	51	31	0	1	0
2009	1358	28	9	3	0	0
2008	1548	13	6	3	0	0
2007	1265	49	9	6	1	0
2006	2278	44	17	8	0	0

Es ist zudem im Zusammenhang mit den Antworten auf die Kleinen Anfragen anzumerken, dass die Bundesregierung zwar verpflichtet ist, wahrheitsgemäß zu antworten. Ihr Herrschaftswissen ermöglicht es ihr jedoch, auch bei den nicht unter Verschluss gehaltenen Aussagen viele Grauschattierungen der Wahrheit zu bespielen, ja mitunter gar mit spitzfindigen Formulierungen unkontrollierbar zu lügen.³⁹ Ein noch größeres Problem mit der Geheimhaltung insbesondere bei sicherheitspolitischem Regierungshandeln liegt darin, dass mitunter gar nicht bekannt ist, nach was gefragt werden könnte. Ein Beispiel hierfür ist die Operation Sommerregen von Bundesnachrichtendienst und Bundeswehr in Afghanistan im Jahr 1989, also noch im Kalten Krieg, die erst 2013 öffentlich bekannt wurde.⁴⁰ Bei diesem Problem des „unbekannten Unbekannten“ bietet auch das IFG keine Lösung.

Informationsfreiheitsgesetz (IFG): Möglichkeiten und Grenzen

Ein Blick in die Statistik des Informationsfreiheitsgesetzes (Tabelle 1) zeigt, dass zwar in den vergangenen Jahren die Zahl der IFG-Anfragen an Behörden deutlich gestiegen ist, dieser Trend sich für das Verteidigungsministerium jedoch nicht feststellen lässt. Hier hat der Gesamtanteil von Anfragen über die letzten sieben Jahre im mittleren zweistelligen Bereich stagniert: von 2012 insgesamt 6.077 gestellten IFG-Anfragen waren lediglich 68 an das Verteidigungsministerium gerichtet. Relativ betrachtet, wurde im Vergleich zu den Vorjahren in den letzten Jahren ein höherer Anteil der gestellten Anfragen an das Verteidigungsministerium beantwortet und nur in seltenen Fällen Kosten erhoben. Geleakte Protokolle des Innenministeriums und der im Folgenden beschriebene Selbstversuch legen allerdings den Schluss nahe,⁴¹ dass auch das Verteidigungsministerium im Gegensatz zu den ersten Jahren des IFGs sich auf die Anfragen besser eingestellt hat. Je nach Brisanz wird dann abgestuft frei Auskunft erteilt, Kosten von gesetzlich gedeckelten 500 € pro Anfrage erhoben oder die Information mit einem der zahlreichen IFG-Ausnahmeregelungen verweigert. Erfolgreiche Widersprüche oder Klagen nach einer Auskunftsverweigerung gehen gegen Null.

Ausnahmen wie Geschäftsgeheimnisse, ihre rechtlichen Interpretationen und dazugehörige Gerichtsentscheide sind umfassend und strittig und können deshalb hier nicht ausführlich diskutiert werden.⁴² Es zeigt sich jedoch schon beim Blick ins Gesetz, dass Informationsansprüche an das Verteidigungsministerium und die Geheimdienste (inklusive MAD) bereits dort weitgehend ausgeschlossen werden und dies schon im Vorfeld dazu führen kann, dass Anfragen gar nicht erst gestellt werden. In § 3 IFG heißt es beispielsweise: „Der Anspruch auf Informationszugang besteht nicht, (1.) wenn das Bekanntwerden der Information nachteilige Auswirkungen haben kann auf (a) internationale Beziehungen, (b) militärische und sonstige sicherheitsempfindliche Belange der Bundeswehr, (c) Belange der inneren oder äußeren Sicherheit [...]“.⁴³ Der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Thilo Weichert macht jedoch deutlich: „Der als Ausnahmegrund im Gesetz erwähnte Begriff der ‚militärischen Belange der Bundeswehr‘ schließt nicht sämtliche Vorgänge des Verteidigungsministeriums, schon gar nicht die ‚zivile‘ Verwaltung ein, sondern setzt eine konkrete Beeinträchtigung der militärischen Handlungsmöglichkeiten der Bundeswehr voraus. Sollen Belange der inneren

und äußeren Sicherheit eine Auskunftsausschließung rechtfertigen, so muss insofern die Funktionstüchtigkeit staatlicher Einrichtungen, etwa des militärischen Nachrichtendienstes, beeinträchtigt sein.“⁴⁴ Der ehemalige Datenschutzbeauftragte Peter Schaar kritisiert zudem die ausufernde Geheimhaltungspraxis und dass die Nachrichtendienste faktisch komplett von Anfragen ausgeschlossen sind.⁴⁵ Die Auskunftsverweigerung aufgrund von Verschlussachen ist, wenn auch rechtlich strittig und jeweils im Einzelfall zu begründen (!),⁴⁶ für die Behörden ein einfacher Weg die IFG-Auskunft zu verweigern.

Im Juni 2013 wurde zudem in einer parlamentarischen Nacht- und Nebelaktion die Auskunftspflicht des Bundesrechnungsho-

fes per Gesetz faktisch abgeschafft: „Statt einer klaren Pflicht zur Offenlegung wie im IFG ist dort nämlich nur noch davon die Rede, dass der Rechnungshof Einsicht in Prüfberichte gewähren ‚kann‘. Eine Art Blankoscheck für Ablehnungen. Und Akten des Hofes, die keine Prüfberichte sind, sind gleich ganz gesperrt.“⁴⁷ Erfolgreiche IFG-Anfragen für den Bereich des Verteidigungsministeriums sind damit über die Hintertür Bundesrechnungshof nun nicht mehr möglich. Zeit-Journalist_innen hatten beispielsweise mit einer solchen IFG-Anfrage das finanzielle Desaster des Bundeswehrprojektes Herkules (neue IT-Infrastruktur) aufgedeckt und für Schlagzeilen gesorgt.⁴⁸

Interview

Auf deinem Blog devianzen.de fragst du öffentliche Stellen mit offenen Briefen an. Was ist der Vorteil einer Anfrage mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gegenüber der Form des offenen Briefes ohne IFG-Bezug?

Vorweg: es gibt auch Nachteile! Die Vorteile sind aber unter anderem:

Die Transparenz, gute Übersichtlichkeit und leichtere Erreichbarkeit dank dem wunderbaren fragdenstaat.de-Portal. Das dortige Formular macht das Erstellen und Versenden von IFG-Anfragen einfach.

Bei einem offenen Brief bin ich von der Kooperationsbereitschaft der/des Angesprochenen abhängig. Das IFG verschafft mir einen gewissen (!) Rechtsanspruch auf Auskunft. Zumindest eine Rückmeldung erhalte ich in den meisten Fällen. Manchmal habe ich aber den Eindruck, dass dieses „Unter-Druck-Setzen“ – um was anderes handelt es sich dabei ja nicht – im Einzelfall auch insgesamt sehr kontraproduktiv sein kann. (Ein persönlicher und mit Herz und Mühe verfasster offener Brief kann ganz anders wirken.)

Schaut man sich die Statistik der IFG-Anfragen der letzten Jahre an, zeigt sich, dass der Anteil der Anfragen an das Verteidigungsministerium (BMVg) verschwindend gering ist. Womit erklärst du dir das?

Schwer zu sagen. Vielleicht ist das nur ein Abbild dessen, dass sich (aus meiner Sicht) auch jenseits des IFG-Bezugs nur relativ wenige Leute und Gruppen dafür interessieren, wie sich die deutsche „Verteidigungspolitik“ in den letzten 10 bis 20 Jahren verändert hat.

Du hast selbst schon IFG-Anfragen an das BMVg oder andere Institutionen gestellt. Um was ging es dabei, wie waren deine Erfahrungen damit und hast du die Informationen bekommen, die du gesucht hast?

Ich habe schon einige IFG-Anfragen an das „Verteidigungsministerium“ gestellt. Es ging u.a. um den EuroHawk und

andere Drohnen, um den A400 und den großen Ausbau des Luftdrehkreuzes Hannover-Wunstorf, sowie um Studien zur „Militärseelsorge“.

Die Erfahrungen sind bunt. Besonders beim „Verteidigungsministerium“ kommt es mir aber tendenziell so vor, als ob man mittels der Androhung hoher Kosten die Anfragenden zum Abbruch bzw. Verzicht auf Beantwortung der IFG-Anfrage zu bringen versucht. Nochmals: Das gilt nicht als Generalvorwurf, sondern als Tendenz, die ich subjektiv zu erkennen meine.

Was würdest du bei künftigen IFG-Anfragen besser machen?

Das, was immer gilt bei IFG-Anfragen: Konzentration auf das Wesentliche. Nicht zu viele Fragen. Bezug auf bereits vorhandene Dokumente statt zu sehr investigative Fragen zu stellen, die (angeblich!) einen teuren Ermittlungsaufwand bei der Beantwortung zur Folge haben. Und vor allem immer freundlich und höflich bleiben. Auch beim „Verteidigungsministerium“ sitzen Menschen und ich will die als solche achten, trotz aller inhaltlichen Differenzen – das ist mir wichtig. Mal gelingt mir das besser, mal schlechter...

Falls eine IFG-Anfrage abgelehnt wird oder sehr hohe Kosten entstehen, wie erfolgsversprechend schätzt du zurzeit das Einschalten der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), einen Widerspruch einzulegen oder eine Klage anzustreben ein?

Aus meiner eigenen Erfahrung würde ich sagen: Das Einschalten des BfDI lohnt immer. Man muss aber Geduld und Beharrlichkeit mitbringen. Bezüglich der Erfolgsaussichten bin ich verhalten skeptisch, aber nicht verzweifelt. Für eine Klage gilt das noch viel mehr: Wer das nebenbei machen will, muss entweder sehr cool sein oder Durchhaltevermögen haben. Sonst gibt es Frust und Enttäuschung ... und Kosten! Das ist insgesamt

das Schwierige: Ich sehe das so, dass Widerspruch und Klage in nicht wenigen Fällen sinnvoll und erfolgsversprechend sind/wären. Aber wenn nicht genug Geld vorhanden ist (schon die Ablehnung eines Widerspruchs führt zwangsläufig zu einem Kostenbescheid) und nicht viel Kraft und Konzentration da ist, diese Verfahren zu begleiten, für den ist das keine praktische Möglichkeit, sein Menschenrecht auf Informationszugang durchzusetzen. Das ist irgendwie tragisch und schreit nach Informationsfreiheitsgesetzen. (Ob dann oder wie viel mehr Leute das dann nutzen würden, müsste man aber erst noch sehen.)

Was glaubst du, wohin sich das IFG entwickelt oder weiterentwickelt werden sollte?

Wie eben angedeutet: IFG war ein erster guter und wichtiger Schritt, den an Mitwirkung interessierten Menschen ein Werkzeug an die Hand zu geben. Das IFG ist aber ein unzureichendes Werkzeug. Informationsfreiheitsgesetze sind nötig, bei denen die Menschen kostenfrei, begründungslos, anonym und niedrigschwellig Auskunft über alles einholen können, was die Menschen an Informationen oder Dokumenten produzieren oder erzeugen, die wir ja selber bezahlen. Alle Ämter und Behörden können nur dann Akzeptanz von den Menschen erfahren, wenn sie von diesem Selbstverständnis nicht nur reden, sondern auch danach leben. Der faire und rücksichtsvolle Umgang miteinander (auf allen Seiten!) gehört noch dazu.

Das Interview führte Thomas Mickan

Michael Ebeling, Hannover, interessiert an und neugierig unterwegs in unabhängigen Gruppen bzw. zu Themen wie (informationelle) Selbstbestimmung und zu Fragen wie sich Menschen in den jetzigen Verhältnissen möglichst frei entwickeln können.

Selbstversuch

Auch ich habe im Rahmen der Recherchen für diesen Text eine IFG-Anfrage beim Verteidigungsministerium mit Hilfe des IFG-Portals fragdenstaat.de gestellt. Auf dieser Internetseite kann mithilfe einer vorgefertigten Maske sehr einfach das eigene Auskunftersuchen an die zuständige Behörde geschickt werden. Mich interessierte dabei besonders, Originaldokumente (bzw. Kopien davon) des Verteidigungsministeriums zu erhalten. Dafür wählte ich sieben Auftragsstudien aus, die das Ministerium von Dritten hat anfertigen lassen. Die Namen und Ausführenden der Auftragsstudien entnahm ich einer öffentlich zugänglichen Kleinen Anfrage der Linksfraktion.⁴⁹ Im Ergebnis wurde mir die Einsicht in alle sieben Studien aus fünf verschiedenen Gründen verweigert:

Die mit Steuergeldern und für das Verteidigungsministerium erstellte Studie zu den „Auswirkungen von sozio-demografischen Entwicklungen auf die Berufswahl von Haupt- und Realschülern sowie Entwicklung von Strategien zur Personalgewinnung“⁵⁰ und eine Ausarbeitung der RWTH Aachen über „Militärpolitische/-strategische Implikationen des Klimawandels aus deutscher Sicht“⁵¹ sind mir mit dem Hinweis auf eine Verschlussangelegenheit vorenthalten worden, da „bei einer Offenlegung die Gefahr [bestünde], dass es nachhaltige Auswirkungen auf die militärischen und sonstigen sicherheitsempfindlichen Belange der Bundeswehr geben könnte. (§ 3 Nr. 4 IFG)“.

Auch eine Studie zur „Markt- und Wettbewerbsanalyse für militärische Lufttransportflugzeuge“ wollte mir das Verteidigungsministerium nicht zukommen lassen. In der Verweigerungsbegründung heißt es dazu, dass Problem sei „geistiges Eigentum [...], denn die] genannte Studie wurde von der Firma Pricewaterhouse Coopers AG (PWC) für den internen Gebrauch des Verteidigungsressorts erstellt und darf gemäß § 7 des Studienvertrages vom Auftraggeber nur zum internen Gebrauch verwendet werden (§ 6 Satz 1 IFG)“.⁵²

Eine weitere geheim gehaltene Studie zur künftigen Verpflegungsorganisation der Bundeswehr würde bei Offenlegung „fiskalische Interessen des Bundes im Wirtschaftsverkehr beeinträchtigen [...]“ (§ 3 Nr. 6 IFG).⁵³ Und eine Ausarbeitung des Centre for European Security Strategies über den „Aufstieg Chinas - Sicherheit Europas“ dürfe mir nicht zugänglich gemacht werden, weil dies „nachteilige Auswirkungen auf internationale Beziehungen [hat]. Es besteht die Gefahr, bilaterale Beziehungen zu belasten, wenn darin getroffene Aussagen/Wertungen öffentlich bekannt werden würden (§ 3 Nr. 1 IFG)“.⁵⁴ Bei zwei weiteren Auftragsstudien handele es sich um „Beratungsleistung, in deren Rahmen keine Dokumente erstellt wurden“⁵⁵ – wohlgehemmt erfolgte eine der beiden Beratungsleistungen über einen Zeitraum von drei Jahren. Auf den wenig Erfolg versprechenden Widerspruch, der bei Ablehnung eine Verwaltungsgebühr von etwa 30 Euro verursacht, oder eine kostenintensive Klage, verzichtete ich.

Ausblick: IFG-Anfragen doppelt wirksam

Ein Blick auf erfolgreiche IFG-Beispiele in Deutschland (beispielsweise Informationen über den Panzerdeal mit Katar⁵⁶ oder EADS Sponsoring⁵⁷) könnte mehr Mut machen als meine eigene Anfrage. Mut dazu, dass sich auch hier irgendwann eine Informationsfreiheitspraxis gegenüber den Bürger_innen wie beispielsweise in den USA entwickelt.⁵⁸ Wie aber die Gesetzesänderungen beim Bundesrechnungshof und das juristische Vorgehen gegen die WAZ-Gruppe und fragdenstaat.de zeigen, wird die Durststrecke für die Informationsfreiheit in Deutschland mittelfristig

weiter anhalten und Deutschland wird sich im Global Right to Information Rating weiterhin auf einem der letzten Plätze wiederfinden.⁵⁹

Ein Hauptgrund dafür sind die vielen Ausnahmen, die bei Fragen zum Militär mit seinen vielen geheimen Verschlussangelegenheiten besonders durchschlagen. So schreibt Thilo Weichert: „Während sich in anderen Verwaltungsbereichen schon eine umfassende Informationspraxis entwickelt hat, gilt dies nicht für den militärischen Bereich.“⁶⁰ Es müssen daher auch von Seiten der Friedens- und Antikriegsbewegung auch trotz oder gerade wegen der geringen Auskunftschancen vermehrt IFG-Anfragen gestellt werden. Diese können einerseits dazu beitragen, an einem behördlichen Mentalitätswandel und einer offenen Informationspraxis mitzuarbeiten. Andererseits können sie selbst dann, wenn das Verteidigungsministerium die brisanteren IFG-Anfragen weiterhin ablehnen wird, ein Lackmustrast für die Vereinbarkeit von Militär und Demokratie sein. Es wird sich aufgrund der unüberwindbaren Sache mit der Verschlussangelegenheit zeigen, dass auch hier eine starke Form von Militärkritik zu finden ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu z.B.: Perthes, Volker (2011): Wikileaks und warum Diskretion in der Außen- und Sicherheitspolitik wichtig sind. In: Wikileaks und die Folgen (2011), Edition Suhrkamp, S. 164-174.
- 2 Auch ohne die „Armee im Einsatz“ haben seit 1955 „rund 3.200 militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr infolge der Ausübung ihrer Dienstpflichten ihr Leben verloren“, dazu kommen zusätzlich noch über 3.400 Selbstmorde, www.bmvg.de.
- 3 Vgl. hierzu u.a. Butler, Judith (2010): Raster des Krieges, u.a. S. 66. Welche Macht unzensurierte Kriegsbilder haben, zeigte eindrücklich der 13. Februar 1991, als US-Bomben den Al-Amiriya-Bunker zerstörten und mehr als 400 Menschen töteten, vgl. Stelzenmüller, Constanze (Zeit 20.3.2003): „Schock und Entsetzen“, www.zeit.de/2003/13/Bombenkrieg.
- 4 Zu den engen Grenzen jeder parlamentarischen Kontrolle vgl. Bannas, Günter (FAZ 16.7.2013): Inhalt vertraulich, Erkenntnis dürftig, Folgen: keine, www.faz.net/aktuell/politik/inland/nsa-affaere-inhalt-vertraulich-erkenntnis-duerftig-folgen-keine-12284478.html.
- 5 Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, bpb, S. 13.
- 6 Zum philosophischen Problem der Urteilslosigkeit und dem Bösen in Anschluss an Hannah Arendt vgl. Sadiku/Mickan (2013): Im Widerspruch mit dem Bösen. In: 360°, 1/2013, S. 25-32.
- 7 IFG, www.gesetze-im-internet.de/ifg/.
- 8 Drepper, Daniel (2013): Schwarz auf Weiß, Diplomarbeit, www.danieldrepper.de/leitfaden-wie-journalisten-an-dokumente-kommen/, S. 8.
- 9 Via Bundeswehr-Monitoring: Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 18.01.2011 auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Paul Schäfer, Drucksache 17/4494 (Auszug), www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1704494-Auszug-1.pdf, S. 17.
- 10 Brössler, Daniel (SZ 15.6.2011): Plötzlich ein Geheimnis. www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-stuetzpunkt-in-usbekistan-plotzlich-ein-geheimnis-1.1108634.
- 11 Richter, Alexander (DW 28.11.2012): Umstrittene Zusammenarbeit mit Usbekistan, www.dw.de/umstrittene-zusammenarbeit-mit-usbekistan/a-16407448-
- 12 Via Bundeswehr-Monitoring: Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 07.07.2011 auf eine Schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Inge Höger, Drucksache 17/6589 (Auszug), www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1706589-Auszug-1.pdf, S. 47.
- 13 Via Bundeswehr-Monitoring: Bundestag: Erfahrungen der Bundeswehr mit dem Ausbildungskonzept des Partnering in Afghanistan. Antwort der Bundesregierung vom 01.08.2011 auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/6766.
- 14 WAZ: Die Afghanistan Papiere, http://afghanistan.derwesten-

- recherche.org/.
- 15 Schrahan, David (8.4.2014): Verteidigungsministerium geht juristisch gegen die WAZ vor, www.derwesten-recherche.org/2013/04/verteidigungsministerium-geht-juristisch-gegen-waz-vor/.
 - 16 Fragdenstaat.de: <https://fragdenstaat.de/presse/2014-01-21-bmi-mahnt-fragdenstaat-ab/#top>.
 - 17 Hoeren, Thomas (Legal Tribune 19.4.2013): Definitiv keine Frage des Urheberrechts, www.lto.de/recht/hintergruende/h/bundesverteidigungsministerium-waz-abmahnung-afghanistanpapiere-urheberrecht/.
 - 18 Bundestag (25.6.2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Die Linke, Drucksache 17/14083, 25.06.2013.
 - 19 Ebd.
 - 20 Via Aufräumen, Kamerad! – Daniel Lücking (19.2.2014): Offener Brief: Umgang mit Angreifern in Afghanistan, <http://ptbsblog.daniel-luecking.de/2014/02/offener-brief-umgang-mit-angreifern-in-afghanistan/>.
 - 21 Bundestag (24.4.2013): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD: Bundeswehr – Einsatzarmee im Wandel, Drucksache 17/13254, S. 194.
 - 22 DFG-VK (14.2.2008): Bericht des Kriegsministeriums zum Einsatz um den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und Umgebung, www.dfg-vk.de/thematisches/heiligendamm2007/2008/192.
 - 23 Via Bundeswehr-Monitoring: 19.1.2012 Kleine Anfrage Linke – Drucksache 17/8399 „Unterstützung des Bundes für die Münchner Sicherheitskonferenz“.
 - 24 Via Bundeswehr-Monitoring: 3.2.2012 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken, Drucksache 17/8542, www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1708542-alt.pdf.
 - 25 Via Bundeswehr-Monitoring: 2.3.2012 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken, Drucksache 17/8542 (neu), <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708542.pdf>.
 - 26 Jüttner, Björn (Y 03/2014): Der Weg zum Bund, S. 56.
 - 27 Bundestag (24.4.2013): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD: Bundeswehr – Einsatzarmee im Wandel, Drucksache 17/13254, S. 164.
 - 28 Bundestag (19.10.2010): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Die Linke: Die Rolle der Hochschulen in der staatlich geförderten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung, Drucksache 17/3337, dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703337.pdf.
 - 29 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Die Linke: „Aufträge des Bundesministeriums der Verteidigung sowie privater Rüstungsfirmen an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen“ Drucksache 18/514, www.nicole-gohlke.de/images/largedocuments/201403_KA_BMVgundRuestungsKooPanHS_18_514sm.pdf.
 - 30 Voigt, Andreas (NP 11.11.2012): Hannover: Uni-Forschung ist vertraulich, www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Hannover-Uni-Forschung-ist-vertraulich.
 - 31 Mickan, Thomas (2013): SAGITTA – auf dem Weg zum autonomen Krieg? In: Drohnensichtungsatlas, IMI, S. 10-16, insbesondere S. 12.
 - 32 Bundestag (10.3.2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linkspartei: Deutsche Zulieferungen an das syrische Chemiewaffen-Programm, Drucksache 18/750. Vgl. ebenso Kabisch, Volkmar/Leyendecker, Hans/Mascolo, Georg (SZ 18.3.2014): Giftiges Geheimnis, www.sueddeutsche.de/politik/chemiewaffen-in-syrien-giftiges-geheimnis-1.1916449.
 - 33 Aken, Jan van (20.3.2014): Pressemitteilung Strafanzeige wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen anlässlich massiver Zulieferungen an syrische Giftgasfabriken mit angehängter Strafanzeige an den Generalbundesanwalt, <http://www.jan-van-aken.de/?newid=395#d395>.
 - 34 Via Bundeswehr-Monitoring: Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 09.06.2011 auf Schriftliche Fragen des Bundestagsabgeordneten Michael Groschek, Drucksache 17/6164, S. 78.
 - 35 Bundestag (28.11.2012): Beschlussempfehlung und Bericht: Überprüfung der Namen von Bundeswehrkasernen, Drucksache 17/11724.
 - 36 Kiessler, Richard (WAZ 26.10.2014): Das neue Strategie-Konzept der Nato bleibt geheime Verschlusssache, www.derwesten.de/politik/das-neue-strategie-konzept-der-nato-bleibt-geheime-verschlusssache-id3874945.html.
 - 37 Sanches, Miguel (WAZ 28.1.2014): Militär den Spiegel vorhalten, www.derwesten.de/meinung/militaer-den-spiegel-vorhalten-id8928642.html.
 - 38 Jungholt, Thorsten (Welt 18.3.2014): Größter Munitionsdiebstahl seit 30 Jahren, www.welt.de/politik/deutschland/article125904827/Groesster-Munitionsdiebstahl-seit-30-Jahren.html.
 - 39 Vgl. hierzu Schürkes, Jonna (2011): Das „eine Hand wäscht die andere“-Prinzip“. Die Kooperation Deutschlands mit den saudiarabischen Repressionsorganen. IMI-AUSDRUCK, 08/2011, S. 3.
 - 40 Flade, Florian (Welt 6.10.2013): Operation „Sommerregen“, www.welt.de/print/wams/politik/article120664012/Operation-Sommerregen.html.
 - 41 Biermann, Kai/Kotynek, Martin (Zeit 18.4.2013): Behörden tun sich mit Informationsfreiheit schwer, www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-informationsfreiheit-protokolle.
 - 42 Ausführlich dazu: Drepper (2013): Schwarz auf Weiß, S. 27f.
 - 43 IFG, www.gesetze-im-internet.de/ifg/.
 - 44 Weichert, Thilo (27.4.2013): Akteneinsichts- und Auskunftsansprüche nach dem IFG im militärischen Bereich – ausweitbar?, www.datenschutzzentrum.de/vortraege/20130427-weichert-ifg-nato.html.
 - 45 Biermann, Kai/Kotynek, Martin (Zeit 18.4.2013): Peter Schaar: „Transparenz sollte Grundsatz sein, nicht Ausnahme“, www.zeit.de/digital/internet/2013-04/ifg-schaar.
 - 46 Drepper (2013): Schwarz auf Weiß, S. 28.
 - 47 Staud, Toralf (Zeit 12.3.2014): Bundestag versteckt Rechnungshof-Akten, www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/ifg-transparenz-bundesrechnungshof/komplettansicht.
 - 48 Friederichs, Hauke/Staud, Toralf (Zeit 13.12.2013): Teuer und schlecht, www.zeit.de/2013/50/herkules-computertechnik-bundeswehr.
 - 49 Bundestag (28.8.2013), Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken: Ausmaß der Vergabe von Aufträgen der Bundesregierung an externe Dritte, Drucksache 17/14647, dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714647.pdf.
 - 50 Erstellt vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS), Berlin (18.11.2010 - 30.06.2011)
 - 51 Erstellt von der RWTH Aachen, Lehr- und Forschungsgebiet Pol. Wissenschaft - Teilbereich Int Beziehungen und Strategische Studien (21.04.2010 - 31.05.2011).
 - 52 Erstellt von Pricewaterhouse Coopers AG (01.07.2010 - 31.08.2010).
 - 53 Erstellt von Grote, Matthias - Unternehmensberatung (06.03.2012 - 23.03.2012).
 - 54 Erstellt vom Centre for European Security Strategies (26.07.2010 - 31.03.2011).
 - 55 „Unterstützung bei der Erarbeitung von Grundlagen zur Thematik: Vom Einsatz her denken - Impulse für die Bw-Infrastruktur des 21. Jahrhunderts“, Internationales Institut für Facility Management GmbH (i²fm), Oberhausen (15.12.2010 - 31.12.2010); „Beratung hinsichtlich der Identifikation von Projektrisiken, der zu berücksichtigenden internen Verwaltungsvorschriften und der Akzeptanzvermittlung bei dem ÖPP-Projekt Kurmainz-Kaserne Mainz“, Walter, Fritz G., Bingen am Rhein (15.01.2007 - 31.12.2009).
 - 56 Friederichs, Hauke (Zeit 13.9.2013): „Merkel will die Debatte abwürgen“, Interview mit Katja Keul, www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/ruestungsexporte-interview-katja-keul.
 - 57 Tillack, Hans-Martin (Stern 28.1.2007): Auf der Spur der Regierungssponsoren, http://blogs.stern.de/hans-martin_tillack/wie-bitte-sie-wollen-informationsfreiheit/#more-48.
 - 58 Beuth, Patrick (Zeit 6.2.2014): Trevor Paglen, der Enthüllungskünstler, www.zeit.de/digital/internet/2014-02/fotograf-trevor-paglen-portrait.
 - 59 Centre for Law and Democracy (2013): Global Right of Information Rating, <http://www.rti-rating.org/index.php>.
 - 60 Weichert (27.4.2013): Akteneinsichts- und Auskunftsansprüche nach dem IFG im militärischen Bereich – ausweitbar?

Gibt es ein neues Bild vom Krieg im heutigen Deutschland?

von Johannes M. Becker, Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg

Der nachfolgende Text ist eine Verschriftlichung eines Vortrags auf dem Abschlusspodium des IMI-Kongresses 2013.

Es hat da ein eigenartiges Phänomen in unserem Land, das in einer ganzen Reihe von bewaffneten Konflikten steht, ob mit UN-Mandat oder nicht:

- Auf der einen Seite sprechen sich seit längerer Zeit schon, nach Auskunft des Bundesausschusses Friedensratschlag, der Partei DIE LINKE und diverser Publikationsorgane der politischen Linken und der Friedensbewegung, etwa 75 Prozent der Befragten bspw. gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr aus.
- Auf der anderen Seite beschließt der Bundestag seit Jahren mit etwa 90%-Mehrheiten, im Januar 2011 – trotz eines debakulösen Kriegsverlaufs - immer noch mit einer 72,5%-Mehrheit, die Verlängerung, zuweilen gar die Ausweitung des Bundeswehr-Mandates. (Diese Prozentzahlen werden nach der Bildung der Großen Koalition nun wieder extremere Ausmaße annehmen.)
- Und, trotz des Kriegsverlaufs und obwohl das (von den UN legitimierte) ISAF-Mandat immer weniger vom Kriegseinsatz der Operation Enduring Freedom (OEF) zu trennen ist, regt sich im Land, bleiben wir beim Afghanistan-Krieg, nur sehr begrenzt Protest hiergegen. Dabei gibt es punktuell sehr wohl Protestbewegungen in Deutschland: Denkt mensch an Occupy, Blockupy, an die Streiks bei Amazon etc.

Wie können die Regierung und die sie tragenden Parteien, eingeschlossen die nun schon seit langen Jahren sich in der Opposition befindenden B 90/GRÜNEN, dies jetzt schon über Jahre hinweg politisch ungestraft tun, ist doch ihre sonstige Bilanz auch nicht gerade beeindruckend?

Die Frage zugespitzt: Welches Bild vom Krieg wird in die Hirne und Herzen der Menschen hierzulande projiziert, damit solches möglich ist? Einige Überlegungen hierzu:

1. Eher ein Argument am Rande: Es gab und gibt da ein ganz neues Phänomen in der (groß)deutschen Politik: Ein Verteidigungsminister wurde als geradezu sexy verkauft! Daran kann ich mich in meiner langen Laufbahn (im Westen) nicht erinnern: die Blanks, Strauss', v. Hassels, Lebers, Rühes, Scharpings u.w.s.n.a.h. waren alles farblose Typen, bei denen eher aufgepasst werden musste, dass sie sich nicht vor laufenden Kameras in den Sand setzten oder (ohne Helm) vom Rad fielen...

Und dann zu Guttenberg!

Als der abgetreten war, kam eine der (wenigen) Zukunftshoffnungen der Union: de Maizière. Nun, mit Beginn der neuen Großen Koalition Ende 2013 kam von der Leyen.

Das Amt wurde und wird ja nicht aus heiterem Himmel so aufgebaut. Nein: Unser Land steht im Krieg, und der/die jeweilige Minister/in wird als Kriegs- und Rüstungsminister/in vermarktet. Hier wird in die Offensive gegangen!

2. Welche Rolle hierbei der Fakt spielt, dass Deutschland nun seit einigen Jahren auf Platz 3 der Rüstungsexportländer steht, muss diskutiert werden. Der Stolz auf die Leistung des „Exportweltmeisters“ (die VR China einmal außen vor gelassen) findet

– neben der allfälligen Werkzeugmaschinen- und Automobilindustrie – seine Entsprechung nun auch im Export von Waffen (und die IG Metall macht mit bei dem Getöse...). Die alten „Dual-use“-Spinnereien wie auch die von den angeblich sicheren Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie geistern

immer noch durch die Köpfe der Menschen.

3. Noch nicht ausreichend erforscht scheint mir die Frage, was es für das Massenbewusstsein bedeutet, dass der Wirtschaftsriese Deutschland nun auch als politisches (und zwar qua Militär und seinem Einsatz) mit allen Werkzeugen ausgerüstetes Voll-Mitglied der Staatengemeinschaft agiert. Die Zeit der außenpolitischen Sonderrolle nach 1945 (GG Art 87 a) ist seit der „Wende“ 1989/1990 vorbei, „Auschwitz“ dient nicht mehr dem Erinnern an mögliche Folgen von Kriegen, sondern zur Legitimierung derselben. Fünfmal (!) war die BRD jetzt schon, für je zwei Jahre, UN-Sicherheitsrats-Mitglied. Dabei ist das Land erst 1973, gemeinsam mit der DDR, in die UN aufgenommen worden.

4. Und dann ist da noch der geniale Schachzug Gerhard Schröders: Die öffentlichkeitswirksame Verweigerung, an der „Koalition der Willigen“ im Irak-Krieg (offen) teilzunehmen (2003). Dieser Akt der Gehorsamsverweigerung gegenüber den USA, verbunden mit seiner Beurteilung, dass die „Enttabuisierung des Militärischen“ das wichtigste Ergebnis seiner ersten Legislaturperiode gewesen sei: Dies macht das Agieren in Afghanistan für viele Menschen eher akzeptabel (nach dem Motto: Die denken sich ja schon was dabei, die sind nicht einfach interventionswütig etc. pp.). Es verleiht der deutschen Militärpolitik eine gewisse Rationalität im Massenbewusstsein, macht den Krieg „gesellschaftlich kommunizierbar“.

Auch die Enthaltung Westerwelles beim Libyen-Krieg 2011 hat im Massenbewusstsein vermutlich das Bild einer außerordentlich selektiv agierenden deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erzeugt.

5. Dabei agiert die Regierung insgesamt differenziert und geht mitnichten plump mit ihrer Klientel um: Außenminister Westerwelle beispielsweise forderte in den 2010er Jahren, scheinbar Abrüstungsgedanken zugewandt, mehrfach den Abzug der A-Waffen aus Deutschland; die konservative Regierung hat sich auch in den Vordergrund gespielt beim offensiven Raisonieren über Abzugsdaten aus Afghanistan... Hier wird freilich taktiert, dass sich die Balken biegen, selbst dicke.

Die eingangs angeführten Umfragewerte müssen übrigens hinterfragt werden. Zum einen veröffentlicht die Bundeswehr, vornehmlich das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg, völlig andere Daten¹: Da äußern sich Ende 2009 auf die Frage des SOWI nach den Auswirkungen der Bundeswehr-Beteiligung am ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

- 62 Prozent der Deutschen positiv, was „das Ansehen Deutschlands in der westlichen Welt“ anbelangt;
- 60 Prozent positiv, was „die Einsatzmöglichkeiten internationaler Hilfsorganisationen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region“ anbelangt;
- 59 Prozent positiv, was „die Lebensbedingungen der Menschen in der von der Bundeswehr kontrollierten Region“ betrifft, usw. usf.

Zudem die Überlegung: Hätte die Frage der Friedensbewegung gelautet: „Sind Sie für oder gegen den Einsatz der US-Armee im Anti-Terror-Kampf in Afghanistan?“, wären auch hier vermutlich

völlig andere, sehr ablehnende Werte herausgekommen. Wobei die Ablehnung der Beteiligung deutscher SoldatInnen ja auch sein Gutes hat: Die Sonderrolle Deutschlands nach 1945 (bis 1990 halt) wird ja hier immerhin von einem Teil der Bevölkerung weiterhin als bedenkenswert anerkannt...

6. Die Delegation von politischen Entscheidungen an Institutionen, häufig das Bundesverfassungsgericht, ist ein weiterer irreführender Weg. Als ob jenes nicht interessegeleitet wäre! Soziale Bewegungen werden hierdurch im Keim erstickt! Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Fixierung von Politik und Medien auf die Arbeit der Parlamente...

7. Das „Bild vom Krieg, das im heutigen Deutschland gesellschaftlich kommunizierbar ist“, basiert über das Gesagte hinaus noch auf Folgendem:

- Die derzeit akuten und in den Medien behandelten Kriege sind weit entfernt; die Vorstellungen von Mesopotamien, vom Hindukusch, von Libyen und Mali und damit von den dort angeordneten Zerstörungen, Verwerfungen etc. sind hierzulande rudimentär...
- Deutschland führt offiziell, anders als zu imperialistischen Zeiten, keine Kriege mehr zum Gewinn von Terrain, Land oder Bodenschätzen: Es handelt sich akut – gleichsam altruistisch – scheinbar um Kriege gegen Despoten, Diktatoren etc. ...
- Es handelt sich – Stichwort: Piraten – um Militärfaktionen zur Abwehr von (eigentlich für „unfair“ gehaltenen) Geiselnahmeaktivitäten, wobei sich nur die Wenigsten Gedanken machen, welches denn die (für die reichen Länder unrühmliche) Vorgeschichte der Piraterie etwa vor der Küste Somalias ist.

8. Einen neuen Grobbereich zur Legitimierung von kriegerischen Aktionen bietet der „Kampf gegen den Islamismus“. Die erste Großaktion in dieser Hinsicht war der Afghanistan-Krieg (2001 ff.). (Die „Islamisten zerstörten dort die kulturellen Grundlagen des Landes, einer der ältesten Kulturen etc. ...“) Dass deren Aufstieg in aller Regel Resultat von kriegerischen Einwirkungen unsererseits, also des Westens ist, fällt dabei häufig unter den Tisch. Das Erstarken der Islamisten in Irak, Libyen, Mali spricht Bände.

9. Die Kriege, die heute gesellschaftlich kommunizierbar sind, zeichnen sich in ihrer Präsentation in Politik und Medien darüber hinaus noch durch folgende Phänomene aus:

- dass sie Kriege mit (nahezu) null Toten sind – die Toten der Gegenseite und die Kriegsfolgen werden nicht gezählt;
- dass es „chirurgisch geführte Kriege“ sind, d.h. Kollateralschäden bilden die absolute Ausnahme – die Realität ist eine andere...;
- ja, dass sie eigentlich keine Kriege sind: „friedenserhaltend“ werden sie genannt, auch „friedenschaffend“ (Wer hat etwas gegen „Frieden“?...); bei der Aufrüstung wird von „Sicherheitsarchitektur“ gesprochen und geschrieben;
- „Failed states“ benötigen Hilfe – wobei nicht gefragt wird, wer diese Pleite-Staaten denn bankrott gemacht hat. Auch nach der Art der Hilfe wird nicht gefragt.
- Den schlechten Ruf unserer Militärfaktionen versuchen wir durch legitimations-heischende „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ (CIMIC) zu konterkarieren, es agieren „Provincial Reconstruction Teams“ (PRTs) (Wer hat etwas gegen Wiederaufbau?)
- Eine angebliche „Responsability to protect“ führt zu Versuchen der Neuinterpretation des Völkerrechts, schließlich zu seiner Aushöhlung.
- Ebenso wie die Rede von den (angeblich) „Neuen Kriegen“ (alles ist neu, verändert – also ist auch gegenüber dem Völkerrecht ein neues Denken gefordert...).

- Ja, die Kriege zeichnen sich dadurch aus, dass sie eigentlich gar keine Kriege sind – das Lavieren um die Terminologie des Bundeswehr-„Einsatzes“ in Afghanistan ist noch in guter Erinnerung.

10. Darüber hinaus sind die Menschen für jede Form von Desinformation offen – die reale Wahrheit im Irak oder in Afghanistan wird ja nicht ANSATZWEISE abgebildet durch unsere Medien. Von Libyen spricht und schreibt kein Journalist mehr nach der „erfolgreichen“ und völkerrechtswidrigen Operation, Mali ist aus den Nachrichten ebenfalls verschwunden. Die Karawane, so hat es den Anschein, zieht weiter.

11. Die Menschen hierzulande (wie natürlich auch in Frankreich, Griechenland, Spanien, Italien...) haben erklärtermaßen andere Probleme: Sie haben Zukunftsängste für sich und ihre Kinder, vor allem was die Arbeit anbelangt; sie fühlen sich unsicher, was ihr Auskommen im Alter betrifft, auch die Pflege. Sie fühlen sich gar im Alltag unsicher durch ein angebliches Anwachsen der Kleinkriminalität und die Unsicherheit, die angeblich von MigrantInnen und Minderheiten ausgeht... Insbesondere die Unplanbarkeit von Zukunft, gefördert durch die Jugend-Massenarbeitslosigkeit in vielen Ländern und das wachsende Phänomen der Prekariisierung der Intelligenz, ist hier als paralyisierendes Moment zu nennen.

12. Ein Blick auf die Landschaft der politischen Parteien ist vonnöten.

- Zum einen waren es Bündnis90/Grünen und die SPD, die 1998/99 in den Jugoslawienkrieg zogen – Parteien, die sich selbst als Friedensparteien verstanden und die zur sozialen Basis der Friedensbewegung der vergangenen Jahrzehnte gehört hatten. Sie brachen der Friedensbewegung in Deutschland schlicht das Genick!
- Wenn zum anderen nun auch noch die LINKE einknicken würde, dann wäre das Parlament zu 100 Prozent kriegstreibend. Ein schwacher Trost, dass dies vermutlich soziale Bewegungen außerhalb der Parlamente provozieren würde ...

13. Beim Blick auf die Soziale Bewegung Gewerkschaft ist Skepsis angesagt. Die DGB-Spitze biedert sich bei der Bundeswehr an, einige Gewerkschaften schweigen zu den Kriegen und zum Rüstungsexport, setzen sich gar in kleinen Teilen für die Rüstungsindustrie ein... Konversions-Überlegungen sind bei den Gewerkschaften, in der Friedensbewegung und auch an den Hochschulen derzeit kaum auszumachen.

14. Was die herrschende Klasse bis heute möglichst vermeiden will, ist der Eindruck - schlimmer noch: die Erkenntnis - in der breiten Bevölkerung, dass unsere Sicherheits-Politik (noch so ein Euphemismus-Euphorismus) interessegeleitet ist. Daher der Druck auf Ex-Bundespräsident Köhler, als diesem (er ist halt Ökonom) einmal die Wahrheit rausrutschte (die wiederum aus Legitimationsgründen seit 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien verankert ist).

Andererseits klangen die jüngeren Äußerungen der Minister zu Guttenberg und Niebel offensiver – es scheint ein Umdenken im Gange zu sein. Da war sehr wohl die Rede von „legitimen Interessen“ an Rohstoffen und ihren freien Wegen etc. pp., von einem (s.o.) neuen deutschen Selbstbewusstsein.

Dass dieses unserem Land nicht gut tun wird, steht auf einem anderen Blatt.

Anmerkungen

- 1 SOWI (Hrsg.): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009 (Kurzbericht), Berlin SOWI) Januar 2010, hier S. 38.

Zentralafrika: „Machtvakuum“ oder Arena der Mächte

von Christoph Marischka

Kurz vor dem Rat der EU-Außenminister am 20. Januar hatte Außenminister Steinmeier die Katze aus dem Sack gelassen. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung kündigte er in Absprache mit der neuen Verteidigungsministerin von der Leyen nicht nur ein verstärktes militärisches Engagement in Mali, sondern auch eine direkte militärische Unterstützung durch Lufttransport in die Zentralafrikanische Republik an. „Europa kann Frankreich dabei nicht alleine lassen“, begründete Steinmeier den Vorstoß und reiste gleich nach dem EU-Gipfel gemeinsam mit von der Leyen nach Frankreich, um dort den neuen Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich in der Afrika-Politik zu unterstreichen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz bestärkten sowohl Steinmeier als auch von der Leyen die Absicht, sich auch in Zentralafrika verstärkt militärisch zu engagieren.¹ Zwar war zwischendurch auch von vermeintlich humanitären Zielen und einem drohenden Völkermord die Rede, vordergründig aber wurde auf der Sicherheitskonferenz und danach mit der Größe, der Wirtschaftsmacht und der Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen und Märkten - kurz gesagt: mit dem Machtanspruch Deutschlands - argumentiert. Dass der erklärte Wille, diesen Machtanspruch zukünftig verstärkt auch militärisch zu unterstreichen, für Deutschland geradewegs nach Zentralafrika führt, ist ebenso naheliegend wie gefährlich.

Chaotischer, internationalisierter Sicherheitssektor

Die Zentralafrikanische Republik ist der Inbegriff dessen, was unter einem gescheiterten Staat verstanden wird. Tatsächliche faire und freie Wahlen hat das Land seit seiner Unabhängigkeit nicht erlebt, die meisten Staatsführer gingen aus Putschen hervor, kamen aus dem Militär und waren stets von internationaler Unterstützung abhängig. Zudem stützten sie sich häufig auf ethnisch konnotierte Patronagenetzwerke und stets auch auf informelle und formelle bewaffnete Gruppen ab. Während dies in anderen Staaten mit langer Putschgeschichte häufig zu aufgeblähten und komplexen Sicherheitsstrukturen führte, resultierte in der Zentralafrikanischen Republik, wo der Aufbau neuer Einheiten mit der völligen Vernachlässigung alter Strukturen einherging, zu einem eher kleinen, aber völlig unüberschaubaren Sicherheitssektor, dessen Elemente teilweise vollständig und offiziell, teilweise inoffiziell und undurchsichtig durch Drittstaaten kontrolliert werden. Mehrfach in der jungen Geschichte der Republik wurden ganze Verbände aus Nachbarstaaten importiert und schlossen sich (später wieder) den Armeen der Nachbarstaaten an. Bei vielen (ehemaligen) Soldaten ist unklar, ob sie überhaupt noch zur Armee gehören, da sie ihren Lebensunterhalt als Landwirte und/oder (Teilzeit-)Banditen verdienen. Über den Umfang der Truppen der offiziellen Streitkräfte liegen nur vage Schätzungen vor, die selten über 4.000 Soldaten liegen, deren Bewaffnung häufig noch auf dem Stand des Ersten Weltkrieges oder davor liegt. Hinzu kommen etwa 1.000 bis 2.000 Mitglieder der Gendarmerie, die schlecht bewaffnet über das Land von den fast zweifachen Ausmaßen Deutschlands (mit knapp 5 Mio. Einwohner_innen) verteilt sind. Am besten ausgerüstet sind die Angehörigen der Präsidentengarde, die einige Jahre direkt fran-

zösischem Kommando unterstand und zu der gelegentlich auch Truppen aus dem Tschad gezählt werden, mit denen ihr Umfang auf etwa 1.000 Soldaten geschätzt wird. Die Polizei besteht aus knapp 2.000 Kräften, die von der Regierung (im Vergleich zu Teilen

der Bevölkerung) sehr schlecht bewaffnet werden, sich aber (wie andere Sicherheitskräfte) oft persönlich, bei Verhaftungen oder auf illegalem Wege zusätzliche Ausrüstung anschaffen.²

Betrachtet man zusätzlich die Situationen in der Nachbarschaft der Zentralafrikanischen Republik und der gesamten Region, so wundert man sich fast, dass im Land selbst bislang keine größeren bewaffneten Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Im Süden grenzt es an die Republik Congo und die notorisch von Bürgerkriegen erschütterte Demokratische Republik Kongo, im Osten an den Sudan und den nach zwanzigjährigem Bürgerkrieg von diesem abgespaltenen (und ebenfalls in bürgerkriegsähnliche Konflikte abgeglittenen) Südsudan. Im Norden grenzt das Land an den militärisch ähnlich chaotischen und von Frankreich abhängigen, aber ungleich stärkeren Tschad. Im Westen grenzt das Land an Kamerun, über die durchlässigen Grenzen des Tschad jedoch können auch Kämpfer, Waffen, Schmuggelware und damit verbundene Konflikte aus Nigeria, Niger, Libyen und der westlichen Sahel-Region die Zentralafrikanische Republik als Rückzugsraum, Umschlagplatz oder im Transit nutzen. Ähnliches gilt für die Demokratische Republik Kongo als unkontrollierter Brückenkopf nach Uganda und das Horn von Afrika. Sowohl von den Regierungen in Libyen, dem Tschad und Uganda wurden seit den 1990er Jahren Waffen und höchstwahrscheinlich auch Soldaten in die Zentralafrikanische Republik geschickt, um verschiedene Konfliktparteien im kongolesischen Bürgerkrieg, Putschisten oder auch die Regierung in der Zentralafrikanischen Republik zu unterstützen. 2001 und 2002 unterstützte die kongolesische Rebellengruppe MLC mit libyscher Unterstützung mit starken Verbänden den zentralafrikanischen Präsidenten Patassé gegen Putschversuche, die vom Tschad und Frankreich gefördert wurden. Auch die Reste der ursprünglich aus Uganda stammenden Lords Resistance Army (LRA) halten sich gegenwärtig mutmaßlich im Südosten der Zentralafrikanischen Republik auf.

Mos Eisley Cantina in Bangui

Als Umschlagplatz für Waffen und bewaffnete Gruppen staatlicher und nicht-staatlicher Provenienz sind in der Zentralafrikanischen Republik zahllose Kleinwaffen, Söldner und bewaffnete Gruppierungen präsent. Ohne das dadurch verursachte Leid negieren zu wollen, blieb die Zivilbevölkerung (und auch die abgesetzten Staatsschefs) abgesehen vom weitverbreiteten Banditentum dafür von größeren bewaffneten Auseinandersetzungen im Vergleich zu den Nachbarstaaten relativ verschont. Bemerkenswerter Weise spielten dabei trotz großer Vielfalt religiöser Subkulturen - abgesehen von den kruden ideologischen Grundlagen der LRA - religiös geprägte Konflikte eine eher marginale Rolle. Fast scheint es so, als gäbe es neben einer „Tradition“ von eher unblutigen Putschen ein stillschweigendes Einverständnis unter Söldnern, Diplomaten und Rebellenführern, die Zentralafrikanische Republik zwar als Drehscheibe, nicht aber als Schauplatz ihrer Auseinandersetzungen zu nutzen - entsprechende Narrative finden sich auch in den Berichten ehemaliger Soldaten aus den angrenzenden Staaten, die fast alle auch von Stationierungen in der Zentralafrikanischen Republik berichten und diese

meist als eher „entspannt“ erinnern. Einer von ihnen verglich die Hauptstadt Bangui mit der Mos Eisley Cantina aus der Star Wars Saga, wo Schmuggler und Söldner ihre Geschäfte machen - eine Konstellation, die trotz der Abwesenheit größerer Kampfhandlungen natürlich fatale Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Menschenrechtssituation hat.

Es wäre allerdings falsch, diese spezielle Ausformung oder das Phänomen „Scheiternder Staatlichkeit“ allgemein nur oder primär auf lokale Faktoren oder eine misslungene Dekolonisierung zurückzuführen. Ganz im Gegenteil sind es im Wesentlichen Frankreich und andere westliche Akteure, die hier aktiv sind und solche Anlaufstellen in ihrer Afrikapolitik auch zu brauchen scheinen. Frankreich etwa hat in seiner hier v.a. gegen Gaddafis Libyen gerichteten Politik mehrfach Putsche und Meutereien in Zentralafrika unterstützt oder angeregt, wenn die jeweilige Staatsführung Anstalten machte, eine eigenständige Außenpolitik zu verfolgen oder die Bewegungsfreiheit der kriminell (und völkerrechtswidrig) agierenden Agenten von Drittstaaten vor Ort einzuschränken - was aufgrund der starken militärischen Präsenz Frankreichs und der Schwäche und mangelnden Kontrolle über die eigenen „Sicherheitskräfte“ jedoch allenfalls in Ansätzen überhaupt stattfand.

Ertüchtigung und Peacekeeping

Bezeichnenderweise fand diese Einflussnahme und letztlich Destabilisierung in gerade den Formen statt, die heute als Peacekeeping, Staatsaufbau, Sicherheitssektorreform und Ertüchtigung bezeichnet werden und auch erklärtes Ziel des zukünftigen Engagements der EU unter französischer Führung darstellen. So umschreiben Eric G. Berman und Louisa N. Lombard mit ihrer Formulierung, dass „die Unterstützung Frankreichs für den staatlichen Sicherheitssektor [der Zentralafrikanischen Republik] am umfassendsten“ war, letztlich nichts anderes, als wenn sie an verschiedenen Stellen in ihrer Studie klar machen, dass Frankreich Putsche gegen amtierende Präsidenten des Landes sowohl initiiert und unterstützt, wie auch verhindert hat - je nach Interessenslage. Die kontinuierliche Präsenz tschadischer Truppen in der Zentralafrikanischen Republik ist zwar Teil des Problems, war aber Inhalt und Voraussetzung der UN-mandatierten Peacekeeping Missionen MISAB und MINURCA 1997 und 1998 nach einer Welle von Meutereien und sozialen Protesten aufgrund einer wesentlich durch den IMF verursachten Staatsschuldenkrise. Vorausgegangen waren jeweils diplomatische Initiativen Frankreichs und militärische Aktionen der vor Ort befindlichen französischen Truppen. Die Kosten für den Einsatz der Soldaten aus Burkina Faso, Tschad, Gabun, Mali, später auch dem Senegal und Togo (MISAB) bzw. Burkina Faso, dem Tschad, der Côte d'Ivoire, Gabun und Mali (MINURCA) hat zu einem großen Teil Frankreich getragen bzw. erstattet. Nach deren Rückzug stationierte 2001 vorübergehend eine geopolitisch gänzlich anders ausgerichtete Koalition aus Libyen, dem Sudan und Djibouti unter dem Dach der Community of Sahel-Saharan States (Cen-Sad) „Peacekeeping“-Truppen in Bangui.

Frankreich hat eine lange Tradition in dem, was Angela Merkel als „Ertüchtigung“ bezeichnet hat und (aus EU-Sicht) auch Hauptgegenstand des EU-Afrika-Abkommens von 2007 ist: der Aufbau lokaler, regionaler und kontinentaler Strukturen für „peace-making, peace-keeping and peace-building“.³ Seit Jahren führt Frankreich mit verbündeten Staaten, deren Regierungen es häufig selbst durch solche Interventionen an die Macht gebracht hat, Übungen für die Aufstellung spontaner Interventionstruppen in anderen afrikanischen Staaten durch und trainiert hier

für spezielle Einheiten auf dem ganzen Kontinent (die in den jeweiligen Staaten den Sicherheitssektor weiter segmentieren und sich politischer Kontrolle entziehen). Diese häufig unter dem RECAMP-Label stattfindenden Übungen wurden mittlerweile teilweise im „Amani Africa“-Programm europäisiert. Die USA haben vergleichbare Ertüchtigungsprogramme zunächst im Rahmen ihrer Pan Sahel Initiative und ihres Programms African Partnership Station verfolgt und mit der Gründung eines eigens für den afrikanischen Kontinent etablierten Oberkommandos AfriCom (in Stuttgart) massiv ausgeweitet. Diese Strategie erhielt durch die „Global Peace Operations Initiative“ der G-8-Staaten zusätzliche Rückendeckung, in deren Rahmen von der US-Army nach eigenen Angaben über 140.000 Soldaten aus afrikanischen Staaten für Peacekeeping-Missionen in Drittstaaten ausgebildet wurden. Das ergänzte bzw. legitimierte hervorragend das bereits laufende ACOTA-Programm, in dessen Rahmen laut offiziellem Fact Sheet des State Departements 215.000 „Peacekeeper“ aus Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Kamerun, Djibouti, Äthiopien, Gabun, Ghana, Kenia, Malawi, Mali, Mauritien, Mozambique, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Tansania, Togo, Uganda und Sambia ausgerüstet wurden, die seitdem im Sudan, in Sierra Leone, der Demokratischen Republik Kongo, Guinea-Bissau, der Zentralafrikanischen Republik, der Cote d'Ivoire, Liberia, Burundi, Somalia, dem Tschad und in Mozambique eingesetzt waren.⁴ Die Fotogalerie der Homepage des Africom lässt auch noch auf die Ausbildung von Soldaten in anderen Staaten schließen. Gewiss ist jedoch, dass die USA gemeinsam mit Soldaten aus Uganda seit 2011 unter dem Vorwand, die LRA zu bekämpfen, im Südosten der Zentralafrikanischen Republik Stützpunkte aufgebaut haben, von denen sie Teile der zentralafrikanischen Armee ausbilden und de facto befehlen.

Frankreich hatte gleich nach der Machtergreifung François Bozizés eine umfangreiche Militärreform in der Zentralafrikanischen Republik unterstützt und mindestens drei Bataillone und damit einen beträchtlichen Teil der Armee ausgebildet. 2008 stationierte die EU vorübergehend knapp 2.000 Soldaten im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik und übergab anschließend an eine UN-Truppe, deren offizielles Hauptziel darin bestand, Polizeikräfte für die Zentralafrikanische Republik auszubilden. All das verhinderte zumindest nicht, dass Bozizé im März 2013 mit Unterstützung durch den Tschad durch einen erneuten Putsch gestürzt wurde, womit die aktuelle Krise ihren Anfang nahm. Geradezu charakteristisch sind auch die Berichte darüber, dass sich die Sicherheitskräfte mit dem Putsch de facto aufgelöst haben, „die meisten ihrer Mitglieder sind aus dem Land geflohen oder zu ihrem zivilen Leben zurückgekehrt“, berichtet IRIN und ergänzt, dass etwa 700 Soldaten im März 2014 begonnen hätten, sich in Bangui wieder zu formieren.⁵ Zwischenzeitlich hatte Frankreich mit der Operation Sangaris zusätzliche Soldaten in die Hauptstadt verlegt und damit afrikanische „Friedenstruppen“ unterstützt, die überwiegend aus dem Tschad stammen - der wie gesagt den Putsch zunächst unterstützt, dann aber gemeinsam mit Frankreich den selbsternannten Präsidenten Michel Djotodia anlässlich eines Friedensgipfels in N'Djamena ins Exil gezwungen hatte. Weitere Truppen der UN-mandatierten Mission MISCA stammen aus Ruanda, Burundi, Kamerun und der Demokratischen Republik Kongo, die ihrerseits ihre Armee nicht annähernd im Griff hat, weshalb dort neben 20.000 UN-Soldaten auch eine EU-Militärmission zur Restrukturierung der Armee vor Ort ist - und wo bis heute zurückgekehrte Soldaten aus der Zentralafrikanischen Republik auf ihre Integration in die Streitkräfte warten.

Die USA haben 101 Mio. US\$ zur Finanzierung der MISCA

und den Transport der Truppen bereitgestellt, den die US Army überwiegend über Burundi abwickelt. Vor diesem Hintergrund mag zunächst erstaunen, dass mit Uganda einer der stärksten US-Verbündeten in der Region mit eigenen Interessen in Zentralafrika so gut wie nicht beteiligt ist, allerdings hat Uganda mit US-Unterstützung Anfang des Jahres in einem anderen Nachbarstaat, dem Südsudan, umfangreich interveniert und an verlustreichen Kämpfen teilgenommen, nachdem dort Ende 2013 die aus einer Rebellengruppe hervorgegangene und von den USA (mit deutscher Beteiligung) massiv aufgerüstete Armee in konkurrierende Fraktionen zerfallen war.

Das unbekannte Mandat

Am 28. Januar 2014 verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der MISCA um ein Jahr und mandatierte unter Kapitel VII der UN-Charta eine EU-Mission. Zuvor hatte die EU 50 Mio. Euro zur Unterstützung der MISCA aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zugesagt. Zum Leiter der EU-Mission, für die in den ersten neun Monaten 26 Mio. Euro vorgesehen sind, wurde der französische Generalmajor Philippe Pontiers ernannt. Konkrete Aufgaben der EU in der Zentralafrikanischen Republik oder eine Begrenzung der Truppenstärke sind im Mandat der UN nicht genannt, hierzu wird lediglich auf einen Brief der Hohen Repräsentantin der EU vom 21. Januar 2014 verwiesen, der zwar eine UN-Dokumentenummer hat, in der Datenbank der UN jedoch als Verschlussache deklariert ist.

Nach den bisherigen Diskussionen und Verlautbarungen wird die Mission sich auf die Hauptstadt Bangui beschränken und v.a. der Sicherung des Flughafens dienen, die bereits jetzt durch Frankreich geleistet wird. Ob im Rahmen der Mission EUFOR RCA auch die Ausbildung weiterer „Sicherheitskräfte“ in der Zentralafrikanischen Republik geplant ist, erscheint zweifelhaft, in jedem Fall aber soll sie logistische Hilfe für MISCA beinhalten und eine weitere Mission unter Führung der Afrikanischen Union oder der UN vorbereiten, die - wieder einmal - den Sicherheitssektor des Landes „reformieren“ soll. Wie die plötzlich aufgetretenen religiösen Spannungen zu bewältigen sind, eine legitime und der eigenen Bevölkerung verpflichtete Regierung eingesetzt werden könnte und das Land vor der dauernden Einflussnahme durch Tschad, Frankreich, die USA und Mächte wie Deutschland bewahrt werden könnte, darüber scheint im Sicher-

heitsrat ähnlich große Ahnungslosigkeit zu herrschen, wie im deutschen Verteidigungsministerium unter von der Leyen, für die die Zentralafrikanische Republik nichts anderes ist als ein Machtvakuum oder vielmehr: eine Arena der Mächte, in der zukünftig auch Deutschland mitspielen möchte.

Gerade aber diese umfangreiche internationale und miteinander konkurrierende, über das Militär und Militärausbildung ausgetragene Einflussnahme bei gleichzeitiger Ausbeutung der Ressourcen ist die eigentliche Ursache für die umfangreiche und chaotische Militarisierung des afrikanischen Kontinents, seine vielen Bürgerkriege, die Schwäche afrikanischer Regierungen und ihre Abhängigkeit von internationaler „Sicherheitsunterstützung“ bis hin zu scheiternder Staatlichkeit und Stationierung umfangreicher UN- und AU-Kontingente unter Kapitel VII. Selbst wenn man davon ausgehen sollte, dass „Staatsaufbau“ und „Sicherheitssektorreformen“ in ihrer gegenwärtigen Konzeption helfen könnten, stabile Gemeinwesen zum Wohle der Bevölkerung aufzubauen, dann sollte sich die „Internationale Gemeinschaft“ zunächst auf einzelne Länder konzentrieren - und dabei nicht den westlichen Staaten und ihren regionalen Stellvertretern den Vortritt lassen, deren Vertreter im selben Atemzug von ihren Rohstoffabhängigkeiten und Zugang zu Märkten sprechen müssen. Erst dann könnten sich diese Konzepte beweisen, bis dahin werden sie einer weiteren Destabilisierung und Militarisierung ganzer Regionen und einer an Irrsinn grenzenden Militär- und Hilfslogistik Vor-schub leisten.

Anmerkungen

- 1 Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz München, 31. Januar 2014, bmvg.de.
- 2 Informationen und Schätzungen aus diesem Abschnitt beruhen überwiegend auf der lesenswerten Analyse von Eric G. Berman und Louisa N. Lombard für den Small Arms Survey vom Dezember 2008, vgl.: Small Arms Survey: „The Central African Republic and Small Arms - a regional Tinderbox“, www.smallarmssurvey.org.
- 3 Rat der Europäischen Union: A Joint Africa-EU Strategy, Dezember 2007 (16344/07 (Presse 291)).
- 4 African Contingency Operations Training and Assistance (ACOTA) Program, Fact Sheet vom 6.2.2013, www.state.gov.
- 5 „Troops deployed to protect aid convoys in CAR“, Meldung vom 24.1.2014, www.irinnews.org.

Zur humanitären Lage

Das World Food Program hatte bereits im August 2013 gewarnt, dass nach der Dürre 2011 auch im vergangenen Jahr die Regenzeit sehr spät eingesetzt habe und eine erneute Hungerkatastrophe drohe. Zudem verhinderte die internationale, von Frankreich angeführte Intervention, dass die Bauern im Süden des Landes ihre Produkte in den Norden verkaufen und so einerseits die dortige Bevölkerung versorgen und andererseits Einkommen bis zur nächsten Ernte generieren konnten. Am 31. Januar 2014 dann schlugen elf Hilfsorganisationen - darunter Oxfam und Care International - vor Ort Alarm: 800.000 Menschen in Mali litten Hunger - 69 Prozent der Bevölkerung leben nach internationalen Standards in Armut -,

weitere drei Millionen Menschen wären alleine in Mali von Hunger bedroht. AFP zitierte in der entsprechenden Meldung Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, wonach die Krise durch schwache Ernten und die französisch geführte Intervention ausgelöst worden sei.

Am selben Tag hielt der deutsche Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz seine Rede zur neuen Rolle Deutschlands in der Welt und gab damit den Startschuss für eine Diskussion darüber, dass Deutschland insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent mehr „Verantwortung“ übernehmen müsse, indem es Soldaten der Bundeswehr schickt. Die anhaltende Diskussion darüber überlagerte Meldungen über die tat-

sächlichen Zustände in den aktuellen und zukünftigen Einsatzgebieten der Bundeswehr. Kaum war die Sicherheitskonferenz vorbei, meldete IRIN, der humanitäre Nachrichtendienst der UN am 3. Februar, dass im „Sahara-Gürtel“, der zukünftig Schwerpunkt Europäischer Außenpolitik sein soll, 2014 20 Mio. Menschen und damit 8,7 Mio. mehr als im Vorjahr auf Lebensmittelhilfen angewiesen sein werden. Zwei Tage später beschloss das Kabinett die Aufstockung des Bundeswehrkontingents in Mali. Am 6. Februar dann besuchte die deutsche Verteidigungsministerin das Land und bekannte sich zum Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Gemeint war damit die Ausbildung mali-scher Soldaten. *Christoph Marischka*

Der Flughafen Shannon und seine militärische Nutzung durch die USA

von John Lannon, Shannonwatch

Der Flughafen Shannon an der Westküste Irlands war früher ein belebter Zivilflughafen. Die irische Regierung gewährte Unternehmen Steuererleichterungen, die ihre Produktionsstätten in der Nähe der Shannon Free Zone errichteten; Shannon Development, die für die regionale Wirtschaftsentwicklung verantwortliche Agentur, zog damit multinationale Konzerne an; und auf dem Flughafen gingen die Leute ein und aus. Aber die Zeiten haben sich geändert. Das belebte Terminalgebäude aus den 1990er Jahren war fast ein Jahrzehnt später fast verlassen und das rege Treiben der Boom-Jahre stellt sich trotz der in der letzten Zeit wieder steigenden Zahl von Linienflügen nicht wieder ein.

Zeitgleich mit dem Rückgang des normalen Verkehrs in Shannon hat sich noch etwas anderes geändert. Als George W. Bush 2003 in den Irak einmarschierte, gab die irische Regierung ihm die Erlaubnis, den Flughafen zu nutzen, den seitdem weit über zwei Millionen US-Soldat_innen durchliefen. Das Irakgeschäft hat zwar nachgelassen, aber die Besetzung Afghanistans bietet immer noch reichliche Möglichkeiten für Kriegsgeschäfte. Auch passierten für die außerordentlichen Überstellungen von Terrorverdächtigen CIA-Flugzeuge mit alarmierender Regelmäßigkeit Shannon – das wurde auch von Amnesty International, dem Europäischen Parlament und anderen dokumentiert und lokale Aktivist_innen reichten Dutzende offizielle Beschwerden über bekannte oder verdächtige Flugzeuge ein. Doch die Polizei blieb untätig, um die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu stellen.

Aufeinanderfolgende irische Regierungen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Irland schon immer die US-Armee unterstützte. Aber die US-militärische Nutzung des Flughafens Shannon im letzten Jahrzehnt ist anders. Das fängt mit der vor 2002 in diesem Umfang nicht vorhandenen deutlich gestiegenen Nutzung an, die mit bis zu 20 Landungen pro Woche durch die zivile Fluggesellschaft Omni Air International als Hauptauftrags-

GASTBEITRAG

nehmerin für den US-Truppentransport einhergeht. Darüber hinaus sind die Shannon passierenden Truppen mit ihren Waffen und ihrer Munition direkt an militärischen Operationen beteiligt. Und auch wenn die offizielle Zahl der Truppen, die durch den Flughafen verschickt wurden, von

ihrem Höchststand von 341.000 im Jahr 2005 auf knapp 70.000 im Jahr 2013 gefallen ist, bleibt ihre Anwesenheit eine grobe Verletzung der von Irland vertretenen Neutralität. Darüber hinaus bewirkt ihre Anwesenheit erhebliche Sicherheitsrisiken für Passagiere, Mitarbeiter_innen und Andere in einem für den zivilen, nicht für den militärischen Einsatz konzipierten Flughafen.

Neben den regelmäßigen Truppenbewegungen durch den Flughafen gibt es auch bis zu 50 US-Air Force und Navy Landung in Shannon jeden Monat. Dazu gehören Hercules C-130 Militärtransporter, die in der Regel verwendet werden, um Truppen, Waffen und andere Ausrüstung direkt in die militärischen Operationen zu liefern. Sie sind beispielsweise in der Lage Drohnen zu transportieren, die von den USA eingesetzt werden, um Ziele in Afghanistan, Pakistan und anderswo zu verfolgen und auszuschalten.

Die aktuelle irische Regierung besteht darauf, dass die Militärflugzeuge nicht an militärischen Operationen teilnehmen und nicht bewaffnet sind. Dies wird sogar behauptet, trotz der Tatsache, dass ein US-Marineflugzeuge mit einer sichtbaren 30mm Kanone dort am 5. September fotografiert wurde. Darüber hinaus ist auch irisches Armeepersonal regelmäßig in Anwesenheit dieser Flugzeuge zu sehen – das sollte nicht nötig sein, wenn es sich nur um Routinefracht oder Truppentransporte handeln würde.

Die US- und NATO-Aktionen der letzten zehn Jahre rund um den Globus waren, im Großen und Ganzen, plump und kontraproduktiv. Afghanistan ist ein gutes Beispiel; die US-Invasion nach dem 11. September 2001 hat zu einem Anstieg von Korruption und Drogenproduktion geführt, ständig gibt es neue zivile Tote und die Menschenrechtssituation hat sich ebenso nicht verbessert. Doch Irland unterstützt weiterhin diese verfehlte Politik wie ein gehorsamer Schoßhund. Aber genauso wie es moralisch untragbar ist, dass US-Militär ihre Einsätze von Shannon aus führt, sprechen mehrere rechtliche Gründe dagegen. Der erste



Aufnahme und Plakate von den Protesten, Foto: Shannonwatch.



US-Soldat spricht mit burundischem Soldat im Flugzeug bevor dieser in ZAR geflogen wird. Foto: Africom.

bezieht sich auf die irische Neutralität. Ein 2003 ergangenes Urteil des irischen High Court (Horgan gegen An Taoiseach) erklärte, dass Irland gegen die Haager Konvention zur Neutralität verstößt, indem US-Truppen erlaubt wird, den Shannon Flughafen auf dem Weg nach und von dem Krieg im Irak zu verwenden. Das Urteil hob die Tatsache hervor, dass ein neutraler Staat die Bewegung einer großen Zahl von Truppen oder Munition von einem kriegführenden Staat durch ihr Gebiet auf dem Weg zu einem Kriegsschauplatz mit einem anderen nicht gestatten kann. Der zweite Grund betrifft das humanitäre Völkerrecht. Das Töten und Schädigen von Zivilist_innen durch die US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan sind eine Verletzung der Vierten und Dritten Genfer Konvention. Und das Militär besitzt die Freiheit, im Duty-Free-Bereich in Shannon herumzuwandern. Der dritte Grund sind die Menschenrechte. Die Benutzung des Flughafen Shannons durch die CIA, als Teil ihrer Entführungspolitik, verstößt gegen internationale Menschenrechtsnormen sowie irisches Recht. Der vierte Grund schließlich betrifft das Luftfahrtsrecht. Das Chicagoer Abkommen und verschiedene irische Gesetze sollten in Bezug auf die Überprüfung von verdächtigen Überstellungsflügen Anwendung finden, aber die Behörden haben nichts unternommen.

Der anhaltende und ausdauernde Widerstand gegen die Verwendung von Shannon durch das US-Militär geht zurück bis ins Jahr 2002, als die ersten Flugzeuge Truppen transportierten. Dieser setzt sich bis heute mit regelmäßigen Friedensmahnwachen an jedem zweiten Sonntag im Monat vor dem Flughafen fort. Während der friedlichen Versammlungen hindert die Polizei die Menschen den Flughafen zu betreten. Es wird nicht zugelassen, dass die Stimme der Opposition gegen die US-Präsenz in der Nähe der Terminalgebäude zu hören ist. Es greifen Einschüchterungen auf niedrigem Niveau, und manchmal werden Menschen belästigt oder verhaftet, die versuchen Aufmerksamkeit auf die US-Militärpräsenz zu lenken.

Im Oktober 2012 ergriffen zwei Friedensaktivist_innen, Margaretta D'Arcy und Niall Farrell, Maßnahmen, um die US-Militärpräsenz in Shannon sichtbar zu machen. Die beiden Mitglieder Galway Alliance Against War betreten als Teil einer internationalen Protestwoche gegen US-Killer-Drohnen die Landebahn. Da es keine Kontrolle gibt, was die US-Hercules C-130, die in Shannon landen, transportieren (es gibt nur diplomatische „Zusicherungen“), kann es gut sein, dass auch Drohnen verfrachtet werden. Vor ein paar Jahren sagte der aktuelle Minister for Foreign Affairs („Außenminister“), Eamonn Gilmore, der die Verantwortung dafür hat, dass keine tödlichen Drohnen oder

anderen Waffen verfrachtet werden: „Nicht zu wissen, ist nicht gut genug.“ Er stand im Gegensatz zur Regierung in dieser Zeit, als er über die vermuteten außerordentlichen Überstellungen von Terrorverdächtigen sprach. Heute verhält er sich so, als ob nicht zu wissen, ganz in Ordnung sei, wenn es um Shannon und Irlands Mitschuld an menschlichem Leid geht.

Nachdem Margaretta eine dreimonatige Bewährungsstrafe erhalten hatte, verweigerte sie eine Erklärung, nicht auf die eingeschränkten Bereiche des Flughafens zurückzukehren, zu unterzeichnen. Als Ergebnis wurde sie inhaftiert. Sie sagte, es war ihre Pflicht, die irische Mitschuld am Krieg zu beenden, und wenn sie eine schriftliche Erklärung geben würde, nicht auf die Landebahn zu gehen, sie sich indirekt mitschuldig macht an den Verbrechen durch US-Militär und CIA, die die Landebahn nutzen.

In einer Erklärung nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis am 25. März erklärte Margaretta, dass „[Irlands] Präsident Michael D. Higgins die irischen Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen hat, ‚Gespräche‘ in der Öffentlichkeit als Teil einer aktiven Bürgerschaft zu führen. Ich habe auf einer Landebahn gesessen, hatte eine Anhörung vor Gericht und bin ins Gefängnis gekommen, beim Versuch, dieses ‚Gespräch‘ zu suchen.“

Die irische Regierung ist offenbar nicht bereit, ein Gespräch über ihre Unterstützung für die US/NATO-Aggressionen zu führen. Aber in einer 2013 für die Peace and Neutrality Alliance (PANA) durchgeführten Umfrage, waren 78% der Menschen der Ansicht, Irland sollte eine Politik der Neutralität durchsetzen. Das Gespräch, das Margaretta verlangte, ist das Geringste, das sie verdient. Es ist auch das Geringste, dass die Menschen verdienen, die verstümmelt und ihrer Lieben beraubt werden im Irak, in Afghanistan und anderswo.

Schließlich ist erwähnenswert, dass die politischen Parteien, die Anfang 2011 in Irland an die Regierung kamen, sagten, dass sie „das Verbot durchsetzen über die Verwendung von irischen Luftraum, Flughäfen und ähnlichen Einrichtungen für Zwecke, die nicht im Einklang mit den Vorgaben des Völkerrechts stehen.“ Zu der Zeit schien es ein Hoffnungsschimmer zu sein. Aber diese Hoffnung ist verblasst. Anstatt eine Anwältin für kreative und friedliche Alternativen zum Krieg zu sein, der unschuldige Menschen verarmen lässt und tötet, setzt Irland weiterhin jeden Tag am Shannon Flughafen die logistische Unterstützung für die US-imperiale Überdehnung fort.

Shannonwatch ist eine Gruppe von Friedens- und Menschenrechtsaktivist_innen im mittleren Westen Irlands. Für weitere Informationen: www.shannonwatch.org.

Was passiert mit der verlassenen NATO-Militärbase in Neapel?

Zur anstehenden Konversion eines Ortes der Kriegskoordination

von Jacqueline Andres

Seit 1954 ist die NATO im neapolitanischen Viertel Bagnoli stationiert, wo sie eine Fläche von mehr als 210.660m² nutzt. Der Komplex hat eine Wohnanlage, in der mehr als 2.100 Soldat_Innen und ihre Familien beherbergt wurden, ein olympisches Schwimmbassin, eine Kirche, ein Theater, einen Helikopterlandeplatz, auf dem einst John F. Kennedy landete, eine Sportanlage mit Panoramablick auf die Insel Nisida, den Vesuv und das Mittelmeer. Die Anlage gehört bis heute der Stiftung *Fondazione Banco di Napoli per l'assistenza all'infanzia* (Stiftung der Bank Neapels für die Kinderfürsorge), die 1940 die Anlage als Internat *Costanzo Ciano* für bedürftige Kinder einweihte. Während der letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs wurde sie von den italo-deutschen und später von den anglo-amerikanischen Truppen genutzt, dann in eine Notunterkunft für Flüchtlinge umfunktioniert und letztendlich ab 1954 von der NATO gemietet. Sie befindet sich im Stadtteil Bagnoli auf dem Hügel *San Laise*, der mit seiner Grünfläche zu den größten der wenigen grünen Lungen Neapels gehört. Dieses Jahr ist die NATO in eine neue, modernere Anlage in *Lago Patria* gezogen. *Lago Patria* ist eine kleine, etwas abgelegene Küstenstadt, doch sie befindet sich noch in der Metropolregion Neapels und ist zugleich besser an die Infrastruktur anderer Militärinstallationen in der Umgebung angebunden.

Am 1. Dezember öffnete die nun ehemalige NATO-Militärbase in Bagnoli zum ersten Mal ihr eisernes Eingangstor, das sich auf der *Viale della Liberazione* (Allee der Befreiung) befindet, für die gesamte Stadt. Eine Friedensaktivistin der anti-militaristischen Gruppe *Donne in Nero* meinte zu diesem Anlass: «Es ist ein bewegendes Ereignis; seit Jahrzehnten machen wir dreißig Meter vor dem Eingangstor halt, um gegen die NATO zu demonstrieren. Und heute sind wir hier, heute stehen wir vor den Gebäuden, von denen aus all diese Kriege geführt wurden.»

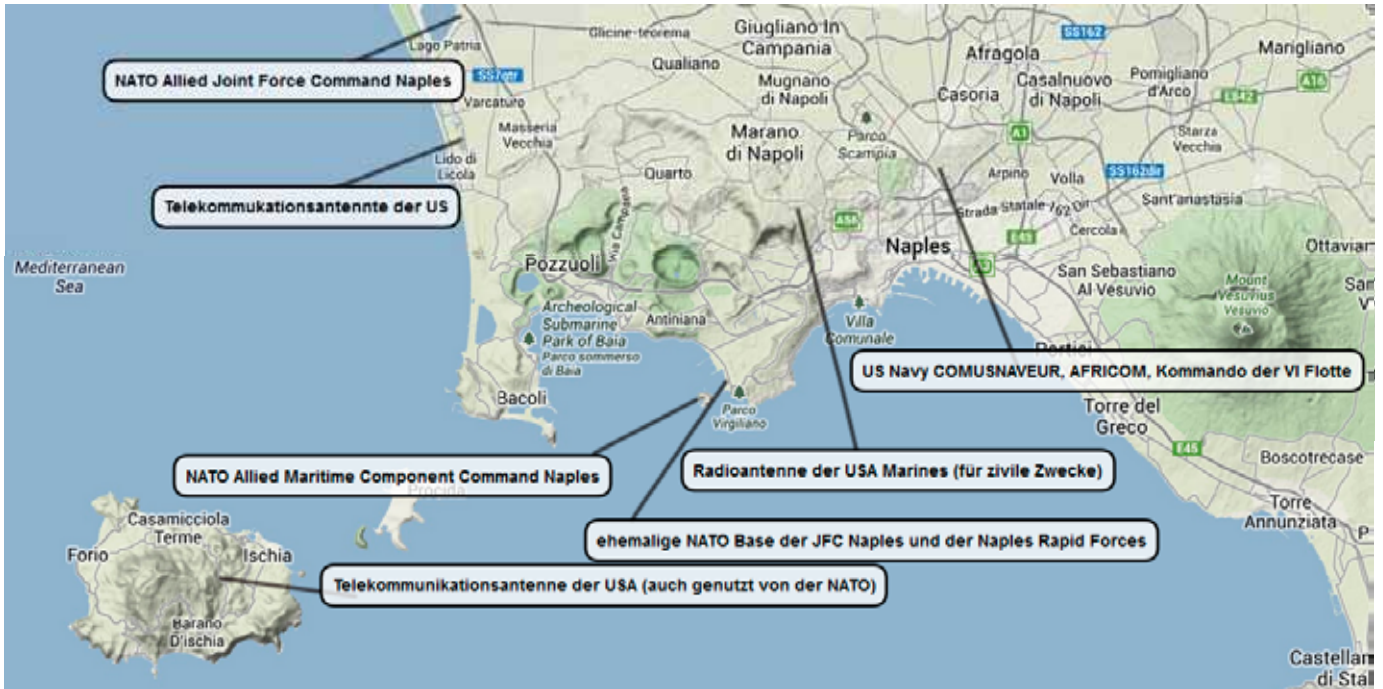
Im Laufe der letzten Jahrzehnte gab es viele Anlässe für die Gruppe, vor der NATO zu protestieren. In dieser Militärbasis der *Allied Joint Force Command Naples* und zuvor des *AFSOUTH* (*Allied Forces Southern Europe*) Kommandos wurden mit der Beteiligung von bis zu 22 Nationen unter anderem der NATO-Einsatz im Kosovo, die sogenannten Anti-Terror- und Anti-Pirateriemissionen seit 2001 und die Militäroffensive gegen Libyen mitkoordiniert. Doch diese Militärbasis ist nicht die einzige, die Neapel in europäische und US-amerikanische Kriegsgeschehen weltweit involviert. Die Metropolregion Neapels ist mit sieben nicht-italienischen Militärinstallationen geprägt durch die Präsenz der NATO und der US-amerikanischen Armee.

Die ehemalige Militärbasis ist eine einzigartige Anlage, die das Potential hat, zukünftig die Neapolitaner_Innen zu bereichern. Nicht nur private Investoren und die staatlichen Institutionen vor Ort beschäftigen sich mit verschiedenen Zukunftsszenarien der Anlage, sondern auch die Anwohner_Innen. Verschiedene lokale Kollektive fordern, dass über die Zukunft des ehemaligen NATO-Geländes nicht im Rathaus, sondern in einer öffentlichen Versammlung entschieden wird. Menschen in prekären Beschäf-

tigungsverhältnissen, Wohnungslose, Migrant_Innen und Student_Innen sollen demnach in der Anlage wohnen. Die Sportanlagen sollen für die Kinder und Jugendlichen genutzt und die Agrarflächen für Permakultur verwendet werden.

Die politischen Kollektive in Neapel versuchen momentan mit Einbeziehung der Einwohner_Innen einen umfassenden, konkreten Plan für die Anlage zu erarbeiten. Jeder Schritt der Institutionen wird beobachtet, um einzuschreiten, wenn Entschlüsse nicht gemeinsam getroffen werden und um zu vermeiden, dass die Entscheidungskraft in die Hände von Spekulanten und privaten Investoren rutscht. Schüler und Schülerinnen Bagnolis haben am 4. Dezember vor der Anlage protestiert und planen weitere Versammlungen und Proteste, in denen sie erklären, weshalb sie das Gelände für sich beanspruchen. Dadurch, dass das Gelände der Stiftung der Bank Neapels für die Kinderfürsorge ursprünglich dem Wohl der Kinder gewidmet werden sollte, scheint die Forderung der Schüler_Innen nur allzu legitim zu sein. Zudem ist die infrastrukturelle Situation für die junge Generation der Metropolregion Neapels mehr als unzureichend. Es mangelt an Schulräumen und an kulturellen Freizeitangeboten für die junge Generation. Die Schule „Boccioni“ wird bald einem Hotel weichen und die „Labriola“ mietet Gebäude von Privateigentümern, um ihren Klassenraumangel auszugleichen. Die „Rossini“ hat das gleiche Platzproblem, doch sie hat eine andere vorübergehende Lösung gefunden: der Unterricht wird über den Tag verteilt in drei Schichten gehalten.

Die Schüler und Schülerinnen der Region Neapels sowie verschiedene Kollektive aus der Umgebung fordern eine sofortige und partizipative Nutzung der Anlage. Der Ort, von dem aus während der letzten sechzig Jahre Kriege geführt wurden, wird nun vielleicht einen wertvollen Beitrag zur Stadtentwicklung Neapels leisten. Gerade Bagnoli ist ein Stadtteil, dem ein gemeinsam gestalteter Raum helfen kann. In Bagnoli ist die Arbeitslosenrate besonders hoch, mehrere verlassene großflächige Projektruinen verunstalten den Stadtteil und die Krebsrate liegt weit über dem nationalen Durchschnitt. Die hohe Krebsrate scheint zum einen das Resultat des Müllgeschäfts der *Camorra* zu sein, durch das auch Giftmüll vergraben oder im Meer entsorgt wird, sowie das des Industriegebiets, das seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts das Viertel prägte. Das ehemalige Stahlwerk von *Italsider*, das zwischendurch auch unter dem Namen *Ilva* lief, hat nach fast hundertjährigem Bestehen 1992 zusammen mit der Zementfabrik *Cementir*, sowie mit *Eternit*, wo Asbestzement produziert wurde, und der *Ex-Federconsorzi* eine noch immer verunreinigte Ruine von über 160 Hektar, mehr als achttausend entlassene Arbeiter_Innen und eine enorme Umweltverschmutzung hinterlassen, unter der Bagnoli bis heute leidet. Ein Erfolg und Lichtblick Neapels war das interaktive, naturwissenschaftliche Museum *Città della Scienza* (Stadt der Wissenschaft), das in einem Teil des ehemaligen Industriegebiets errichtet wurde, doch das Museum wurde Anfang März dieses Jahres niedergebrannt. Es wird vermutet, dass die kriminelle Organisation Neapels, die *Camorra*, hinter der Brandstiftung steckt, doch weder ist bekannt, was genau vorgefallen ist, noch was aus dem leerstehenden Gelände wird. Im März 2013 haben die Jugendlichen Neapels nicht nur dieses großartige Museum verloren, das seit den 90ern ein Ausflugsziel von Schulen aus der gesamten Region war,



Karte der NATO-Einrichtungen in Neapel, Grafik: Autorin

sondern auch einen Freizeitpark und den Zoo. Beide Strukturen wurden seit 2003 gemeinsam von Park and Leisure unter der Leitung von Cesare Falchero in den Bankrott gewirtschaftet. Der Vergnügungspark Edenlandia war als eines der wenigen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in der Umgebung seit 1965 ein fester Bestandteil einer neapolitanischen Kindheitserfahrung. Seit März hängen Protestbanner an dem geschlossenen Eingang. Sie erinnern an einen Arbeitskampf der fast hundert entlassenen Angestellten, die die letzten fünf Monate ohne Bezahlung arbeiteten in der Hoffnung, ihre Arbeitsplätze dadurch erhalten zu können. Sie klagen an, dass der Bürgermeister seinen Versprechen nicht nachkommt und dass Neapel ein solches Ende der historischen Einrichtungen nicht hinnehmen darf.

All diese verlassenen Strukturen, die selbst für Besucher_Innen in Bagnoli unübersehbar sind, verstärken die Dringlichkeit der

momentanen Mobilisierung für eine sofortige und partizipative Reintegration der ehemaligen Militärbasis in das Stadtviertel. Ihre Geschichte ist lehrreich und ihr Anblick vergegenwärtigt, was passiert, wenn verlassene große Anlagen ungenutzt langsam zerfallen. Der Bürgermeister Neapels, Luigi de Magistris, erklärte, dass er offen sei für alle Ideen der Einwohner_Innen für die Gestaltung der Ex-NATO-Fläche. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Versprechen ernst gemeint ist und der Druck der Bevölkerung auf den Bürgermeister stärker ist, als die Korruption und Klientelwirtschaft im neapolitanischen Rathaus. Wenn die Energie der momentanen Bewegung erhalten bleibt, kann eine Konversion des ehemaligen Ortes der Kriegskoordination in einen partizipativ gestalteten Raum gelingen und wird sich hoffentlich auch gegen die fortdauernde Militärpräsenz der NATO sowie der US Armee auch in anderen Vierteln Neapels richten.



Zeremonie bei der Verabschiedung der NATO von der Basis Bagnoli, Foto: Allied Joint Force Command Naples, NATO 2013

Risiko Regulierung

Böll-Stiftung will zur Debatte anregen und läuft dabei Gefahr, sie abzuwürgen

von Christoph Marischka

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in ihrer Reihe "Demokratie" einen Band unter dem Titel "High-Tech-Kriege – Frieden und Sicherheit in den Zeiten von Drohnen, Kampfrobotern und digitaler Kriegsführung" veröffentlicht, der erklärtermaßen zu einer "informierte[n] Öffentlichkeit und eine[r] breite[n] gesellschaftliche[n] Debatte" beitragen soll. Im Vorwort des Vorstandes der Stiftung, Ralf Fücks, und deren Referenten für Außen- und Sicherheitspolitik, Gregor Enste, heißt es: "Wie so oft entwickeln sich die neuen Militärtechnologien schneller als die gesellschaftliche Diskussion und die Bemühungen um ihre völkerrechtliche Einhegung. Diese Ungleichzeitigkeit zwischen technischer Innovation und politischer Regulierung ist beunruhigend. Sie lässt zu viel Raum für Entwicklungen, die sich jeder öffentlichen Kontrolle entziehen. Es wird höchste Zeit, die neuen Formen digitaler Kriegsführung aus der Grauzone von Forschungslabors, Rüstungsindustrie und Militär in das Licht der öffentlichen Debatte zu bringen. Auch die Parlamente müssen sich intensiver dieser Herausforderung widmen. Die vorliegende Publikation will Anregungen für die Meinungsbildung zu diesem brisanten Thema geben".

Die zentralen Argumente

Den versammelten Autor_innen ist – mit Ausnahme Herfried Münklers, von dem der erste Beitrag stammt – eine grundsätzliche Skepsis gegenüber unbemannten militärischen Systemen, Vorbehalte gegen ihre Bewaffnung und eine Ablehnung der vollständigen Automatisierung oder Autonomisierung des Einsatzes von "Wirkmitteln", also Waffengewalt, anzumerken. Die häufig vorgebrachten Argumente gegen Einsatz und Entwicklung von Kampfdrohnen werden fast alle genannt und häufig substantiiert: Dass sie "die Schwelle zur Gewaltanwendung" (Singer) zu senken drohen und bereits jetzt eine "erhebliche Rüstungsdynamik" (Sauer) bzw. einen "qualitativen Rüstungswettlauf" (Altmann) in Gang gesetzt haben; dass Drohnen "autonom" werden und sich ihre "Einsatz- und Funktionsbreite" erweitert (Singer), dass bewaffnete Drohnen "eine massive und permanente Bedrohung im Alltagsleben der Zivilist/innen dar[stellen]" (Weber). Auch die drohende Entparlamentarisierung wird am Beispiel des Libyen-Krieges, wo mit der Begründung, wegen des "fast ausschließlichen Einsatz[es] hoch fliegender Kampfflugzeuge und Kampfdrohnen seien amerikanische Soldatinnen und Soldaten praktisch nicht gefährdet" (Schörning) eine Zustimmung der Legislative als obsolet erachtet wurde, ebenso thematisiert, wie die Tatsache, dass bislang durch Drohnen "Geheimdienstmitarbeiter oder Industrievertreter [verstärkt] in die Tötung von Konfliktpartnern involviert werden" (Dickow und Linnenkamp). Von einer "Totalisierung des Raumes der Kriegsführung" und seiner Überwachung aus einer "quasi göttlichen Perspektive" und einer drohenden "Playstation-Mentalität" und "Dehumanisierung" der Feinde (Weber) ist die Rede. Die "erheblichen psychischen Probleme" (Kurz und Rieger) der Drohnenpilot_innen werden ebenso angesprochen, wie die vermeintliche Präzision der Waffen infrage gestellt wird. Die Technik-Philosophin Jutta

Weber meint sogar, dass "gerade diese Präzisionswaffen – wie zum Beispiel Roboterdrohnen für gezielte Tötungen – mehr zivile 'Kollateralschäden' als traditionelle Bombardements" verursachen würden, "gerade weil die Rhetorik der 'Präzision' dem militärisch-politischen Komplex

die nötige Rechtfertigung gibt, um explosives Material auch in zivilen Umgebungen einzusetzen".

Eine große (und problematische) Rolle spielt in verschiedenen Beiträgen auch die Tatsache, dass das "amerikanische Drohnenmonopol" enden wird oder längst geendet hat (Singer) und auch "nicht-staatliche Akteure, welche sich nicht an die Regeln des bewaffneten Konflikts gebunden sehen oder diese bewusst missachten, Zugang zu dieser Technik erlangen" könnten und bereits erlangt haben (Stroh). Der (Ab-)Rüstungsexperte Altmann sieht in der zunehmenden Automatisierung, die nach Dickow und Linnenkamp sogar "zwangsläufig" aus der Nutzung bewaffneter Systeme folgt, "Gefahren bis zur Auslösung von Nuklearkrieg", etwa wenn "sich zwei Flotten unbemannter Kampfflugzeuge an einer Grenze oder in internationalem Luftraum gegenseitig intensiv beobachten" würden und "auf automatische Reaktion programmiert" wären. Kurz - so lassen sich die Beiträge, bis auf Münkler, der "[p]ostheroische Gesellschaften" zur Vorsicht mahnt, wenn "sie über die Ethik des Krieges sprechen", zusammenfassen - wird festgestellt, "dass bewaffnete unbemannte Fahrzeuge in verschiedener Hinsicht Gefahren mit sich bringen, deren Entwicklung man nicht einfach tatenlos zusehen sollte. Im Gegenteil, die internationale Gemeinschaft sollte sich bemühen, die Gefahren durch vereinbarte und unilaterale Beschränkungen einzudämmen." (Altmann)

Expertismus

Zwischen diesen beiden Sätzen tut sich die Lücke auf, die das Problem des Bandes darstellt. "Man" sollte nicht tatenlos zusehen, handeln aber kann nur "die internationale Gemeinschaft". Die genannten Argumente werden vorgebracht mit Formulierungen wie "dürfte vielen Menschen kaum bewusst gewesen sein ..." (Kurz und Rieger), und: "für die Folgen einer solchen Taktik und Technologie scheint sich kaum jemand zu interessieren" (Weber). Von den Expert_innen wird eine Debatte eingefordert, über deren Stand sich die Autor_innen uneins sind, außer dass sie Defizite erkennen. "Endlich ist die Debatte über (Un)Sinn und Zweck des Einsatzes von bewaffneten Drohnen auch in Deutschland angekommen. Das ist gut so!", beginnt Niklas Schörning seinen Beitrag mit dem Untertitel: "Die Debatte über bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr steht erst am Anfang", Dickow und Linnenkamp zufolge fehlt bislang eine "Debatte darüber, welche ethischen Konsequenzen der Trend zur automatisierten Kriegsführung hat" und sowohl Peter W. Singer vom Brookings Institute, Kurz und Rieger vom Chaos Computer Club und Niklas Schörning von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung halten es für nötig, zu versichern, "dass es sich bei moderner Militärtechnik eben nicht mehr um 'Science Fiction', sondern längst um Realität handelt", wie es Schörning ausdrückt. Sein Beitrag endet dann auch mit der Aufforderung "Aber sie [die Debatte] muss breiter geführt werden!".

Wie breit die Debatte bereits geführt wird, dafür scheinen alle Autor_innen den Blick verloren zu haben. In der Vielfalt ihrer wissenschaftlichen Verortungen, konkreten Positionierungen

und dem jeweiligen Expertismus widerspricht der Band selbst der These einer defizitären oder fehlenden Debatte zumindest auf Ebene der Eliten, die Defizite werden hingegen hinsichtlich einer "breiteren", "informierten" oder allgemeinen "Öffentlichkeit" gesehen. Wer hingegen schon einmal Unterschriften für den Appell "Keine Kampfdrohnen" oder die Kampagne "gegen die Etablierung der Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung" gesammelt hat, weiß, dass die genannten Argumente einem Großteil der zumindest interessierten Öffentlichkeit längst und substantiell bekannt sind. Insofern ist der Band ein erfrischendes Gegengewicht zur Argumentation der Drohnen-Befürwortenden, die der öffentlichen Diskussion allzu gerne Hysterie und zuviel Emotionalität attestieren – auf seine Art entmündigend ist er dennoch. Die Kampagne, welche die aufgezählten Argumente längst genannt hat und in ihrem Newsletter (<http://drohnen-kampagne.de/standpunkte-argumente/aktuelles-ende/>) regelmäßig und deutlich aktueller substantiiert, wird im gesamten Band nicht einmal erwähnt – obwohl etwa der Bundesvorstand der bekanntlich der Böll-Stiftung nahestehenden Partei sowie der Chaos Computer Club Unterzeichner_innen ihres Appells sind. Das ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein analytisches Problem: Von vielen Autor_innen sicherlich ungewollt führt die Negierung der bereits stattfindenden Debatten – ganz abgesehen von konkreten Aktionen und Interventionen – zu einer katastrophalen Einengung der Handlungsoptionen, die letztlich ausschließlich auf den Ebenen internationaler Abkommen und des internationalen Rechtes gesehen werden – also den Verhandlungen zwischen Staaten, die in der Entwicklung der Drohnentechnologie und ihrem Einsatz führend sind. Erstaunlich ist das etwa, wenn Constanze Kurz und Frank Rieger, beide Sprecher_innen des Chaos Computer Club, der den Menschen zahlreiche Instrumente liefert, um sich gegen Überwachung zu wehren, in einem frappierenden Fatalismus feststellen, wie die Zivilbevölkerung in der "Logik des Cyberkrieges ganz selbstverständlich ... als Geisel genommen und ihre zivile Infrastruktur Schlachtfeld und unreguliertes Operationsgebiet wird", ohne einen Ton dazu zu verlieren, wie sich die Menschen dagegen individuell oder kollektiv wehren oder zumindest davor schützen können. Auch der in der Friedensbewegung vertortete Altmann gibt einer möglichen sozialen Bewegung eher unabsichtlich Hinweise für mögliche Forderungen, wenn er die möglichen Anwendungen bestehender Rüstungskontrollregime auf Drohnen andeutet. Zugleich denkt er aber bei zukünftigen Regimen die Kompromisse zwischen den in der Drohnentechnologie vorangehenden und kriegführenden Staaten gleich mit, die für eine Bewegung von Unten kaum anschlussfähig scheinen. So wird bereits für das vermeintlich wünschenswerteste, aber als wenig realistisch eingeschätzte internationale Regime festgehalten: "Unbewaffnete Fahrzeuge für Aufklärung, Kommunikation usw. wären nicht betroffen. Schon eingeführte Systeme mit Automatikmodus (z.B. zur Flugabwehr oder Schiffsverteidigung), bei denen menschliche Reaktion zu langsam wäre, sollten ausgenommen werden."

Negierung politischer Gestaltungsräume

Es wird in dem Band vehement eine Debatte eingefordert, deren Zweck so letztlich unbestimmt bleibt und deren Ergebnisse dadurch in der Summe (von den Autor_innen teilweise sicher nicht so gewünscht) vorbestimmt erscheinen: Aufklärungsdrohnen für alle Staaten, bewaffnete Drohnen für manche und die Automatisierung von Tötungen nach Möglichkeit weitgehend regulieren. Das entspricht letztlich frappierend dem technologi-

schen Stand, den "realpolitischen" Möglichkeiten Deutschlands und dem transatlantischen Elitendiskurs, der die Kampagne "Stop Killer Robots" von Human Rights Watch in den Mittelpunkt stellt (die mehrfach im Band angesprochen wird). Als schlagendstes Argument erscheint dabei in der Summe die drohende Proliferation der Drohnentechnologien an nichtstaatliche Akteure, weil es eben ein Argument ist, das auch bei den bereits jetzt Drohnen militärisch nutzenden Staaten selbst Interesse an einer Regulierung hervorrufen könnte. Durch die Fokussierung auf internationale Abkommen und Verrechtlichung bringt die Böll-Stiftung mit ihrem Band weitergehende Forderungen tendenziell zum Schweigen, obwohl auch für diese Handlungsoptionen bestehen. Auch die einzelnen Autor_innen vermitteln eher den Eindruck einer unaufhaltsamen technischen Eigendynamik, über die die Menschen zwar diskutieren, die sie aber kaum beeinflussen oder gar aufhalten können. Die von den meisten im Prinzip wahrscheinlich geteilte Feststellung, "dass soziale und politische Entwicklungen ... ebenso entscheidend wie der technische Fortschritt" zum rapide zunehmenden Einsatz von Militärdrohnen beitragen, wird somit nur von Frank Sauer, Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr München, formuliert. Letztlich sind es gerade die Autoren der der Bundesregierung nahestehenden "Stiftung Wissenschaft und Politik", welche mit ihrer Beschreibung der auf verschiedenen Ebenen in nächster Zeit zu treffenden politischen Entscheidungen greifbare Ansatzpunkte für parlamentarische und außerparlamentarische Interventionen nennen. Indem sie immerhin die Möglichkeit sehen, dass Deutschland auf Kampfdrohnen verzichten und "Fähigkeitseinschränkung ... bewusst hingenommen" werden könnten, wirkt ihr realpolitischer, auch Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, der zivilen Marktpotentiale und der Exportchancen einbeziehender Beitrag letztlich noch am optimistischsten. Vor allem wenn man ergänzen würde, dass diese Entscheidung nicht der Bundesregierung allein überlassen, sondern durch öffentlichen Druck erzwungen werden können. Auch hier wäre der Hinweis angebracht, dass die Kampagne "gegen die Etablierung der Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung" die heute regierende SPD im Wahlkampf mit ihren Wahlprüfsteinen auf eine zurückhaltende Position zur Anschaffung bewaffneter Drohnen festgelegt hat und der SPD-Jugendverband – wohlgemerkt: nach der Regierungsübernahme durch die große Koalition – den Appell "Keine Kampfdrohnen" ebenso wie beide im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien unterzeichnet hat. Ein bewusster Verzicht Deutschlands auf Kampfdrohnen und die mit ihnen verbundene Kriegführung könnte auch auf europäischer Ebene zumindest bremsend wirken und die Begehrlichkeiten in dieser Technologie weniger entwickelter Staaten drosseln. Er würde auch dazu beitragen, die Drohnenkriegführung der USA nicht zum neuen Völkergewohnheitsrecht werden zu lassen.

Auch Drohnen müssen landen

Ähnliches gilt für eine klare juristische Haltung gegenüber der Politik der gezielten Tötungen. Wie in den vergangenen Monaten v.a. durch mutigen Journalismus deutlich wurde, steuern die USA ihre Drohnenkriegführung wesentlich über Einrichtungen in der Bundesrepublik. Das Grundgesetz verbietet die Führung oder Vorbereitung eines Angriffskrieges von Deutschland aus und auch die teilweise klaren Verstöße gegen das Völkerrecht in dieser Kriegführung böten ausreichend Anlässe, die entsprechenden Einrichtungen von heute auf morgen zu schließen. Das Buch "Geheimer Krieg" von Christian Fuchs und John Goetz jedenfalls legt nahe, dass eine Schließung dieser Basen (oder auch das

Kappen eines Glasfaserkabels von Deutschland in die USA) die US-Drohnenkriegführung mit einem Schlag unmöglich machen würde. Natürlich ist das aus bündnispolitischen Erwägungen von der Bundesregierung nicht zu erwarten und werden gegenwärtig Ersatzsysteme u.a. in Italien eingerichtet. Zugleich aber zeigen sich sowohl in Deutschland als auch in Italien und international wieder wachsende Bewegungen gegen diese Militäreinrichtungen. Ihr rechtlicher Stand ist darüberhinaus so prekär, dass einfache Beschlüsse eines Verwaltungsgerichts theoretisch zu ihrer Schließung führen könnten. Ähnliches gilt auch schon für die Ausbildung: Bundeswehrosoldaten wurden bislang in Israel und Afghanistan in der Bedienung der Heron-I-Drohnen ausgebildet, weil das in Deutschland luftfahrtrechtlich nicht möglich ist. Zwar werden hier wiederum – eng beschränkt auf gesperrten Luftraum – Übungsflüge der US-Armee mit Drohnen des Typs Raven, Hunter und Shadow durchgeführt, aber auch dagegen regt sich Widerstand: Die Friedens- und Bürgerinitiativen “Keine Drohnen in der Oberpfalz”, “Umwelt und Truppenübungsplatz” sowie die Ansbacher Bürgerinitiative “Etz langt’s!” haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam mehr Druck auf das Bundesverteidigungsministerium auszuüben, die Stationierung von Kampfdrohnen in Westmittelfranken zu untersagen.

Auch die Drohnen selbst fallen nicht vom Himmel. Wenn Schörnig in seinem Debattenaufruf zutreffend schreibt, dass “in den Labors der Rüstungsfirmen und Universitäten ... immer mehr Ressourcen in Autonomie [von Waffensystemen] investiert” werden, dann wäre auch hier ein Hinweis auf die Debatten um Zivilklauseln an Universitäten zu ergänzen. Die Vehemenz, mit der etwa die Rüstungsindustrie auf diese reagiert, und die umfassenden Bemühungen, wissenschaftlichen Nachwuchs an die Drohnenthematik heranzuführen und an sich zu binden, weisen zumindest darauf hin, dass auch hier Potentiale bestehen, die Proliferation und die Weiterentwicklung der Technologien, vor denen die Autor_innen warnen, zumindest zu entschleunigen. Technik wird von Menschen gemacht und von Organisationen, in denen Menschen tätig sind. Dass die Debatte über Drohnen an all diesen Orten – vom Parlament über die Standorte bis zu den Universitäten – geführt wird und bereits konkrete Auseinandersetzungen hervorgebracht hat, wird von den Autor_innen und Herausgebern des Bandes vollkommen übersehen.

Frieden keine Option

Und noch ein letzter blinder Fleck sei genannt: Weltordnung, Konfliktkonstellationen und Formen der Kriegführung, welche die aktuelle Drohnentechnologie hervorgebracht haben und ihre Weiterentwicklung bestimmen, werden im Band entweder gar nicht angesprochen oder gewissermaßen überhistorisch auch für die Zukunft vorausgesetzt. Am frappierendsten zeigt sich das am Beispiel Afghanistan, wo der NATO-Truppenabzug bereits anstand, als die Beiträge verfasst wurden. Das Stationierungsabkommen, das auch darüber entscheiden wird, wie und ob die USA dort und in Pakistan weiter “gezielte Tötungen” werden durchführen können, ist bis heute nicht ausgehandelt. Einzig Schörnig spricht diesen Aspekt an, wenn er “vor dem Hintergrund des Abzugs deutscher Truppen aus Afghanistan” für Deutschland die Frage aufwirft, “wo die Bundeswehr denn zukünftige Einsatzszenarien deutscher Bodentruppen sieht, die die Beschaffung von Kampfdrohnen rechtfertigen”. Natürlich war absehbar, dass sich die NATO und ihre Verbündeten neue Einsatzgebiete auch für ihre Drohnenkriegführung erschließen würden, wie es nun von Mali, über Niger und die Zentralafrikanische Republik bis nach Somalia offensichtlich

der Fall ist. Wenn diese Einsätze aber ihre proklamierten Stabilisierungs- oder gar Demokratisierungsziele erreichen würden, so würden dort souveräne Staaten entstehen, die sich gezielte Tötungen durch Drittstaaten auf ihrem Territorium sicher verweigern würden. Das mag spitzfindig wirken, wer aber diese Fragen nicht bereit ist zu stellen, der hat die Politik, ganze Erdteile zum Schauplatz eines geheimdienstlich und drohnengestützten Krieges gegen den Terror zu machen, längst akzeptiert – und braucht dann eigentlich über die Drohnentechnologie auch nicht mehr zu debattieren. Auch Politik wird von Menschen und Organisationen gemacht und ist veränderbar.

Debatten anregen oder abwürgen

Der Band “High-Tech-Kriege – Frieden und Sicherheit in den Zeiten von Drohnen, Kampfrobotern und digitaler Kriegführung” der Heinrich-Böll-Stiftung versammelt die wichtigsten Argumente, ist aber angesichts der in ihm beschriebenen drohenden Entwicklungen deutlich zu mutlos. Er droht damit auch die Leser_innen zu entmutigen und die eingeforderte Debatte gleich wieder abzuwürgen, indem er mögliche Handlungsoptionen nicht einmal andeutet. Das ist nicht primär den teilweise engagierten Autor_innen vorzuwerfen, den Herausgebenden allemal. Ein Beitrag über die im Entstehen begriffenen Bewegungen gegen die Drohnenkriegführung zumindest in Pakistan, den USA und Europa wäre zwingend erforderlich gewesen, ebenso eine Reflexion über die zugrunde liegende Weltordnung. Die aber scheint ebenso unhinterfragbar wie die weitere technologische Entwicklung. Den Menschen scheint nur die Hoffnung zu bleiben, dass sich die mächtigen Regierungen einigen und dafür auf die Gefahr der Proliferation hinzuweisen. Die “quasi-göttliche Perspektive”, die den Drohnen zugeschrieben wird, scheint ihnen und ihrer Weiterentwicklung selbst einen göttlichen, unhinterfragbaren Charakter verliehen und zu einem tiefen Gefühl der Machtlosigkeit beigetragen zu haben. Zugleich zeigt der Band, wie leicht Dinge durch Experten – und wahrscheinlich auch durch Drohnen – übersehen werden können: In diesem Fall die vielen kleinen Widerständigkeiten und Auseinandersetzungen, die eine scheinbar erst beginnende Debatte bereits hervorgebracht hat.



Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg): “Hightech-Kriege” – Frieden und Sicherheit in Zeiten von Drohnen, Kriegsrobotern und digitaler Kriegführung”, Schriften zur Demokratie Erscheinungsdatum Dezember 2013: http://www.boell.de/sites/default/files/endif_high-tech-kriege.pdf



Initiative
Zivile
Uni Bonn

Erklärung der Initiative Zivile Uni Bonn zur geplanten „Henry Kissinger Professur“

Die Initiative Zivile Uni Bonn lehnt die geplante „Henry Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung“ an der Universität Bonn ab. Henry Kissinger war als Nationaler Sicherheitsberater (1969 – 1975) und Außenminister (1973 – 1977) maßgeblich für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten verantwortlich. Bei den von Kissinger geplanten und überwachten Bombardements in Vietnam, Kambodscha und Laos starben Hunderttausende Menschen, die ökologischen Folgen des massiven Bomben- und Gifteinsatzes führen bis heute zu Fehlbildungen bei Neugeborenen. Während des von ihm nachdrücklich unterstützten Putsches 1973 in Chile gegen eine demokratisch gewählte Regierung wurden 3000 Menschen ermordet und Tausende gefoltert oder ins Exil getrieben. Kissinger befürwortete den „Schmutzigen Krieg“ in Argentinien, während dem 30.000 Menschen spurlos verschwanden. Kissinger gab der indonesischen Führung sein Einverständnis im Namen der USA für einen Angriffskrieg gegen Osttimor, der mindestens 100.000 Timoresen das Leben kostete (bei einer Gesamtbevölkerung von 800.000).

Nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs könnten einige seiner Handlungen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden.

Henry Kissinger äußerte sich einmal zu seinem Verhältnis zum Recht in den internationalen Beziehungen: „The illegal we do immediately. The unconstitutional takes a little longer“ („Das Illegale machen wir sofort. Das Verfassungswidrige dauert etwas länger.“)

Der Name Henry Kissingers für eine Professur für Völkerrecht ist untragbar.

Die überwiegende Finanzierung des geplanten Kissinger-Lehrstuhls durch das Verteidigungsministerium lässt direkte und indirekte Einflussnahme befürchten und gefährdet die universitäre Autonomie. Wir sprechen uns klar dagegen aus, dass Lehrstühle durch das Bundesministerium der Verteidigung oder die Bundeswehr finanziert werden. Forschung, Lehre und Studium an der Universität sollen zivilen und friedlichen Zwecken dienen. Wir fordern eine ausreichende Grundfinanzierung der Universitäten, um sie als Institutionen zu stärken und in die Lage zu versetzen Angebote abzulehnen, welche nicht mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in Einklang stehen.

www.zivile-uni-bonn.de



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.

Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154